

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 19. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Ministerrat über Genf.

Die Haltung der deutschen Delegation vom Reichskabinett einstimmig gebilligt.

Amlich wird mitgeteilt:

In einem gestern nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten...

Bemerkenswerter Empfang der deutschen Abordnung.

Die deutsche Delegation ist Donnerstag nachmittag 2.50 Uhr im Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen.

Deutschnationale Parole.

Luther und Stresemann sollen freiwillig zurücktreten

Die Deutschnationalen wissen, daß sie für ihre Außenpolitik der Phrase ohne Ziel und ohne Idee im Reichstag keine Mehrheit haben.

Es ist bisher in der Politik noch nie üblich gewesen, daß die Opposition einer Regierung erklärt hat: 'Wir können zwar nichts gegen euch ausrichten, aber tut uns den Gefallen und geht weg!'

Das Ergebnis des Volksbegehrens.

Teilergebnisse bisher aus 125 Städten.

Aus 125 für eine vergleichsweise Abschaffung des Gesamtergebnisses des Volksbegehrens geeigneten deutschen Städten lagen bisher die Ergebnisse der Abstimmung vor.

Sieben Millionen Wähler

von dem Recht der Eintragung in die Listen Gebrauch gemacht. Das entspricht einer durchschnittlichen Beteiligung von etwa 45 Proz.

Berliner Umgebung.

In Nowawes haben sich von 17 613 Wahlberechtigten 9 466 eingetragen, das sind 2 600 mehr, als für Sozialdemokraten und Kommunisten Stimmen bei der Präsidentenwahl abgegeben wurden.

Essen. 18. März. (Eigener Drahtbericht.) In Essen-Stadt haben sich eingetragen 111 017 Personen.

Droger Regierungswechsel.

Zerfall der tschechischen Regierungskoalition!

Prag, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Republik hat die Demission des Gesamtkabinetts angenommen und mit der Regierungsbildung den Chef der politischen Landesverwaltung in Brünn, Czerny, betraut.

Dabei bleibt es noch immer das Geheimnis der deutsch-nationalen Presse, was denn positiv an die Stelle der bisherigen Außenpolitik gesetzt werden soll.

Ein neuer Mißtrauensantrag.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

'Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs der Völkervereinigung in Genf sofort das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund zurückzuziehen?'

Ferner hat die kommunistische Reichstagsfraktion beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über den Außenetat einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett einzubringen.

Külz siegt über Westarp.

Die Kommunisten enthalten sich.

Gestern kam endlich der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den demokratischen Reichsinnenminister Dr. Külz zur Abstimmung.

Vor der Abstimmung gab der Kommunist Stöcker eine vielbeachtete Erklärung ab, in der er auseinandersetzte, der Mißtrauensantrag sei aus monarchistischen Motiven gestellt.

Diese Erklärung wurde allgemein mit Heiterkeit und dem Ruf 'Gieranz!' aufgenommen. Danach trat der völkische Herr v. Graefe auf, um zu erklären, das deutschnationale Mißtrauensvotum habe doch keine nähere Begründung gehabt.

Neben diesen hatte sich auch die Wirtschaftspartei, also eine Regierungspartei, zum größten Teil enthalten.

Ministerpräsident Bohny (Tsch. Soz.) hat seine Mission, wie er mitteilt, deshalb zurückgelegt, weil er zu der Ueberzeugung gekommen war, daß er Schiffbruch erleiden müsse, da die Agrarier die ultimative Forderung auf eine Verordnung, durch die die besten...

Fällt Czerny? - Das neue Kabinett.

Prag, 18. März. (WLB.) Das neue Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Johann Czerny, Präsident, Chef der politischen Landesverwaltung; Dr. Beneš, Außenminister; Dr. Engel, Finanzminister; Professor Dr. Křížmar, Unterrichtsminister; Dr. Haukman, Justizminister; Dr. Peroutka, Handelsminister; Dr. Růžka, Eisenbahnminister; Ingenieur Reubik, Deffensivische Arbeiten; Dr. Slavik, Landwirtschaft und Ansiedlung; Generalstabchef Šrova, Landesverteidigung; Dr. Štěpěl, Soziale Fürsorge; Dr. Fiala, Post; Kallay, Elowatel.

Eine Ohrfeige für Mussolini.

Wien, 18. März. (WLB.) Wie eine Zeitungskorrespondenz erfahren haben will, wurde infolge Einspruchs der Familie Cesare Battisti von der Errichtung eines Battisti-Denkmal in Bozen abgesehen.

Der Mordprozess von Chieti.

Erste Eindrücke vom Prozess Matteotti.

(Von unserem nach Chieti geschickten Berichterstatter.)

Chieti, 16. März.

Kurz nach dem Bekanntwerden des Verbrechens an Matteotti sprach der Kriegsblinde Del Croix in der Kammer das wichtige Wort von den 'Beilen, die aus dem Viktoria-Bündel gelöst werden sollten, um die harte Arbeit der Justiz zu tun.'

Der Saal des Schworenengerichts ist klein, die Beteiligung des Publikums gering, weil allein die Räumlichkeiten die Zulassung einer größeren Menge verbieten.

Keiner der Angeklagten erweckt den Eindruck einer bedeutenden Persönlichkeit. Nichts von Renaissanceformen und großartiger Delinquenz, sondern Individuen, die die Welle des Lebens ausfüllen, Schmarotzer am Leibe der Gesellschaft, Leute, die auf ein Dasein voll Genuss ohne Arbeit abzielen.

Dumini, mehr als mittelgroß, kräftig gebaut, aschblond, mit stark vorstehenden Kinnbacken, kleiner Schädelportie und großem Gesicht, starker Nase und winzigen Augen, ist anscheinend wenig Herr seiner Nerven.

Albino Volpi, wegen Diebstahls und Fahnenflucht vorbestraft, ist dick, blond, klobig und nichtsagend, unsicher und wenig redigewandt. Nichtsagend, wenn auch mit einem starken Einschlag von Brutalität, ist auch die Gestalt Biolas, ebenfalls wegen Fahnenflucht vorbestraft und augenblicklich wegen Bankrotts unter Prozess.

Was die Verteidigungslinie betrifft, die die Angeklagten einhalten, so ist sie diametral entgegengesetzt: Dumini hat die seine, die vier anderen die ihre.

Dumini sagt, wie ja weiblich bekannt ist, daß er Matteotti nicht tötete, sondern ihn zum Bekenntnis seiner Mitschuld an der Ermordung der Faschisten Trieri, Lombardo und Bonferdizi in Frankreich zwingen wollte.

Anklagebank zu bringen. Beweise könne er für diese Auf- fassung nicht liefern, dazu sei seine Spießbüchse in Paris zu schnell unterbrochen worden, aber er hätte die feste Ueber- zeugung. Neben dieser Behauptung, als Führer einer Justizmission gehandelt zu haben, finden wir bei Dumini wiederholte Angriffe auf die Voruntersuchung, namentlich auf den Oberstaatsanwalt Lancrèdi, dem immer wieder der Vorwurf gemacht wird, unter dem Einfluß parteiischer Ge- hässigkeit gehandelt zu haben. Daß ihm dabei von seinen Verteidigern Zugang geleistet wird, ist die einzig völlig neue Note dieses ersten Verhandlungstages.

Die andern vier leugnen alles: sie haben angeblich mit der Matteotti-Sache nichts zu tun, kennen einander kaum, sind unschuldig wie neugeborene Kinder.

Gegen sie fällt ins Gewicht: bei Volpi, daß seine Fingerabdrücke auf den Scheiben des Autos festgestellt wurden (was auch bei Dumini der Fall ist), gegen ihn und die andern drei, daß sie alle zur Zeit des Verbrechens sich ohne plausiblen Grund von Mailand nach Rom begaben, in demselben Hotel, zum Teil in demselben Zimmer, auf Duminis Kosten in Rom lebten, sich dann, ohne ihre angebliche Aufgabe in der Hauptstadt erledigt zu haben, gleich nach der Lat entfernten; daß sie unter falschem Namen in Rom waren und gleich nach dem Bekanntwerden des Ver- brechens flüchtig wurden, ehe auch nur ihre Identität mit den von Dumini herbeigerufenen und aufgehaltenen Individuen festgestellt worden war.

Innerhalb der von dem Urteile der Voruntersuchung ge- zogenen Grenzen wahrte der Präsident die Unparteilichkeit der Verhandlung, indem er den Geschworenen die Einwände auf- zeigt, die sich aus dem Belastungsmaterial ergeben. Eine eben leichte Aufgabe ist es nicht, das Material dieses Pro- zesses übersichtlich darzustellen, auch in der heutigen, von der Voruntersuchung geprägten Formel des Totschlags, der mit dem Vorbedacht! auch das Mandat zur Bluttat ausschaltet.

### Sie prozessieren gegen den Ermordeten!

Chieli, 18. März. (W.B.) Vaino, Kabinettschef des Qua- tors von Rom, sagte aus, er habe am 8. Juni vier Gesuche um Waffenscheine von Dumini empfangen und habe nach dem Verschwinden Matteottis seinen Vorgesetzten davon Mitteilung ge- macht. Der Polizeikommissar Bonetta legte die Ergebnisse der Er- mittlungen über alle Angeklagten dar und sagte hinzu, die Tätig- keit Matteottis sei vor, während und nach dem Kriege unheil- voll und zerstörend gewesen.

### Rossi beweist Mussolinis Mordschuld.

Vor einigen Tagen begann der „Daily Herald“, wie wir bereits mitteilen, mit der Veröffentlichung einer Artikelserie Rossis, des früheren Presschefs Mussolinis, über die Ermordung Matteottis und die anderen Verbrechen des faschistischen Regimes. Die Enthüllungen Rossis über die Verantwortung Mussolinis an der Ermordung Matteottis hat in Italien tiefen Eindruck gemacht. Die italienischen Behörden haben strenge Anweisung gegeben, das Bekanntwerden der Veröffentlichung des „Daily Herald“ in Italien zu verhindern. Der „Korant“ wurde wegen ihres Abdrucks beschlagnahmt. Rossi schreibt: „In der ganzen Zeit nach dem Verbrechen an Matteotti gebärdete sich Mussolini zynisch und ironisch. Am Abend des Mittwoch, dem Tage nach dem Morde, sagte er lächelnd zu mir:

„Matteotti war stets der Mittelpunkt der Opposition. Jetzt kann die Opposition ihn in der Kloake suchen.“

Am Donnerstag jedoch erhielt Mussolini Nachridt, daß man die Nummer des Autos festgestellt habe und daß die weiteren Nach- forschungen noch mehrere Anhaltspunkte ergeben hätten. Sein Benehmen änderte sich daraufhin völlig, er wurde nervös und bekam Furcht.“

Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurde Rossi vom Kabinettschef im Innenministerium, Gasperini, zu einer Zu- sammenkunft eingeladen. Darüber berichtet Rossi: „Gasperini hat mir gesagt, die faschistische Partei und die Regierung wünschten mir mitzuteilen, daß ich keine Angriffe oder irgendwelche andere unan-

genehmen Vorgänge zu befürchten hätte. Mussolini selbst habe erklärt, daß das sein Wunsch sei. Man hätte mir mehrere Pakete mit 1000 Lire-Noten als Anzahlung aus, und er sagte mir, daß die Regierung meine sofortige Abreise nach Palermo wünsche. Ich weigerte mich mit Enttäufung, darauf einzugehen. Man sagte mir, daß die ganze Angelegenheit geheim bleiben sollte. Ich antwortete, daß ich mir mein Gewissen nicht abkaufen lasse. Ich begriff in diesem Augenblick, daß der Faschismus den Kampf gegen mich wieder eröffnen würde.“

Bezeichnend ist das Ergebnis der Vernehmung des Chefs der Sicherheitspolizei De Bono vor dem Staatsgerichtshof. De Bono berichtete dort über ein Gespräch, das in der Nacht auf den 13. Juni 1924, vor der Verhaftung des Mörders Dumini, im Innenmini- sterium zwischen De Bono, Rossi, Marinelli und Fingi geführt wurde. Nach den Gerichtsakten verlief das Gespräch folgendermaßen:

Rossi: Wollt ihr Dumini und die anderen wirklich verhaften?  
De Bono: Warum nicht?  
Rossi: Dann tut wenigstens bloß so, steckt sie einige Tage ein und laßt sie dann wieder laufen.  
De Bono: Warum?  
Rossi: Weil sie sonst sprechen und sagen werden, daß er es gewesen ist, der den Auftrag gegeben hat.  
De Bono: Wer er?  
Rossi und Marinelli zugleich: Der Ministerpräsident!  
Schon am Tage des Verbrechens hatte Dumini dem Leiter des „Corriere Italiano“ erzählt: Wir haben Matteotti im Auftrage Marinellis und Rossis angegriffen, die uns ihrerseits sagten, sie hätten unseren, strengsten, unmißverständlichen Auftrag von Mussolini erhalten.

### Sie lügen wie im Krieg!

#### Franzosenhebe bei Eugenber.

Die berühmte „Nachausgabe“ veröffentlicht aus der Feder eines angeblichen Kenners der brasilianischen Politik eine Schilderung des französischen Einflusses in Brasilien, in der u. a. folgendes zu lesen ist:

Zugleich tauchten allerlei Gerüchte auf, die sich an die auf- fälligen Abstriche brasilianischer Fliegeroffiziere knüpften, und die durch einen protokolliert festgehaltenen Fall bestätigt wurden. Französische Fluglehrer hatten nämlich durch unterge- ordnete Organe hin und wieder ein von Frankreich geliefertes Flugzeug auf dem brasilianischen Flugplatz oder so einrichten lassen, daß das Flugzeug nach einem Ausflieg bis zu einer gewissen Höhe abfliegen mußte. Es lag den Franzosen natürlich (!) weit mehr daran, ein neues Flugzeug statt des abgestürzten liefern zu können, als das Leben des brasilianischen Fliegers zu schützen.

Der Kenner Brasiliens findet es also natürlich, daß den Franzosen an der Lieferung eines Flugzeugs mehr liegt als an einem Menschenleben. Er beschuldigt sie der Anwendung eines raffinierten Mordsystems zu Zwecken des Gelderwerbs. Er will damit keinesfalls den Einzelfall eines Verbrechens darstellen, wie er in jedem Volk vorkommen kann, sondern er findet ein derartiges Verbrechen bei den Franzosen natürlich!

Herr Eugenber hat neulich jede persönliche Beziehung zum Obersten Nicolai gelugnet. Aber der Geist Nicolais, der Geist des Kriegesprekquartiers, schwebt über dem Hause Eugenber stäb- lich. Es wird noch immer gelogen und geheißt, als ständen wir noch immer im Krieg.

### Abgewehrte Reaktion.

#### Besetzung des Dresdener Kommunalstreiks.

Dresden, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Differenzen im Dresdener Städtewerkskollegium anlässlich der Beratung einer neuen Geschäftsordnung, die vom Bürgerklub zu einem Abweh- rungsgesetz gegen die Linke ausgestaltet werden sollte, sind nach mehrwöchiger Obstruktion der Sozialdemokraten und Kommunisten beigelegt worden. Die Opposition der Sozial- demokraten und Kommunisten, die von den bürgerlichen Parteien vergeblich niederkämpft wurde, führte zunächst zu inter-

fraktionellen und später offiziellen Verhandlungen zwischen dem gegen die Linke fallen gelassen wurden oder eine Umgestaltung er- fahren, monach ein geordnetes parlamentarisches Arbeiten aller Parteien garantiert ist. Die Fraktionen, bis auf die Kommunisten, einigten sich auf einen Vorschlag, der den Forderungen der sozial- demokratischen Fraktion allenthalben gerecht wird. Damit hat die unter der Führung der Sozialdemokratie geübte heftige Obstruktion zu einem vollen Erfolg geführt.

### „Freies Volk“ freigegeben.

#### Der Einspruch der bayerischen und sächsischen Regierung zurückgewiesen.

Vor der Filmoberprüfstelle fand gestern in der Ange- legenheit des Einspruchs der bayerischen und sächsischen Regierung gegen die Vorführung des Films „Freies Volk“ Termin statt. Als Verteidiger war Genosse Dr. Leo erschienen. Außer einem Vertreter der bayerischen Regierung waren Beauftragte des Auswärtigen Amtes, des Reichswehrministers und des Reichs- kommissars für öffentliche Ordnung als Sachverständige anwesend. Die bayerische Regierung hatte als Einwand geltend gemacht, daß der Film die Beziehungen zu auswärtigen Staaten ungünstig ein- beeinflussen könne, die Klaffengegenstände verschärfe und sich mit seiner spezifischen Tendenz gegen den in der Reichsverfassung festgelegten Wehrgebanken wende. Die sächsische Regierung hatte sich in einigen anderen Punkten dem Einspruch angeschlossen. Nach Vorführung des Films erklärten die Sachverständigen, daß sie die Be- denken der bayerischen und sächsischen Regierung nicht teilen könnten. Die Kammer gab daraufhin den Film nach kurzer Be- ratung mit einem ganz unwesentlichen Ausschnitt frei. Die Ein- sprüche der bayerischen und sächsischen Regierung wurden zurück- gewiesen.

### Das Steuermilderungsgesetz.

#### Die Deutschnationalen gegen die Umsatzsteuerermäßigung

Der Steueraussschuß des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung des Steuermilderungsgesetzes. Gleich zu Beginn zeigte es sich, daß die Regierungsparteien nicht geschlossen auf dem Boden der Vorlage der Regierung stehen. Insbesondere sucht die Deutsche Volkspartei Sonderwünsche durchzusetzen, die unter Umständen das Schicksal des ganzen Gesetzeswurfs gefährden. Daher verfuhr man auch, die Frage der Umsatzsteuer und der Fusionssteuer vor- weg zu behandeln und eine allgemeine Aussprache möglichst hinauszuschieben. An dem Widerstand der Sozialdemokratie aber scheiterte diese Absicht.

Infolgedessen begann am Donnerstag die allgemeine Aus- sprache. Die Deutschnationalen, die zahlreiche Anträge auf Senkung der Besitzsteuer gestellt haben, die allerdings nur agitatori- schen Charakter tragen, beantragten, die Beratung der Ermäßigung der Umsatzsteuer auszusetzen und die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift vorzulegen, die statt dessen eine Ermäßigung der Besitzsteuer, der Realsteuer und der Hauszinssteuer vorsteht. Abg. Dr. Preger begründete diesen Antrag mit dem Hin- weis, die Ermäßigung der Umsatzsteuer werde keine Wirkung haben, sie verändere außerdem das Verhältnis zwischen direkten und in- direkten Steuern zugunsten der letzteren! Abg. Dr. Herx (Soz.) bekämpfte diese Anschauung. Sie sei charakteristisch dafür, daß die Deutschnationalen eine neue Schwärzung vorgenommen haben und offen die einseitige Begünstigung des Besitzes erstrebten. Wenn die von der Sozialdemokratie verlangten Voraussetzungen für eine Ermäßigung der Steuerlasten vorliegen, müsse zunächst die Senkung der Umsatzsteuer erfolgen, und zwar auf 1/2 Proz. Die Ermäßigung der Vermögenssteuer werde die Sozialdemokratie bekämpfen. Ihre endgültige Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Regierung werde davon abhängen, daß für soziale Ausgaben die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen und die Steuermilderung nur die Massen- belastung betreffe.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärte, eine Senkung der sozialen Ausgaben sei nicht beabsichtigt und werde nicht eintreten. Für die Erwerbslosenfürsorge müßten sogar größere Aus- gaben eingestellt werden. Weitere Steuerentlastungen als die von der Regierung vorgeschlagenen seien nicht möglich. Die Be- seitigung der Weinsteuer oder eine Senkung der Biersteuer komme also nicht in Frage. Die Regierungs- vorlage müsse auch als Ganzes verabschiedet werden. Nur so sei der von der Regierung beabsichtigte Zweck der Wäderung der Wirtschaftskrise zu erreichen.

## Lernt singen!

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Die guten Stimmen liegen auf der Straße, man muß nur suchen, und man findet sie, allerdings oft unter so erschwerenden Umständen, wie das berühmte Geld, das ja auch auf der Straße liegt. Die Tradition der Gesangspleie in den Opernhäusern Berlins bringt es mit sich, daß bei Abgang und Ferien dieser Prominenten der Erfolg aufgetrieben werden muß, um die Vorstellungen auf dem Repertoire zu erhalten. Es kann passieren (und ist passiert), daß eine Probe zur „Africana“ vor einem Parteil berühmtester Tendenz Europas gespielt wird, und daß kein einziger dieser Kata- strophe imstande ist, die Rolle des Vasco da Gama zu übernehmen. In der Städtischen Oper ist Lotte Behmann nach glänzenden Erfolgen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Der Erfolg heißt ein- mal Berta Malkin, das anderemal Grete Stüggold. Wer die Lotte Behmann als Köchin in den „Meisterfingern“ gesehen hat, dem wird die Innigkeit und die Bauernzeit ihres Wesens und ihrer Stimme, die fast Dittinn-ähnlich ist, unvergessen bleiben. Berta Malkin singt die Lisa in Pique-Dame nach Ueberwindung einiger Erregung so schön wie lebendig. Gerade ihr leidenschaftlich be- wegtes Spiel erweist ihr schnell die großen Sympathien des Publi- kums. Für Rollen, die der Malkin liegen, bedarf es keiner promi- nenten Besetzung, sie ist selbst eine von diesen. Grete Stüggold, die wir jüngst im Konzertsaal bewunderten, übertrug als Elisabeth im „Lannhäuser“ durch den Glanz und die Weichheit ihrer Stimme, durch das Süße und dramatisch Erregte ihrer Darstellung. Sie ist eine vollendete Spielerin und leidet dem Unschönen noch einen schönen Ausdruck. Sie hätte das Niveau einer Aufführung auch dann gehoben, wenn ein anderer Lannhäuser als der aus Leipzig importierte, fleinstimmige, gestenreiche und unruhige, mit einem Wort, provinzielle Topf ihr nicht als Partner zugeteilt worden wäre. Im Weltkampf mit Wolfram und Walter von der Vogelweide sah dieser Lannhäuser nervös im Hintergrunde und schien im Hinblick auf die merkwürdigen Liebesweisen seiner Kollegen mit Augen und Händen immerfort zu sprechen: „Reblich“. Solche Aufführun- gen, die im Großbetrieb einer Oper vielleicht nicht zu umgehen sind, zeigen etwas viel Schlimmeres als die Halbheit einer Gelegen- heit und schauspielerischen Begabung, nämlich die innere Ge- brochenheit des Werks. Auch eine schlechte Meisterfingeraufführung kann uns noch für das Werk begeistern; eine mittelmäßige Lann- häuseraufführung richtet das ganze Werk.

In einem Kantatenabend (Wach) führte Stegffried Dohs eine ganze Reihe von Stimmen vor. Während im Magnificat und den Kantaten 50 und 150 der Chor der Hochschule seine längst bewährte Schlagkraft, Disziplin und Ausdrucksfähigkeit von neuem erwies (am schönsten vielleicht in dem sanften Schlusschoral der 150. Kantate) zeigten die Solisten neben ihrer positiven Leistung als Stimmkünstler sehr viel negative Mängel. Das ist besorgend nur für den, der nicht weiß, wie heutzutage Stimmen methodisch er- zogen und verpackt werden. Wer mit allen Tricks der Stärke und Reliabilität höchst vertraut ist, mer außerdem noch ein süßes, schönes Gesangsorgan besitzt, der ist noch lange nicht reif, Bachsche Ari-

oder Bieder zu singen. Das fiel am deutlichsten auf bei Eva Liebenberg. Eine schönere, leitere, klanglich reizvollere Mit- stimme dürfte heute in Deutschland mit der Laterne gesucht werden. Gewohnt, ganz selbstisch zu wirken, fehlt ihr noch die Einordnung in eine Gesamtheit und einen Gesamtstil. Innere Erregung läßt sie in einem Duett Lichte vergessen, in einem Terzett das Tempo nach eigenem Geschmack wöhlen. Die Einstellung auf die persön- liche Leistung hindert das zeitweilige Verschwinden oder Heraus- treten. Beides ist noch nicht in Gleichmaß gebracht, und im Terz- tischen müßte eine Neigung zum Tremolieren sowie die Intonations- schwankung beseitigt werden. Das alles sei mit großer Bemühung von einer Stimme gesagt, die in Liedern von Bach zur Orgel- begleitung auch im Begriffsstand, Menschliches und Erlebtes auf die Hörer überstrahlen zu lassen. Magda Lüdige-Schmidt, die Sopranistin, wird bald zu den ersten ihres Fachs gehören; im Augenblick fehlt ihr noch der Blick für die Linie eines Gesangs. Marquita Sedes fügte sich als zweiter Sopran im Terzett als sicherste Kraft ein und gab in den Arien Ausdrucksvolles mit bewegter Stimme. Sehr unerlebt und wacklig der Tenor August Richter, sonar und innerlich erfüllt der Bass Karl Rehsch, dem allerdings die baritonale Höhe Schwierigkeiten macht. Die Arie „Es ist vollbracht“ bedachte er mit viel Gefühl, konnte aber auch nicht im Entferntesten an Reichardt denken lassen. Hinter all diesen Tüden des solistischen Gesangs sah mit keuchendem Blick und unruhiger Sicherheit die Cembalistin Gertrud Markus. Ochs holte sich seinen Sondertriumph mit den ersten Chören des Magnificat und der Kantate: „Aum ist das Heil“, die er schwerer, stampfender, dreiter nahm, als je.

In der Volksbühne dirigierte Kleiber Beethoven. Die Problematik dieses Künstlers wird immer schwieriger. Wenn man vergleicht, wie er jüngst die Eroica und jetzt die Pastorale dirigierte, so glaubte man nicht, den gleichen Mann vor sich zu haben. Dies- mal, vielleicht angeleitet von der großen Empfanbarkeit der Volksbühnengemeinde, verließ Kleiber sein böser Geist, der ihn so oft zum unglücklichen Spezialinterpreten macht. Sein guter, sein besserer Geist drang aus Herz und Seele in seine Hand, und er musizierte edel und warm darauf los. Das war das Beste, was wir bisher von Kleiber an anspruchsvoller Interpretation gehört haben. In diesem Eindruck ändert nichts, daß der erste Satz im inneren Rhythmus gedehnter klingen, als es unserer Vorstellung entspricht, und daß der langsame Satz mehr Tempoverschiebungen verträge. Hier kommt alles darauf an, welche tieferen Beziehungen ein Kapell- meister zur Natur und ihren Ausdruckswerten hat; herrliche Ent- deckung, daß bei Kleiber ein solches Gefühl überhaupt vorhanden ist. Die frühere Leidenschaft dirigierte er mit vollendeter Herzlichkeit. Auch er ist, so scheint es nun, zum Singen geboren.

Paul Bender, Liebhaber der Berliner, wenn er auch aus Bayern stammt, lud zum Gelingen seiner Gesangskunst in den großen Saal der Philharmonie. So stark zieht eine Stimme, wenn sie Umfang, Weichheit, Durchdringung einer Vordersängerin Stimme ist. Die technische bravoure verbirgt sich hinter einem stark per- sönlichen Willen und einer Gestaltungskraft, die selbst schwachen Ge- sängen von Schubert ein edles Profil gibt. Alice Eilger ist eine Sängerin von Formel. Seit ihrem letzten Auftreten scheint sie nicht wesentlich gewachsen an Stimmkraft, konnte aber den

italienischen Arten von Marella, Segrenzi und Cherubini, begleitet von A. E. Hoff, ihre künstlerische Position durchwegs begründen.

Berner Philipp ist ein engbrüstiger baritonaler Drücker. Er darf sich nicht an eine Arie wagen, ohne die Grenzen des geschmacklosen Singens zu streifen. Hört er keine italienischen Mäthen? Die junge Geistin Lore Windler verrät zwar tonlich und bogentechnisch ihre Bekker-Schule, ist aber noch ganz abhängig und unselbständig im Aufführen, Erleben, Erforschen, Bauen. Zu früh auf dem Podium, beginne sie, auf ihrem schönen Instrument jugendlich und frei zu singen. Talent dazu hat sie bestimmt.

Freiligrath-Feyer im Rundfunk. Der 18. März, ein Tag, der dem deutschen Volke heilig ist, und mit ihm Freiligraths 50. Todes- tag fand gestern nachmittags Würdigung auch im Rundfunk durch eine schöne Feyer, die dem Gedächtnis an Freiligrath gewidmet war. Damit ist dieser Dichter des Volkes vielen näher gebracht worden, die zu ihm ebensowenig Beziehung hatten wie zu der großen Sache, die er vertrat. Daß die überzeugungstreue Lebensführung Freiligraths auch heute noch als hehrer Vorbild dienen kann, verdeutlichte Fritz Karstadt in seinem einleitenden Vortrag. Diese Ein- führung erzählte viel Interessantes aus einem ereignisreichen Da- sein, ließ fernerhin aber auch erkennen, daß vieles aus dem Werke des Dichters auch in unserer Zeit noch lebt. Mancherlei hat Freiligrath dem Volke zu sagen, und Schönheiten leuchteten sowohl in seinen politischen als auch in den lyrischen Gedichten auf. Eine gute Aus- wahl von ihnen brachte Alfred Braun zum Vortrag; packend, wo die Dichtung dramatisch betont war; begeistern, wo sie des Sängers Freiheitssehnsucht, die ja auch die unsere ist, spüren ließ; gedämpft im rein Poetischen. Man hörte aus dem Glaubensbe- kenntnis „Guten Morgen“, hörte „Die Auswanderer“, das po- gistische „Die Trompete von Bienville“, den „Löwenritt“. Man hörte auch des Dichters „Requiescat“, den lauten Ruf nach Mensch- licheit und Freiheit, der wir heute näher schon sind, als der, der hier gefeiert wurde, aber doch längst nicht nahe genug. „Mit dem Volke soll der Dichter gehen“ — Freiligrath lebte seine Lehre, vielen kann er, soll er ein Vorbild sein. ergo.

Die „Madonna mit dem Kinde“ wieder in Köln. Im Freigra- vorigen Jahre wurde aus dem Kölner Wallraf-Richartz-Museum ein wertvolles Gemälde, die „Madonna mit dem Kinde“, gestohlen. Das Bild wurde seinerzeit nach Paris gebracht. Nunmehr ist es gelungen, das Bild für das Kölner Museum zurückzuerhalten. Der Hauptträger, ein angeblicher Kaufmann aus Köln, wurde gleichfalls ausgeliefert, auch der Missethäter, ein früherer Student, sitzt in Haft. Das Bild hat einen Wert von etwa 200 000 M.

Dubus' Herd! Ichrit im Rundfunk-Erkennen! Sonst am Sonntag 8 Uhr Balladen, Anekdoten und Geschichten, am nächsten Dienstag nochmals 8 u. 10.

Der erste Internationale Konvok für Kinematographie, der von fran- zösischen Nationalauswahl des Filmpublikums für geistige Aufnahme- arbeit organisiert wird, findet vom 27. September bis zum 3. Oktober in Paris statt.

Millionen für Ausgrabungen. Der amerikanische Archäologe Rodé hat für die Ausgrabungen auf der Akropolis in Athen 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diese Ausgrabungen werden unter der Leitung der amerikanischen archäologischen Schule in Athen vorgenommen.

# Das Volksbegehren in 50 Städten.

Ein Vergleich mit der Reichstagswahl vom 7. Dez. 1924.

Stadt	Stimmen d. Reichstagswahl 1924 Sozialisten und Kommunisten	Stimmen d. Volksbegehren	Prozent d. Wahlberechtigten	Prozent d. Stimmberechtigten
1. Berlin	1 072 000	2 078 788	1 584 082	58,4
2. Hamburg	278 200	787 157	880 000	49
3. Leipzig	194 000	465 811	289 747	55
4. Dresden	153 600	427 258	200 000	47
5. München	121 500	421 928	99 600	24
6. Breslau	118 700	389 646	185 652	40
7. Hannover	108 800	298 081	149 210	50
8. Frankfurt a. M.	108 600	300 000	140 980	47
9. Nürnberg	103 000	262 419	97 884	37
10. Köln	88 800	308 242	101 447	20
11. Magdeburg	83 400	207 000	91 507	44
12. Chemnitz	83 000	208 821	117 561	56
13. Bremen	78 800	198 515	92 040	46
14. Düsseldorf	78 500	204 635	101 447	34
15. Essen	78 200	808 194	111 017	86
16. Stuttgart	70 400	224 513	98 000	44
17. Steinfurt	67 400	186 770	76 140	40
18. Dortmund	67 500	200 000	98 351	47
19. Mannheim	62 000	180 155	81 000	54
20. Königsberg	51 000	186 770	50 410	27
21. Halle	40 229	183 451	49 400	37
22. Kiel	48 800	142 862	54 690	38
23. Ulm	47 900	146 862	68 019	45
24. Kassel	40 800	112 075	48 626	39
25. Duisburg	39 400	158 248	42 968	27
26. Braunschweig	37 000	102 000	40 679	40
27. Lübeck	34 500	86 875	40 509	47
28. Barmen	34 300	130 000	59 287	40
29. Gelsenkirchen	34 000	110 273	50 889	48
30. Wuppertal	31 200	100 757	30 480	30
31. Eberfeld	29 200	113 901	44 449	39
32. Bochum	27 600	101 887	27 750	37
33. Erfurt	26 500	91 308	37 660	41
34. Osnabrück	26 000	84 000	28 600	38
35. Mainz	23 800	71 597	25 400	35
36. Karlsruhe	23 800	101 624	29 200	29
37. Offenbach	21 900	81 807	29 527	37
38. Homburg	21 700	67 200	28 456	35
39. Krefeld	14 572	90 715	33 140	36
40. Darmstadt	13 700	67 820	15 000	22
41. Wiesbaden	13 100	76 019	18 832	24
42. Mühlheim	17 900	78 101	21 047	28
43. Kamen	15 788	107 541	20 980	19
44. Osnabrück	15 700	55 890	19 358	29
45. Buer	14 700	55 000	17 966	33
46. Oberhausen	14 100	59 912	10 500	23
47. Hagen	13 800	55 000	22 490	40
48. Bielefeld	19 489	57 068	30 115	38
49. Freiburg	11 700	59 071	18 258	31
50. Bielefeld	11 200	56 996	25 423	45

## Die Fürsorge des Reichs.

### Die Finanzdebatte im Haushaltsausschuß.

In der fortgeführten Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung nahm der Reichshaushaltsausschuß in seiner Donnerstagsitzung eine deutsch-nationale Entschiedenheit an, die die Reichsregierung erjucht, dafür Sorge zu tragen, daß zum Ausgleich für das durch die Reichsgarantien eingegangene Risiko in den Reichshaushaltsausgabenbesonders Mittel in ausreichender Höhe eingestellt werden, die als Reserve für etwaige Ausfälle dienen.

Die Fonds zur Disposition der Minister und für ihre besonderen repräsentativen Veranstaltungen sind in vier verschiedenen Etappen verteilt aufgeführt. Auf Bemängelung erklärt sich die Regierung bereit, im nächsten Jahre in der „Heberich“ darzulegen, wo sich diese verschiedenen Fonds befinden und welchen Zwecken sie zu dienen haben.

Beim Titel „Sonderunterstützungen für die Tabakarbeiter und verwandten Gewerbe“ in Höhe von zwei Millionen Mark führt Genosse Kell Klage darüber, daß diese Unterstützungen von den verschiedenen Ländern ganz verschiedenartig durchgeführt werden.

Die Regierung erklärt, daß bereits auf Grund der neuen Gesetze neue einheitliche Richtlinien aufgestellt seien, die dem Reichsrat schon zugeworfen wären.

Zur Förderung von Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege sind 2,5 Millionen Mark ausgeworfen. Hierzu liegt ein deutsch-nationaler Antrag vor, diese Summe wie im Vorjahre auf 12 Millionen zu erhöhen. Genosse Bohm-Schuch spricht die Befürchtung aus, daß hier allmählich ein ständiger Fonds von 12 Millionen Mark zur Unterstützung der großen geschlossenen Anstalten geschaffen werden solle, und erklärt, daß die Sozialdemokratie sich grundsätzlich gegen jede Erhöhung der von der Regierung verlangten Summe wenden werde. Selbst der jetzige Betrag von 2,5 Millionen sollte nur in diesem Jahre noch einmal als Übergang bewilligt werden. Im nächsten Jahre müsse er ganz verschwinden. Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrags, der auch die 2,5 Millionen streichen will, gelangt ein Antrag Lecht (Dapf. Vp.), der die Summe auf sechs Millionen Mark erhöht, zur Annahme.

Zur Abwendung von Fürsorgemaßnahmen aus Anlaß des Einbruchs in das Ruhr- und Rheingebiet verlangt die Regierung 3,5 Millionen. Die Deutsch-nationalen sprachen ihr Befremden darüber aus, daß solche Fürsorgemaßnahmen noch immer nicht endgültig abgewandt seien. Genosse Schmidt (Köpenick) bringt zur Sprache, daß der relativ kleine Zentralverband der Landarbeiter aus den in diesem Titel bereitgestellten Mitteln noch im Jahre 1923 150 000 Mark erhalten habe, während der große Deutsche Landarbeiterverband niemals etwas verlangt hätte. Genosse Schmidt fordert die Regierung auf, Auskunft zu geben, nach welchen Grundätzen diese Mittel verausgabt werden. Die Mitteilung des Genossen Schmidt erregte auf allen Seiten peinliches Aufsehen. Nach längerer Debatte, in der die Regierung nur inhaltsleere, unbefriedigende Erklärungen abgab, bewilligte eine Mehrheit von 3,5 Millionen Mark, aber nur mit der Maßgabe, daß die Regierung diese 3,5 Millionen Mark nicht angraisen dürfe, bevor der Haushaltsausschuß genoue Aufklärung über die bisherige Verwendung der Mittel erhalten habe.

## Wenn Arbeiter geduldig sind.

### Sabotage der beschlossenen Unterstützung der Tabakarbeiter

Die Zahl der erwerbslosen und kurzbeschäftigten Tabakarbeiter beträgt viele Zehntausende. Das ist zu einem erheblichen Teil die Folge der Erhöhung der Abgaben auf Tabak, die im August vergangenen Jahres von der Reichsregierung eingeführt wurde. Um so unerhörter ist die Behandlung, die den erwerbslosen Tabakararbeitern zuteil wurde. Lassen wir dafür die Tatsachen kurz sprechen:

Im August beschloß der Reichstag die Erhöhung der Tabaksteuer. Er bestimmte zugleich, daß den erwerbslosen und kurzbeschäftigten Tabakarbeitern Unterstützung aus Reichsmitteln zu gewährt sei. Im Dezember, also nach vier Monaten, wurden endlich die Ausführungsbestimmungen von den Reichsministerien er-

# Vertrauensvotum für Briand-Malvy.

## Stürmische Programmdebatte in der Kammer.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Das neunte Ministerium Briand hat sich am Donnerstag nachmittag dem Parlament vorgestellt. Die französischen Staatsfinanzen werden immer kritischer, dem gesamten Staats- und Wirtschaftsgebäude droht Erschütterung. Die extremen Strömungen gewinnen an Macht. Kommunisten und Sozialisten fühlen sich gestärkt. Auf außenpolitischem Gebiete hat der erfolgreiche Ausgang der Genfer Tagung der Friedenspolitik Briands einen schweren Schlag verfehlt und seine nationalistischen Gegner reden sich von neuem zurecht. Zu diesen Problemen nimmt die am Donnerstag in der Kammer von Briand, im Senate von dem Justizminister Cavalet vertlesene Regierungserklärung Stellung. Einleitend fordert die Regierung das Parlament zu außerordentlicher Arbeitsdisziplin auf, um noch vor den Parlamentsferien die Maßnahmen vorzulegen zu können, die die Rückkehr zu geordnetem Haushalt ermöglichen sollen. Um so schnell wie möglich zu dem großen Wert der nationalen Sanierung zu schreiten, erkenne die Regierung alle bereits ergriffenen Maßnahmen an. Die Verhandlungen zur Regelung der interalliierten Schulden, die einen günstigen Verlauf zu nehmen schienen, werde sie mit dem festen Willen, zu einem wirksamen Abkommen zu gelangen, fortsetzen.

### In ihrem zweiten Teil versichert die Regierungserklärung die Kontinuität der Politik der Entspannung und Befriedung Europas im Rahmen des Völkerbundes.

In diesem Zusammenhang gibt die Regierung ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß es in der außerordentlichen Versammlung des Völkerbundes nicht möglich gewesen ist, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verwirklichen. Über der Aufschub, der nicht durch eine der Signatarmächte von Locarno veranlaßt sei, habe diese in keiner Weise getrennt, wie auch in der gemeinsamen Erklärung, die ihrem Willen zur Aufrechterhaltung des Paktes und zur Entwicklung seines Geistes Ausdruck gebe, betont sei. In ihren weiteren Ausführungen versichert die Regierung, daß sie die von dem vorangegangenen Ministerium eingegangenen Verpflichtungen in bezug auf Heer, Schule und soziale Fürsorge zu den übrigen

machen und verwirklichen werde und fordert das Parlament auf, in kürzester Zeit über die Rückkehr zur Arrondissementswahl Beschluß zu fassen. Zum Schluß appelliert die Regierungserklärung an alle Republikaner, in aufrichtiger Zusammenarbeit die Lösung zu suchen, die das Wohl der Nation erheische.

Es wurde daraufhin die lange Liste der Interpellationen vertlesen und Briand forderte das Parlament auf, die Diskussion über die meisten der eingebrachten Interpellationen zu vertagen und allein die des Abg. Darnegaran (Boucarist) über die Zusammenlegung und die allgemeine Politik des Ministeriums sofort zur Debatte zu stellen. Mit großer Mehrheit wurde dieser Vorschlag angenommen, worauf Darnegaran das Wort ergriff. Der größte Teil seiner Rede war dem Angriff auf die Person des Innenministers Malvy gewidmet und wirkte wie ein Kapitel einer chauvinistischen Darstellung des Krieges. Der Redner erklärte, daß die Anwesenheit dieses unter der Regierung Clemenceau wegen Hochverrats verurteilten Mannes im Ministerium eine Herausforderung der Nationalabenteurer darstelle.

In seiner Erwiderung verteidigte Briand seinen Innenminister gegen die ungerechtfertigten Angriffe auf ihn und wies auf die anerkanntswerte Pflichterfüllung hin, durch die sich Malvy stets ausgezeichnet habe. Frankreich, so schloß Briand, habe noch nie geögert, einen begangenen Irrtum (also das Kriegserichtersurteil! Red.) wiedergutzumachen.

### Ohnmachtsanfall Malvys.

Als in der sehr stürmischen Debatte der neue Innenminister Malvy sich gegen die Angriffe der Rechten verteidigte, erlitt er einen Ohnmachtsanfall und mußte hinausgetragen werden. Es kam zu so heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, daß die Saalbediener eine Kette bildeten, um eine Rauserei zu verhindern. Malvy erhob sich später wieder. Die Debatte endete mit einem

### Vertrauensvotum.

Nach weiterer Debatte sprach die Kammer dem Ministerium Briand mit 361 gegen 164 Stimmen das Vertrauen aus.

## Keine Saargendarmerie!

### Französisches Militär soll dort bleiben!

Genf, 18. März. (W.T.B.) Der Völkerbundsrat nahm einen Bericht entgegen über die Frage der Ortopolizei und die damit zusammenhängende Zurückziehung der französischen Truppen: ein Regiment Infanterie, ein Regiment Kavallerie und ein Bataillon Jäger. Der Bericht spricht sich gegen die Erhöhung der Ortopolizei aus, die insgesamt 1005 Köpfe umfaßt, gibt ferner Kenntnis von der Zusage der französischen Regierung, das Jägerbataillon bis zum 31. Mai d. J. aus Saarbrücken zurückzuziehen, und betont die Notwendigkeit, daß für außergewöhnliche Fälle zur Sicherung von Eigentum und Leben im Saargebiet an seinen Grenzen französische Truppen stationiert sein sollen, die im Bedarfsfalle der Regierungskommission sofort zur Verfügung gestellt werden können. Schließlich empfiehlt der Bericht die Einsetzung eines Ausschusses, der dem Rat für seine Sommertagung Vorschläge über die Sicherstellung des Durchgangsverkehrs auf der Saarbrücken für alle Fälle machen soll. Dieser Ausschuß soll, wo notwendig, aus einigen französischen Offizieren gebildet werden. Der Rat hat den Bericht einstimmig genehmigt.

Die Verfassler Bestimmungen sagen ausdrücklich, daß das französische Militär nur vorläufig, bis zur Aufstellung einer einheimischen Gendarmerie, im Saargebiet bleiben dürfe. Der Völkerbundsrat legt lediglich mit Hilfe juristischer Konstruktionen, mit denen Inhaber der Gewalt sich gern ins Recht zu setzen lieben, über die sonst bei jeder Gelegenheit für heilig und unantastbar erklärten Friedensbestimmungen hinweg Frankreich aber wird doch nicht dem Irrglauben fröhnen, daß die Anwesenheit seiner Truppen im deutschen Saargebiet die kommende Volksabstimmung über des Saargebietes Staatszugehörigkeit zugunsten Frankreichs beeinflussen könnte!

### Die Polizei achten die Grenze nicht.

Saarbrücken, 18. März. Wie die Saarpresse mitteilt, bewirkt französische Truppenabteilungen aus Forbach (Lothringen) die Schließung des Saarbrücker Landes, die städtisches Eigentum sind, zum Schuttschießen. Wenn auch die Schließung von der Stadt mitgedungen an die gegen Vertrag und Recht im Saargebiet garnisonierten französischen Truppen verpachtet worden sind so liegt doch in dem Vorgehen der lothringischen Kommandeure eine flagranter Grenzverletzung, die eine neutrale Völkerbundregierung nicht dulden dürfte. Nicht genug damit: Französische Soldaten von jenseits der Grenze nehmen auch Holz des Waldes zum Abtransport und begehen nach andere Unregelmäßigkeiten zum Schaden der Stadt. Selbst vor dem Wildern schrecken sie nicht zurück; hierbei wurde von deutschen Beamten ein französischer Hauptmann erwischt, der sein zerlegbares Jagdgewehr eisigt zu verbergen suchte. Auf die erstattete Anzeige hin erhielt der Hauptmann 14 Tage Stubenarrest.

### Wieder ein Versprechen für später.

Genf, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Veitri-Saarbrücken hatte am Mittwoch und Donnerstag Gelegenheit, vor den Ratsmitgliedern Vanderveelde und Benesch sowie dem Vertreter Ludens die Denkschrift der saarländischen Sozialdemokratie mündlich zu begründen. Es wurde ihm die Zusage gegeben, daß den Wünschen der Saarbevölkerung nach und nach Rechnung getragen werden soll.

## Ein Arbeiterführer ermordet.

### In Litauen.

Kowno, 17. März. (Drahtbericht.) Im Bahnhofgebäude von Schaulen wurde die Leiche des Vorsitzenden der litauischen Arbeiter-Schulorganisation, Amaloz, gefunden. Die polizeiliche Untersuchung hat noch festgestellt. Der Ermordete war als linksradikaler Arbeiterführer politisch tätig, es wird vermutet, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

Irdische Bomben krachten in London am letzten Mittwoch, dem Tag des Landespatrons St. Patrick, der auch in London offiziell gefeiert wurde. Die ungemächlichen Festgrüße galten dem Premierminister Baldwin und dem Thronfolger, haben aber beiden kein Leid getan.

Frankenräuber in Holland verurteilt. Im Prozeß wegen der Frankenschießungen wurden im Haag Antoonich zu drei Jahren und die Angeklagten Marjowski und Rancovic zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

lassen. Nach einem weiteren Monat, im Januar, folgten die Ausführungsbestimmungen des preussischen Wohlfahrtsministeriums. Mit dieser zeitlichen Verschiebung verband man eine sachliche Einschränkung der Unterstützungsberechtigung, die den Reichstag zwang, sich erneut mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag wurde beschlossen, daß die Bedürftigkeitsprüfung nicht stattzufinden habe, und daß auch Vorverpflegung infolge Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit als Grund für den Bezug der Unterstützung zu gelten hat.

Dieser Beschluß wurde vom Reichstag am 18. Februar gefaßt. Er hatte angesichts der großen Notlage der Tabakarbeiter, von denen viele Tausende infolge der einschränkenden Bestimmungen keine Unterstützung erhielten, schnelle Arbeit geleistet. Nun aber sollte erneut Sabotage ein mit dem Ergebnis, daß das vom Reichstag am 18. Februar beschlossene Gesetz im Reichsgesetzblatt erst am 16. März veröffentlicht worden ist. Wiederum also müssen die notleidenden Tabakarbeiter wochenlang auf die Erfüllung der Rechte, die der Reichstag beschlossen hat, warten.

Dieser Vorgang verdient die schärfste Kritik. Besser hätte es den Tabakarbeitern besser ergehen, wenn sie ähnlich wie die Winger der Finanz- und Zollämter gestürzt und die Aktien vernichtet hätten. Aber gebührenden Protesten scheint eben die Bureaucratie alles zumuten zu dürfen.

## Der Ratserweiterungsausschuß.

### Genosse Eggert im Vorbereitungsausschuß der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 18. März. (W.T.B.) Der deutsche Vorschlag auf Einsetzung eines Ausschusses zum Studium der Frage der Ratserweiterung wurde in nichtöffentlicher Sitzung des Völkerbundsrats von Ishii (Japan) eingebracht. Die Ratsmitglieder sind dahin übereingekommen, daß in diesem Ausschuß, der seine Arbeiten möglichst bald aufnehmen soll, außer den zehn Ratsmächten noch folgende fünf Staaten vertreten sein sollen: Deutschland, Schweiz, Polen, Argentinien und China. — Ferner beschloß der Rat, die erste Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz auf den 23. April nach Genf einzuberufen. Dieser Ausschuß besteht aus elf Mitgliedern, darunter drei Deutschen, nämlich Clemens Lammer, Präsidiumsmitglied des Reichserverbandes der Deutschen Industrie, Ernst Trendelenburg, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und Eggert, Vorstandsmittglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein zwölftes Mitglied soll aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika nach berufen werden. Owen Young und R. J. Barnes haben die vom Generalsekretär des Völkerbundes an sie ergangene Einladung nach einander abgelehnt.

Die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz soll am 17. Rat zusammenzutreten. Die Bestimmung des Tagungsortes hat der Rat wegen der noch schwebenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und Rußland noch offen gelassen. Das Sachverständigenkomitee für die Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz wird am 26. April in Genf beginnen.

## Belgien und die Ratserweiterung.

Brüssel, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Vanderveelde erklärte bei seiner Ankunft in Brüssel, der Völkerbund habe unzweifelhaft einen Rückschlag zu verzeichnen, aber es bestiehe keinerlei Grund zum Pessimismus. Die starke Enttäuschung darüber, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorübergehend vereitelt ist, sei der beste Beweis des gewaltigen Fortschritts seit vier Jahren, wo Viviani noch unter dem einmütigen Befehl der Völkerbundversammlung erklären konnte, der Eintritt Deutschlands wäre eine Kalamität. Genf habe bewiesen, daß es nicht möglich sei, mittleren Mächten einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu gewähren. Er selber sei ein entschiedener Gegner der Vermehrung der ständigen Sitze. Wenn diese aber dennoch beschlossen werden sollte, dann könne Belgien ebenso starke Rechte geltend machen als monche anderen Mächte. Was das Verhältnis zu Deutschland betreffe, so sei die Krise in Genf vollständig überwunden worden, was den Rückschlag für den Völkerbund außerordentlich mildere. Die Tatsache, daß eine einzige Nacht, wie Brüssel, das Gelingen des Wertes verzeichnen konnte, bringe die überaus schwierige Frage der Reform der Völkerbundstatuten auf die Tagesordnung. Vanderveelde hofft, daß der Rückschlag nur vorübergehend sei und die Schwierigkeiten vor der Septembertagung überwunden werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Vertraute Arbeitsgemeinschaften.

Die christlichen Gewerkschaften haben bekanntlich trotz aller Enttäuschungen an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmern und Arbeitgebern bisher mit bewundernswerter Selbstständigkeit festgehalten. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitgeberverbände im Kampf gegen die Arbeiterschaft sich der unlautersten Methoden bedienen, wird es selbst den rechtsgerichteten christlichen Gewerkschaften zuviel. Schreibt doch der dem Stegerwählklub der Gewerkschaften zuzurechnende „Politisch gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ zu den Vorgängen im Arbeitgeberlager:

„Von allergrößtem Interesse ist es für uns, daß Herr v. Borfig beide Male „einzelne Beamte“, also mehrere Persönlichkeiten der Arbeitgebervereine im Auge hatte, wenn er von den begangenen Fehlern sprach, während wir bisher immer nur von dem Propaganda- und von Zengen als dem allein Verantwortlichen in offiziellen Äußerungen hörten. Allerdings pflegen es bereits seit Monaten ständige Späßen von dem Dach der Burggrafenstraße 11, daß an der Propagandapolitik der Arbeitgebervereine und dem Ausbruch der schweren Vertrauenskrise Herr Dr. Weisinger fast ebensoviel Schuld wie sein intimer Freund Zengen trägt. Mag sein, daß Dr. Weisinger nicht in alle Phasen der Entwicklung eingeweiht war — an seiner eidlichen Zeugnisaussage können wir nicht zweifeln —, soviel steht aber fest, daß er die Tendenz der verfolgten Politik durchaus billigte und daß er in erster Linie der böse Geist der Vereinigung gewesen ist. In Borfigs Worten kam für jeden Eingeweihten diese Erkenntnis deutlich zum Ausdruck. Bemerkenswert ist es auch, daß Herr von Borfig in der Berichtigung einer „Vorwärts“-Notiz die gegen Dr. Weisinger erhobenen Beschuldigungen nicht zu entkräften versuchte.“

Herr von Borfig scheint sich also in völliger Übereinstimmung mit den meisten führenden Mitgliedern der Arbeitgebervereine über die gegenseitige Rolle des Geschäftsführers Dr. Weisinger ziemlich klar zu sein. Warum zieht er aber nicht die notwendigen Konsequenzen? Dr. Weisinger hat ihm doch schon mehrfach in wohlberechneter Pose sein Amt zur Verfügung gestellt. Glaubt man etwa durch eine Entlassung des gefährdeten Tarifstaatsanwalts die Krise der Vereinigung noch zu verschärfen und will man ruhigere Zeiten abwarten? Die Vertrauenskrise wird aber solange latent bleiben, wie Dr. Weisinger in möglicher Stellung der Vereinigung tätig ist, auch wenn er sich zurzeit nur mit dem Lohnabbau beschäftigt. Hat man denn ganz vergessen, daß auch eine schwere Vertrauenskrise zwischen Dr. Weisinger und dem Reichsarbeitsministerium besteht, die gerade im Interesse der Vereinigung aufgehoben werden müßte. Mit vollem Recht lehnen es die möglichen Beamten des Ministeriums entschieden ab, mit dem Vater der Attennotiz wieder in nähere Verbindung zu treten. Und schließlich hat Dr. Weisinger doch zur Genüge bewiesen, daß ihm eine längere Erholung von den Dienstgeschäften dringend not tat. Wie überarbeitet muß doch der Mann sein, dessen ehemals ausgezeichnetes Gedächtnis jetzt so schwach geworden ist, daß er sich an zahlreiche Vorfälle der jüngsten Vergangenheit — seien es Besprechungen mit Ministerialdirektoren, mit Beamtenvertretern oder Gewerkschaftern — einfach nicht mehr zu erinnern vermag!

Die christlichen Gewerkschaften zeigen sich nach dem Artikel der genannten Korrespondenz lebhaft beunruhigt, daß ausgerechnet Herr Dr. Weisinger dazu auserkoren ist, den neuen Geschäftsführer der Arbeitgebervereine, Herrn Braumüller, in sein Amt einzuführen. Wir teilen diese Unruhe nicht. Wir sehen in Weisinger nichts anderes als ein willkürliches Instrument jener Klassenauflösung des Unternehmertums, die im Kampfe gegen die Arbeiterschaft auch vor den traurigsten Mitteln nicht zurückschreckt. Wir sind der festen Überzeugung, daß auch die Christen einmal lernen werden, daß der Klassenkampf nicht nur eine „sozialistische Phrasen“ ist — so sehr sich die Fanatiker der Arbeitsgemeinschaft dagegen sträuben. Herr Weisinger und Herr v. Borfig werden es ihnen schon beibringen. Das wird dann der Anfang einer Neuorientierung der bisher indifferenteren Gewerkschaften überhaupt sein. Und wir, die wir es längst

vorausgesehen haben, werden es sowohl Herrn v. Borfig sowie Herrn Dr. Weisinger gern mit Dank bestätigen, daß sie solcher Erkenntnis freie Bahn geschaffen haben.

## Die Affordmaurer zur Tariffündigung.

Der Baugewerksbund und der Verband der Affordmaurer hatten zum Sonntag eine gemeinsame Versammlung der gesamten Affordmaurer Groß-Berlins einberufen, um zu der Kündigung des Affordtarifes zum 31. März Stellung zu nehmen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Der Vorsitzende des Verbandes der Affordmaurer Becker ging in seinem einleitenden Referat zunächst auf die Entwicklung der Affordarbeit und die Entstehung des jetzt von den Unternehmern gefordigten Affordtarifes ein. Nach langen Verhandlungen, die schon im Jahre 1924 begonnen, wurde am 5. März 1925 ein Tarif abgeschlossen, durch den die bis dahin ganz verschiedene Bezahlung der Affordarbeit endlich einheitlich geregelt wurde. Wenn die Unternehmer den Tarif nunmehr zum ersten Abkündigungszeitpunkt gekündigt haben, so haben sie es ganz bestimmt nur deswegen getan, um eine Verschlechterung der jetzigen Affordarbeitsbedingungen durchzuführen. Sie haben ihre Hoffnung anscheinend auf die nicht einheitliche Organisation der Affordmaurer gesetzt, dürften sich aber in dieser Erwartung angeheißt des Zusammengehens der Berliner Affordmaurer, gründlich geirrt haben. Genosse Krause vom Baugewerksbund betonte in seinem Schlusswort, daß die Berliner Affordmaurer eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen ganz entschieden ablehnen werden. Die Berliner Bauunternehmer werden hier wie schon so oft auf Granit stoßen. Eine Diskussion wurde von der Versammlung, die von vollster Einmütigkeit befeuert war, nicht gewünscht, worauf folgende Entschiedenheit einstimmige Annahme fand:

„Die Versammlung der Fachgruppe der Affordmaurer des Baugewerksbundes Berlin und des Verbandes der Affordmaurer Groß-Berlins nimmt Kenntnis von dem Kündigungsschreiben des Verbandes der Baugeschäfte Groß-Berlins. Sie verpflichtet die Organisationsleitung, bei den Beratungen über einen Vertragsabschluss über den 31. März hinaus keinerlei Verschlechterungen des jetzt bestehenden Vertrages — sei es bezüglich der Lohn- als auch der Arbeitsbedingungen — zuzustimmen. Den Affordmaurern wird zur Pflicht gemacht, bei Übernahme von Arbeiten, die nach dem 31. März begonnen werden, sich unbedingt an den bisherigen Vertrag zu halten.“

Mitglieder, welche dennoch gegen diese Beschlüsse handeln, werden mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden.“

## Verbandstag der Landarbeiter.

Berlin, 18. März.

In der Debatte über die Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft führte die Genossin Hanna vom A.D.S.B. aus, daß der D.W. sich ein großes Verdienst erwerben würde, wenn er die Fragen, die der Referent in seinem Referat aufgerollt hat, der weitesten Öffentlichkeit bekannt gibt. Es sei eine alte Erfahrung, daß Gesetze erst dann geschaffen werden, wenn die Organisation den Weg dazu geebnet hat. Gerade bei der Frauen- und Kinderarbeit werde noch schwere Arbeit zu leisten sein, da es bisher noch nicht einmal soweit ist, daß diese Arbeit tatsächlich als Arbeit anerkannt wird.

Gröbner, Gau Breslau, ging auf die Frage der Berkwohnungen ein. An Hand von sehr interessanten Beispielen wies er die Klassenunterschiede nach, die in den „Wohnungen“ der Arbeiter und der „herrschaftlichen“ Räumen zu sinnfälligem Ausdruck kommen. Besonders schlimm sehe es in den Wohnungen auf den Pachtgütern aus. Man könne dort Räume finden, in denen 7 bis 8 Personen untergebracht sind.

Staar, Gau Berlin, wies die Behauptung zurück, ein Mangel an erwachsenen Arbeitskräften zwinge zur Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. In den städtischen Bezirken seien viele Arbeitskräfte vorhanden, die bei einigermaßen gutem Willen einspannt werden könnten.

Kollegin Drewanz, Gau Kiel, brachte unter großer Aufmerksamkeit des Verbandstages zum Ausdruck, daß es eine anerkennenswerte Tat des Verbandsvorstandes ist, im Rahmen der Generalversammlung ausführliche Darlegungen über die Frauen-

und Kinderarbeit in der Landwirtschaft zu machen. Die Kinderarbeit dürfe nicht nur eingeschränkt werden, sie müßte überhaupt verboten werden. Die heutigen Verhältnisse auf dem Lande würden jede elterliche Liebe zum Kinde. Erschreckend sei vor allem die Kinderarbeit in Mecklenburg. Die Richtlinien des Verbandes zur Frauen- und Kinderarbeit seien

ein großes Kulturprogramm.

das in die weitesten Kreise hineingetragen werden müßte. Ohne Unterlass und unter Ausbeutung aller Kräfte müsse gearbeitet werden, um auch in den Landarbeiterheimen das Fundament für ein glückliches Familienleben zu schaffen.

Nach diesen Ausführungen ging der Verbandstag zur Beratung der Verbandsfragen und der dazu vorliegenden Anträge über. Die im Rahmen dieser Verhandlungen vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Georg Schmidt, 2. Vorsitzender Paul Dörke, Kassierer Emil Boldt und Emil Hartung, Schriftleiter Walter Kwasnit, Sekretäre Wilhelm Bernier, Albert Kreuzer, Hans Schmaus und Otto Schuler.

Damit waren die Verhandlungen des Verbandstages beendet. Der Vorsitzende des Verbandstages, Genosse Brandenburg, betonte in seinem Schlusswort, daß die Generalversammlung mit seltener Einmütigkeit vor sich gegangen sei und ihr Verlauf beweise, daß der Gedanke der Landarbeiterorganisation marschiere. Vertrauen gegen Vertrauen. Dieser Grundsatz möge auch für die nächste Zeit die Richtlinien aller Organisationsangehörigen sein. Die Sozialdemokratische Partei, der A.D.S.B. und das Reichsbanner haben ihre Sympathie für die Landarbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht. Die Landarbeiter erwidern diese, indem sie sich geloben, einmütig in allen Zweigen der Arbeiterbewegung gemeinsame Arbeit zu leisten.

## Forderungen zur Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 18. März. (RD.) Die Forderungen der Gewerkschaften in der Frage der Erwerbslosenfürsorge werden, wie wir von unterrichteter Seite hören, zurzeit geprüft. Mit einer Entscheidung der zuständigen Stellen ist jedoch erst nach einer Rückkehr des Reichsarbeitsministers aus London zu rechnen, der dann voraussichtlich selbst die Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufnehmen wird. Von den Forderungen dürfte besonders die von den Gewerkschaften verlangte Umstellung der Staffeln der Unterfügungen nach Lohnklassen einen außerordentlich großen Verwaltungsapparat schon in seinen Vorarbeiten erfordern. Die Frage des Fortfalls der bisher vorgeschriebenen Prüfung der Bedürftigkeit soll ohnehin im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der Erwerbslosenfürsorge geprüft werden.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handel teilt uns mit, daß das Buch des Siemens-Direktors Rötting über Amerika nicht auf seine Kosten verbreitet worden ist. Vielmehr sei der Ertrag des Buches dem Reichskuratorium zur Verfügung gestellt worden. — Wir nehmen an, daß sich das nur auf den materiellen Ertrag des Buches bezieht; sollte sich das Reichskuratorium auch mit seinem geistigen „Ertrag“ belasten, so wäre dies bedenklich.

Freie Gewerkschaftsjugend. Es kann heute, Freitag, abend 7½ Uhr die Gruppen: Hermannplatz Jugendheim, Sandberg, 11, Ede, Bodendstraße, Ferdinand-Freilich-Gedächtnis; Göttinger Jugendheim, Gedächtnis, 65-66, Beilingswerderstraße; „Wir leben's nicht mehr!“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Heute, Freitag, abend 7½ Uhr finden folgende Gruppenabende statt: Gruppe Osten: Jugendheim, Große Fontanarier, Str. 36 (Zimmer 6); Gruppe Mitte: Jugendheim, Berliner Str. 64; Gruppe Süd: Jugendheim, Reichenberger Str. 64; Gruppe West: Jugendheim, Schlesienstr. 7-10, Freitag; „Kasack Schell“, Gruppe; Jugendheim, Lindenauer 1, Eschendorf; „Mina von Barnack“.

Gewerkschaftsunterkommission. Bezirk N. Morgen, Sonnabend, abend 7½ Uhr im Ballhaus, Reichenberger-Str. 64, Schrammstraße, Ballversammlung. Die Delegierten müssen pünktlich erscheinen. Mitgliedsbuch und Einlösung legitimiert.

Gewerkschaft deutscher Volkshilfen. Provinzialverband Berlin. Sitzung am 20. März, 8 Uhr, Rathaus, Zimmer 56. Weizen und Wert der Aufbauschulen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Fritz Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Ecker; Justiz: Dr. John Schilke; Politik und Konflikte: Fritz Karst; Anzeigen: Dr. Ecker; Familie in Berlin, Berlin; Nordkreis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordkreis-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin, Ederstraße 1, Stern 2, Reichenberger-Str. 64, Ederstraße und Witten.

# A. WERTHEIM

Leipziger Platz    Königstraße    Rosenthaler Straße    Moritzplatz

## Grüne Heringe 5 Pfd. 45 Pf.

Bratflundern Pfd. 0.10 0.15	Büchlinge kleine, 0.55 0.20
Kabojjau ohne Kopf 0.25	Flundern große, Pfd. geräuch. pomm. 0.32
Zander ganze Fische, Pfd. 0.38	Fleckerlinge Pfd. 0.45
Leb. Spiegelkarpfen Pfd. 1.25	Schellfische geräuch., Pfd. 0.58
Lebende Hechte Pfd. 1.15	Aale ger., mittelstark, Pfd. 1.90

## Landleberwurst u. Rotwurst 1 15

Mettwurst grobe, u. gefüllt, 1.30	F. Leber-u. Bierwurst Pfd. 1.65
Fleisch-u. Jagdwurst Pfd. 1.45	Zorvelat u. Salami Pfd. 1.80
Filetwurst Pfd. 1.55	Berl. Mett- u. Speckw. Pfd. 1.00
Mettwurst (Braunschweiger Art) Pfd. 1.55	Landleber- u. Dampf. Pfd. 1.00
Speck fetter und magerer (deutsche Ware) Pfd. 1.50	Schinken- u. Teew. Pfd. 1.70

## Romatourkäse . . . Stück 20 Pf.

Limburger . . . . . Pfd. 0.48	Steppenkäse . . . Pfd. 0.88
Griekkäse . . . . . Pfd. 0.52	Tilsiter Pfd. 0.78
Stangenkäse Allg., Pfd. 0.60	Schweizer dänisch, Pfd. 1.20
Gouda dänischer . . Pfd. 0.60	Margarine . . . . . Pfd. 0.56
Edamer . . . . . Pfd. 0.88	Tafelbutter Pfd. 2.04 2.12

## Konserven

Karotten geschneitten . . . 0.36	Pflaumen ohne Steine . . 0.75
Spinat . . . . . 0.43	Pfirsiche rhenisch, halbe Frucht, geschält 1.25
Brech- u. Schnittbohne, I 0.68	Ananas Hawai in Scheiben 1.80
Leipziger Allerlei . . . 0.80	Preiselbeeren 3.60
Gemischtes Gemüse fein 1.50	Rindfleisch im eigenen Saft 2 Pfd.-Dose 1.20
Gemüse-Erbsen . . . . . 0.55	Gulasch Rind- u. Schweinefleisch, Pfd.-Dose 0.63
Junge Erbsen mittelfein 0.78	Celsardinen portug., Kubd. 0.45
Junge Erbsen sehr fein 1.60	
St.-Spargel 80/60 1.75 extra 2.50	

## Konfitüren

2 Pfd.-Eimer, Pflaumen 0.82, Johannisbeeren 0.95, Erdbeeren u. Aprikosen 1.15

## Billigste Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

## Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust . . . . . Pfd. 63 Pf.	
Kalbskeule u. Rücken ganz und geteilt, Pfd. 80 Pf.	
Suppenfleisch . . . . . Pfd. 63 Pf.	
Schmorfleisch mit Knochen . . . . . Pfd. 85 Pf.	
Schweinebauch u. Rücken mit Beilage . . . . . Pfd. 1 M	
Liesen Pfd. 90 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.	

## Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust Pfd. 50 Pf.	
Suppenhühner frisch geschlachtet Pfd. 1 15 u. 1 50	
Gänsebrust- und Keulenselcke frisch und gepökelt, Pfd. 1 25	
Hirsch-Keule Pfd. 1 40 Rücken Pfd. 1 10	

## Obstbäume u. Rosen

Abt. Frische Blumen, Leipziger Str.

Johannisbeere Strauch 0.35 hoch 2.50	Rosen Mittel- 2.75 hoch 3.75
Stachelbeere Strauch 0.85 hoch 2.50	Wilder Wein . . Strauch 0.85 1.20
Äpfel, Kirschen . 1.50 Mittel- 2.25	Efeu . . . . . Topf 1.10
Birnen . . . Strauch 2.00 Mittel- 2.50	Gladiolen . . . . . Stück 0.05 bis 0.15
Pflaumen Strauch 2.75 Mittel- 4.25	Begonien . . . . . Stück 0.14 bis 0.16
Schattenmorellen . 1.50 2.00	Dahlien . . . . . Stück 0.45
Euschrosen . . . . . 3 Stück 1.95	Stachelweiden . . . . . Pfd. 0.55
Ra-krosen . . . . . Stück 0.75	Grassamen . . . . . Pfd. 0.65 0.85

Hyazinthen, blühend, Topf 0.58 Primeln 0.55  
Balkonkästen, mit wildem Wein bepflanzt, Mtr. 8.00

## Wein

Preise für ¼ Flasche einschließlich Steuer ohne Glas

Frankf. Apfelwein (Rackel) 0.70	1923 Bechheimer (guter Tischw.) 0.85
1924 Wellensteiner Berg (pikant) 0.80	1922 Kircheimer (milder Rotwein) 1.00

Als besonders preiswert zu empfehlen:  
daffiger, rein entwickelter 1920er Pfälzer Kressenwein

Dürkheimer Schloßgarten-Riesling (Stadtverwaltung) 1.50	Ruppertsberg Reiterpfad (Helmer) 2.00
Königsbacher Altenweg (Abresch) 1.60	Herxheimer Goßberg Spätlese (Meiner) 2.20

Filiale Königstraße: Faßwein zu Sonderpreisen

## Stadtküche

Leipziger Str., Lieferung v. Festessen. Vorschläge kostenlos

Unternehmerkrisse zur Plünderung des Stadtsäckels.

Die Berliner Stadtoberordnetenversammlung hat gestern zu Gericht über eine Unternehmergruppe, auf deren gemeinschaftliches Treiben den Magistrat eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion hinwies. Was unser Genosse Czeminiski über Ringbildung von Unternehmern bei städtischen Lieferungen vortrug, war den bürgerlichen Parteien so unbehagen, daß sie es am liebsten als unglaublich zurückgewiesen hätten.

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtoberordneten verwies zunächst die Vorlage wegen der Finanzierung der U.C.G. Schnellbahn ohne Debatte an den Haushaltsausschuß. Genosse Czeminiski begründete dann die Anfrage unserer Fraktion wegen der Ringbildung von Firmen bei öffentlichen Ausschreibungen.

Eine Anzahl Berliner Schlosserfirmen ist aufgefordert worden, Preisangebote für die Ausführung von Schlosserarbeiten am Bau der Fleischgroßhandlung abzugeben. Die Angebote schwankten zwischen 225 000 und 367 000 Mark. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun in Erfahrung gebracht, daß die Schlosserfirmen vom Syndikus der Berliner Schlosserinnung zu einer Sitzung geladen wurden, in der zwischen den teilnehmenden Firmen folgendes ausgemacht wurde: Die Firma Blume aus Charlottenburg sollte ein Angebot von 200 000 Mark abgeben, alle anderen dagegen ein so hohes Angebot, daß sie für eine Zuteilung nicht in Frage kämen.

worden. Einem Firmenvorsteher, der die bewußte Sitzung früher verlassen mußte, wurde vom Syndikus durch Rohrpostbrief mitgeteilt, welche Preise sie in ihrem Angebot einzusetzen habe. (Hört, hört! links.) Den Firmen war auch aufgegeben worden, Teilaufträge, die sie etwa noch erhalten sollten, an die hauptausführende Firma abzugeben. Dafür sollten dann die Firmen entschädigt werden.

Streik des Notstandsarbeiter in den Rehbergen

zu. Mit der Anfrage ist noch ein Antrag der Kommunisten verbunden, der den Magistrat ersucht, die Entlassungsheine der wegen des Streiks entlassenen Arbeiter so zu ändern, daß sie wieder Erwerbslosenunterstützung erhalten können. Nach einer Begründung durch Vertreter der betreffenden Fraktionen wies Stadtrat Genosse Brühl die von dem Kommunisten Wikt gegen Bezirksbürgermeister Genossen Leib und seine Stadträte erhobenen Anträge auf das entschiedenste zurück.

Bei der dritten Beratung der Vorlage zur Errichtung eines Stadtamts für Leibesübungen, die deshalb notwendig geworden war, weil die Kommunisten in der Gefolgschaft der Rechten des Hauses in der vorigen Sitzung für eine dritte Lesung gestimmt haben, obwohl das Stadtmittel bereits mit der Linksmehrheit beschlossen war, vertrat Genosse Lohmann noch einmal den Standpunkt unserer Fraktion.

Die Kommunisten haben also in treuer Gemeinschaft mit den Deutschenationalen und sonstigen bürgerlichen Sportfreunden alle grundsätzlichen Erwägungen unserer Fraktion und die daraus resultierenden Anträge (Herauslösung der Turnhallen und der Badegelegenheiten aller Art aus dem Bereich des Stadtamts) in den Wind geschlagen und haben alles in der Hand eines noch nicht vorhandenen Stadtmittelvereins. — Die Festlegung der Mütgebühren für das Rechnungsjahr 1926 wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. — Mit der Erledigung einer Reihe kleinerer Anträge und Vorlagen schloß die Sitzung.

Vorgehen bei Schulschließungen. Zwischen dem Hauptgesundheitsamt und dem Polizeipräsidenten ist eine Vereinbarung getroffen worden, die ein einheitliches Vorgehen bei Schul- und Klassen-schließungen ermöglichen soll. Schließungen ganzer Schulen sollen danach erfolgen, nachdem der zuständige Kreisarzt ein besonderes Gutachten abgegeben hat.

Der Pilgerzug zu den Märzkämpfern.

In den Nachmittagsstunden setzte ein wahrer Pilgerzug nach dem Friedhof der Märzgefallenen ein. Der Andrang war so groß, und nur mit Mühe gelang es den zahlreichen Besuchern, sich einen Weg durch die Gräberreihen zu bahnen. Wie ein Hauch des Friedens lag der goldene Schein der Frühlingssonne über den Zweigen. Treulich hielten an den kronzgeschmückten Gräbern Reichsbannerkameraden die Ehrenwacht. Und unaufhörlich erschienen Kronzdeputationen, die Männer und Frauen, die aus den Betrieben kamen, gingen stumm an den Gräbern der Freiheitskämpfer vorüber.

O steht gerüstet, seid bereit, O schaffet, daß die Erde, Darin wir ruhen strad und Reif, Ganz eine freie werde!

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, die Belegschaft der Firma Poewe A.-G., Huttenstraße, die C.A.W., die Arbeiterschaft der Deutschen Bauhütte, Soziale Baugesellschaft m. b. H. und die vielen anderen alle kamen, um den 10ten Kämpfern zu danken, immer wieder zu danken in stummer Bewunderung und Verehrung. Ein prächtiger Kranz wurde von den Handelshilfsarbeitern und Handwerkern der Firma H. Gerson niedergelegt. Eine riesige rote Schleife trug einige Worte Gerhard Hauptmanns aus seinem Schauspiel "Die Weber":

An die Ausbeuter! Ihr Schurken auf, ihr Satansbrut, Ihr höllischen Kujone, Ihr freßt der Armen Hab und Gut Und Blut wird Euch zum Lohne. Ihr seid die Duellen aller Kraft, Die hier den Armen drückt. Ihr seid's, die ihr das trockne Brot noch von dem Munde rückt.

Als die Dunkelheit bereits hereinbrach und sich die ersten Schatten der Nacht herniederzogen, herrschte noch immer der gleiche große Andrang wie während der übrigen Tagesstunden.

Märzgefallenenfeier des Reichsbanners.

Zu einer ernsten würdigen Gedankstunde für die Märzgefallenen hatte der Reichsbanner einige seiner Kameradschaften in den gestrigen Abendstunden im Friedrichshain versammelt. Durch den dunklen Friedrichshain wies lange Fackelreihen der spalterbildenden Kameraden den Weg zum Friedhof. In den Mittagsstunden hatte der Gau an den Gräbern einen Kranz niedergelegt. Vor den Toren standen lange Reihen von Fahnen Ehrenwache. Von dumpfem Wirbel des Tambourkorps begleitet, marschierten die Reihen der Kameraden vorüber. Die Fahnen senkten sich. Die Republikaner ehrten die für ihre Idee gefallenen Vorkämpfer. Den Blick hin zu den Gräbern zogen die alten und jungen Kämpfer der Schutztruppe der Republik vorüber. Hinter ihnen in dichten Reihen Arbeiter mit ihren Frauen. Schlicht und einfach, der Toten würdig. Ein Erinnern, ein Kräfte sammeln für den Kampf von heute und morgen.

Vor neuen Kerkztkämpfen?

Man schreibt uns aus Kerkztreisen: Die Ambulatorien des Berliner Kassenverbandes sind ein wesentlicher Bestandteil der sachgemäßen ärztlichen Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung geworden und man dürfte deshalb annehmen, daß alle Kreise, denen eine gute ärztliche Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung am Herzen liegt, also ganz besonders der Kerkztschaft, die „berufene Hüterin der deutschen Volksgesundheit“, über diese Entwicklung besonders erfreut sei. Jeder vernünftige Mensch findet sich mit Tatsachen, die einen Fortschritt bedeuten, auch wenn sie nicht seinen kleinen egoistischen Interessen dienen, schon um ihres dauernden Wertes willen ab. Diese Barmherzigkeit muß man leider bei den Führern der großen Berliner Kerkztschaft vermissen, denn sonst könnte nicht herr Dr. Scheyer in der Sitzung der Groß-Berliner Vertragsgemeinschaft am 4. Februar 1926 erklären: „Die Aktion gegen die K.R.V. (Berliner Kassenverein) und Ambulatorienärzte wird in verstärkter Weise fortgesetzt, man habe nur seltenerzeit aus taktischen Gründen eine Art von zeitweiligem Burgfrieden eingetreten lassen. Bei diesen edlen Menschenfreunden kann es uns aber auch nicht wundernehmen, daß sie nicht davor zurückschrecken, ihren

Onkel Moses.

Roman von Schalom Uch.

„Wo du stehst den Onkel nicht? Wie, Mascha? Ich bin zu alt für dich, was? Ich passe dir nicht, yes, Mascha?“ Der Onkel lachte, brachte damit auch Mascha zum Lachen, und das ganze Gespräch verlief im Sande.

„Oh, Onkel, oh, old man, spricht nicht so, I like you, you are my old good uncle. Ich werde immer mit dir zusammen sein, ich werde mit dir in dem neuen Hause wohnen, welches du eingerichtet hast — I like it — you dear old uncle.“

Der Onkel rief den Kellner und zahlte. Im Hinausgehen fragte er Mascha:

„Wißt du mit mir gehen?“

„Wohin du willst, Onkel.“

Er winkte ein Auto herbei und hieß es nach Haarlem West fahren.

„Ich will dir die neuen Möbel zeigen, der Tapezierer hat sie bereits fertiggestellt. Alles ist fertig, ich möchte, daß du es dir ansiehst.“

Mascha wurde traurig und schwieg. Plötzlich begann sie wieder:

„Onkel, warum antwortest du mir nicht?“

„Was?“

„Auf das, was ich dir gesagt habe.“

„Was, was?“

„Glaubst du nicht, daß es besser für mich wäre, wenn du mein Onkel bleibst, my good, good uncle, und ich deine Tochter — als daß wir heiraten?“

„Es ist recht, Mascha. Schweige, schweige!“ Auf dem ganzen Wege nach Haarlem sprachen sie nicht mehr.

14. Das blaue Zimmer.

Der Onkel führte Mascha in das Haus, welches er als Wohnung für die Zeit nach der Hochzeit bestimmt hatte. Die Villa war vollständig eingerichtet, die Möbel rochen noch nach Lack, die Vorhänge waren bereits befestigt, und die ganze Villa wartete auf die Bewohner. Der Onkel drehte das Licht in allen Zimmern an, und die geschliffenen Gläser, die Vasen, die Hunde und Katzen aus Porzellan, von denen alle Zimmer voll waren, begannen zu glitzern. Der Onkel führte Mascha von einem Zimmer ins andere. Die Zimmer waren prunkvoll nach dem Geschmack eines Mannes möbliert, der sich etwas

leisten konnte, vollgepfropft mit Möbeln und mit sehr vielen Kleinigkeiten. Der „Parlour“ sah aus wie ein Geschäft mit elektrischen Lampen und Porzellanhanden. Der Onkel überreichte Mascha mit immer neuen Lichteffekten. Bald strahlte eine Kugel mit gelbleuchtenden Augen, bald begann eine Traube auf einem Sockel zu leuchten, bald blitzte in einem anderen Glasgegenstand ein Licht auf. Es war offenbar, daß der Onkel sehr viel Aufmerksamkeit auf die Einrichtung des Zimmer verwendet und in sie seine Liebe und seine Phantasie hineingelegt hatte. Doch die stärksten Spuren seiner Aufmerksamkeit trug das Schlafzimmer. Es war mit der Zärtlichkeit eines gewöhnlichen Menschen eingerichtet. Das ganze Zimmer war blau, die Wände waren mit billigen Landschaften, Wäldern, Flüssen mit badenden Frauen, tanzenden Feen bemalt und die Decke als sternbesäter Nachthimmel. Ein großer, blauer, französischer Teppich bedeckte das ganze Zimmer.

Das Bett stand auf einem Pedestal und war mit einem blaueidenden Baldachin überdacht. Nur die Beleuchtung hielt sich nicht an den Stil des ganzen Zimmers. Sie war auch hier wie im „Parlour“ verschiedenfarbig, rot, blau und gelb, und zerstörte die Farbenharmonie des Zimmers. Der Onkel drückte auf einen Knopf; ein elektrisches Pianola, welches im nächsten Zimmer stand und durch eine Leitung mit dem Schlafzimmer verbunden war, spielte gedämpft einen billigen Walzer.

Der Onkel weckte lange im Schlafzimmer und musterte sehr aufmerksam das Bett mit allen seinen Einzelheiten. Mascha wurde rot; ihr Herz begann zu klopfen. Sie hatte nur einen Wunsch: so schnell wie möglich das Zimmer zu verlassen. Das Zimmer mit dem Bett auf einem Pedestal brachte ihr etwas in Erinnerung und rief in ihr Angst, heiße, bebende Angst hervor — dieselbe Angst, wie sie einen zum Tode Verurteilten befallen mag, dem das Schafott gezeigt wird, auf dem sein Todesurteil vollstreckt werden soll. Und doch zog es sie mit geheimnisvoller Macht an, das Bett anzuschauen. Das Zimmer kam ihr irgendwie längst bekannt vor, als hätte sie es einmal schon im Traume gesehen, und sie fühlte eine gewisse familiäre Vertrautheit mit dem Zimmer und mit dem Bett, wie ein Schwerkranker mit dem Tode. Sie erschrak vor dem Gedanken und versuchte, das Zimmer zu verlassen. Doch der Onkel blieb auf dem Bettrand sitzen und rief sie zurück:

„Wohin läufst du, Mascha? Bleibe hier. Wie gefällt es dir, nun?“

„Oh, gut.“ antwortete Mascha, indem sie zur Seite blickte. „Schön, was?“ Der Onkel lachte und drückte auf einen Knopf an der Wand; das ganze Zimmer wurde von blauem

Licht erfüllt, welches die blauen Farben gelb machte; in dem ganzen Raume herrschte auf einmal ein unterirdischer Schein. Alles war geheimnisvoll verwandelt, die Möbel, die Farbe der Wände, und der Onkel sah wie ein fettes gelbes Tier auf dem Bett...

Doch dieser Lichteffekt dauerte nicht lange. Der Onkel drückte auf einen anderen Knopf, und das Zimmer war von blauem Licht, dann von weißem Licht erfüllt. Der Onkel liebte Lichteffekte und hatte im Schlafzimmer die verschiedenartigsten Lichtkombinationen eingerichtet. Geheimnisvoll spielte das elektrische Pianola im nächsten Zimmer einen billigen Walzer...

„Nun, was sagst du dazu, Mascha?“

„Oh, schön!“

„Aber, was nützt das alles, da du mich nur als den good old uncle siehst, nicht anders als den good old uncle. So hast du es doch gesagt, Mascha?“

„Please, sprich nicht so, Onkel, ich mag es nicht, daß du so sprichst.“

„Wirsten, Mascha“ — der Onkel wurde plötzlich ernst — „ich muß mit dir offen sprechen. Du bist kein Kind mehr, du weißt, was ich meine. Dein good old uncle will ich nicht sein, ich habe keine Lust dazu; ich will es nicht.“ Stumm senkte Mascha den Kopf.

„Well, es ist mir recht, daß es jetzt klar geworden ist und nicht erst später“ — fuhr der Onkel fort — „jetzt wird es wenigstens keine Unannehmlichkeiten geben. Die Villa kann ich ja vermieten oder etwas anderes damit anfangen.“

„Bist du böse auf mich, Onkel?“ fragte Mascha.

„Böse? Warum soll ich böse sein? Wegen des Geldes, das du mich gekostet hast? Ach, meine Landsleute kosten mich ohnedies viel Geld. Nein, ich bin nicht böse, und ich bin nicht gut. Hast du vielleicht schon jemanden, willst du ihn heiraten? Dann schick den Vater zu mir. Was ich für alle meine Landsleute tue, das werde ich auch für dich tun. Und ich wünsche dir Glück, Mascha. Wenn der junge Mann etwas taugt, so soll er zu mir kommen, vielleicht kann ich etwas für ihn tun.“

Mascha erhob ihre großen Augen zum Onkel. Sie war an ihn gewöhnt, wie ein Kind an seinen Vater, und die Sprache, die er jetzt führte, hatte sie noch nie von ihm gehört. Sie bekam Furcht vor ihm. Doch sie war gewöhnt an ihn, und daher ging sie auf ihn zu und schmeigte sich an ihn wie ein Kind an einen Erwachsenen, vor dem es Furcht hat.

(Fortsetzung folgt.)

Kampf gegen die verhassten Kassen und deren Ambulanten auf dem Rücken der unbeteiligten Versicherten zum Nachteil der Volksgesundheit auszufechten, sonst könnte der Vorstand der Ärztlichen Berufsgemeinschaft in seiner Sitzung am 9. März 1926 u. a. nicht folgenden Beschluß fassen, daß die Ärzte der Berufsgemeinschaft bei Ueberweisungen von Patienten der TTT DKB- und Ambulatorien in Behandlung nehmen dürfen, nicht aber verpflichtet seien, den Ueberweisenden kollegiale Auskünfte zu erteilen. In Wirklichkeit ist aber auch hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Denn für jeden Standesstreuer Arzt hat ein Kassenpatient den Wert eines Bons und „Geld stinkt nicht“. Der Zweck des Vorgehens ist es, den sich redlich und mühsam durchs Leben schlagenden Ärzten zu zeigen, wofür sie den Geschäftsführern 20 000 M. Jahresgehalt für Lebenszeit zahlen müssen; denn bei dem aufrichtigen Wunsch nach einer Einigung mit den Kassen hätten ja diese „erfolgreichen und kostbaren Arztführer“ ihre Existenzbedingung verloren. Die Leidtragenden aber werden immer die anständigen Ärzte sein, und sie können nach dieser Kampfanlage nicht mehr erwarten, daß die mit allen Mitteln verfolgten DKB- und Ambulatorien abwarten, bis das Bombardement mit standesstreueren Dreckschleibern begonnen hat. Wenn sich aber die Altienstände der Krankenkassen öffnen werden, dürfte auch noch der letzte Rest von Ansehen eines großen Teiles der frei praktizierenden Ärzte verloren gehen. Der Fehdehandschuh sei angenommen, der „zeitweilige Burgfriede“ ist zu Ende.

### Tötung auf Verlangen oder Mord? Traurige Familienverhältnisse.

So alltäglich die jetzt fast epidemisch auftretenden Doppelselbstmorde geworden sind, so selten sind aber die Fälle, in denen einer der Partner bei mißlungenem Doppelselbstmord vor dem Gericht erscheint. Dann aber entsteht die schwer zu lösende Frage: Lag Tötung auf Verlangen oder Mord vor. Vor dieser nicht leichten Aufgabe stand auch gestern das Landgericht III.

Des Mordes an der 23jährigen schwachmüßigen und epileptischen Tochter eines Berliner Hoteliers war der 58jährige Friseur Sch. angeklagt, der seinen Laden im Hause des Hoteliers innehatte. Sch. kannte die M. seit langem und war im Jahre 1923 zu ihr in intimere Beziehungen getreten. Am 8. Mai wurde die Leiche des Mädchens erdrückt aufgefunden. Am 10. Mai hatte sich der Angeklagte der Polizei als Mörder gestellt. In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht mußte Sch. sich wegen Tötung auf Verlangen verantworten. Da aber der Arzt des Mädchens sich dahin äußerte, daß sie geisteskrank gewesen sei, so entstand die Frage, ob ihr Verlangen ernstlich ausgeführt werden durfte. Die Sache wurde dem Schwurgericht überwiesen: die erneute Anklage lautete auf Mord. Der Angeklagte, ein geistig beschränkter und äußerst willensschwacher Mensch, hatte 20 Jahre mit einer früheren ehemaligen Prostituierten zugebracht, die ihm den Haushalt führte, sehr eifersüchtig war, ihn nicht selten mißhandelte und an ihn sexuelle Anforderungen stellte, denen er nur ungenügend nachkam. Er hatte in der letzten Zeit jegliche Fühlung mit seiner Freundin verloren und fühlte sich nicht wohl. Aber auch die Beziehungen zur M. verursachten ihm Kopfschmerzen. Die M. litt seit ihrem ersten Lebensjahr an epileptischen Anfällen, die oft eine Woche hintereinander bei völliger Bewußtlosigkeit dauerten; sie war geistig zurückgeblieben, machte aber sonst einen nicht anormalen Eindruck. Von ihren Angehörigen wurde sie trotz ihrer Krankheit nur wenig beaufsichtigt und konnte deshalb verhältnismäßig leicht Männerbekanntschaften schließen. Auch wurde sie zu Hause falsch behandelt. Ihr Vater mißhandelte die Mutter; diese wieder hatte immerfort Streit mit der Tochter. Im Laden des Sch. fühlte sich die M. wohl: bei uns oben ist die Hölle, hier unten ist das Paradies, sagte sie oft. Als sie am 6. Mai v. J. vom Vater mißhandelt worden war, kam sie zu Sch., zeigte ihm die Spuren der Mißhandlungen und erzählte ihm, daß der Vater gedroht habe, sie in die Anstalt zu stecken und auch gegen den Sch. scharf vorgehen zu wollen. Sie machte den Vorschlag, daß sie gemeinsam aus dem Leben gehen sollten. Sch. versuchte, ihr ihr Vorhaben auszureiben, willigte aber schließlich ein. Am 8. Mai trugen sie zusammen nach Lehniß. Hier erdrückte er sie im Wasbe mit Hilfe eines Handtuchs und einer Schnur, hatte aber dann nicht den Mut, sich selbst zu töten, fuhr im Laufe des Sonnabends von einem See zum anderen, um sich zu ertränken, versuchte auch sein Vorhaben auszuführen — jedoch ohne Erfolg. Ebenso mißlang es ihm, seine Pulsadern durchzuschneiden. Als er dann am Sonntag los, daß die Leiche des Mädchens gefunden sei, stellte er sich der Polizei. Die Sachverständigen Dr. Leppmann und Dr. Ripper erklärten, daß das Mädchen von der Umgebung nicht als Geisteskrank betrachtet zu werden brauchte und daß ihr Wunsch, getötet zu werden, als ernstlich ausgeführt werden konnte. Der Staatsanwalt plädierte auf Mord und forderte Todesstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ball, hielt dagegen die Tötung auf Verlangen für gegeben und bat um das Mindestmaß der zulässigen Strafe: um drei Jahre Gefängnis unter Verlesung einer Bewährungsfrist. Das Gericht erkannte auf vier Jahre Gefängnis unter Anrechnung einer 10monatigen Untersuchungshaft.

### Arbeitsuchende — ins Gefängnis.

Man schreibt uns aus Esterwerda: Eine Patentlösung, die vor Entfristung auf der Straße zusammengebrochenen Menschen unterzubringen, hat die Stadt Esterwerda gefunden. Da das Interesse dafür im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit auch anderwärts groß sein wird, soll sie hiermit der Allgemeinheit bekanntgegeben werden:

Am 18. Februar konnte man in Nr. 41 des „Liebenwerdaer Kreisblattes“ unter „Esterwerda“ folgendes lesen: Am Montag fanden einige Passanten in der Amtsstraße ein anscheinend bewußtloses Mädchen, das fremd hier zugereist war und sich auf der Arbeitsuche befand. Angeblich war die etwa Fünf- und zwanzigjährige von Finsterwalde nach hier zu Fuß marschiert. Nachdem sie sich in einer Zelle unseres Gefängnisses über Nacht erholt hatte, konnte sie am Dienstag morgen wieder entlassen werden.

Es ist also ein einfaches Rezept, die Straßen zu säubern und die faulen Bürger vor dem Anblick der armen Geschöpfe zu bewahren, damit ihre Verdauung keinen Schaden erleide. Man denke, ein armes Mädchen, das Arbeit zu finden hofft, läuft den dreißig Kilometer langen Weg. Erstlich war es bemüht, Arbeit zu finden, und es war vielleicht der letzte verzweifelte Versuch. Von Hunger und Not getrieben, läuft das Mädchen sieben bis acht Stunden bis nach Esterwerda, läuft von Haus zu Haus und hofft, irgendwo unterzukommen. Es muß sich doch etwas finden. Nirgend Arbeit, keine Hoffnung, die Füße totmüde und der Magen so einseitig leer. Da bricht das Mädchen zusammen. Esterwerda hat aber kein Unterkommen für Leute, die auf der Straße zusammenbrechen. Man steckt es ganz einfach ins Gefängnis und läßt es am nächsten Morgen weiterlaufen. Wohin? Was geht das Esterwerda an. Esterwerda ist ein kleines Städtchen, hat einige Pastoren mit großen Wohnungen, hat ein Jugendheim, einen Vaterländischen Frauenverein und einen Luisenbund. Über einen verhungerten Menschen steift man ins Gefängnis. Für solche Fälle sind die Leute „nicht zuständig“, die man sonst auf Wohltätigkeitsfesten sehen kann.

Zwei Verkehrsunfälle. In der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg ereigneten sich gestern nachmittag kurz hintereinander zwei Verkehrsunfälle. Der 33 Jahre alte Reichswehrhauptmann H. Sch. aus der Uebeltstr. 26 stürzte wahrscheinlich beim Abpringen von einem Wagen der Uboog so unglücklich, daß er mit einem schweren Schädelbruch und anderen Verletzungen in das Besten Krankenhaus gebracht werden mußte. Kurz darauf wurde der 33jährige Zeitungsjahrer Eitel Hellwig aus der Kolonie Bleibtreu am Rennendamm, von einer Autobrosche

überfahren. Das Rad ging vollständig in Trümmer. Der Verunglückte, der eine Schulterverletzung erlitt, erhielt auf der nächsten Rettungsstelle die erste Hilfe.

### Prozeß Munnecke.

„Hier muß einer einen Meinelb leisten.“

Im Laufe der gestrigen Verhandlung wurden viele Zeugen darüber vernommen, ob die Provisionsansprüche an den Kreis Jüterbog zu Recht erfolgten oder nicht. Die Stadtchaft Berlin hat dem Kreis 200 000 M. geliehen, und nun kommt es in diesem Prozeß darauf an, ob der Volkswirt den Vermittler gespielt hat. Ver-

## Die Hochschule des Proletariats.

Die Kinder der reichen Leute gehen in die Gymnasien und auf die Universitäten, das Gymnasium und die Hochschule des Proletariats ist die sozialistische Jugendorganisation. — Wir alle, die wir unsere schönsten Erlebnisse in der Gemeinschaft der Gruppe fanden, werden immer mit Liebe von der Hochschule unserer Klasse, der sozialistischen Jugend zeugen. Wir verdanken ihr unser Bestes:

Das Wissen von unserm Ziel,  
Den Glauben an den Sieg des Proletariats,  
Das Bruderverständnis der Gemeinschaft,  
Gestiegrne Lebensfreude. Max Barthel.

waltungsdirektor Rathbach-Berlin erklärte als Zeuge, daß der Landrat nicht durch Munnecke beim Magistrat Berlin eingeführt worden sei. 200 000 M. seien ohne Munneckes Bemühen gegeben worden.

Kaufmann Walter Schmäuser, früherer Angestellter bei Dr. Ruch und Munnecke, hat die verhängnisvolle Montoprovisionsquittung feierlich ausgestellt. Durch die Geschäftsbücher sind die Provisionen nicht gegangen. Der Zeuge hat an den Oberstaatsanwalt in Potsdam im Vorverfahren einen Brief gerichtet, daß Dr. Luthmer, als er die 3000 M. Provision brachte, versprochen hätte, am nächsten Tage weitere 20 000 M. zu beschaffen. Vorl.: Ist Ihre Wahrnehmung wirklich zuverlässig? Das ist von großer Bedeutung. Sie haben ja in erster Instanz davon nichts gesagt. Haben Sie es selbst gehört, daß der Landrat gesagt hat, „morgen beschaffe ich weitere 20 000 M.“? Zeuge Schmäuser, unsicher geworden, denkt eine Weile nach und muß dann zugeben, daß er diese Kenntnis nur vom Hörensagen hat. Abteilungsleiter Lampe von der Stadtkasse Berlin bekundete, es sei unwahrscheinlich, daß Munnecke den Landrat zugeführt hat. Nach seiner Erinnerung habe man bei der Hergabe der 200 000 M. mit dem Landrat allein verhandelt, da er der Stadtkasse schon längere Zeit bekannt war. Dann wurde der Sozialist von Munnecke vernommen. Dr. med. Karl Ruch, der Zeuge sagt aus, daß er sich von dem Landrat zur Beschaffung von Auslandsgeldern zweiprozentige Provisionscheine geben ließ, die auch nach seiner Meinung sich auf die Zwischenkredite der Stadtkasse Berlin (200 000 Mark) bezogen. Denn die Zivilliste gegen den Kreis Jüterbog stützt sich jetzt in der Hauptsache auf diese Provisionscheine. Der Nebenkläger Landrat Luthmer will diese Scheine aber nur für langfristige Auslandskredite ausgestellt haben. Der Zeuge Dr. Ruch hat den Eindruck gehabt, als wenn der Landrat erst durch Munnecke bei der Stadtkasse eingeführt worden ist, denn Munnecke sei mit dem Stadtkämmerer Karding sehr gut bekannt gewesen und er habe mit Karding oft Telefongespräche geführt. Vorl.: Ist bei Ihnen denn nicht später der Gedanke aufgetaucht, daß Sie Provisionsansprüche an den Kreis hatten? Weshalb machten Sie denn diese nicht gleich geltend? Dr. Ruch wendet dagegen ein, daß man den Landrat nicht drängen wollte; er habe dann später à conto 3000 M. gegeben, den Rest sollten sie später erhalten. Herr Vorsitzender, der Landrat bot uns ein Aktienpaket Eisenbahngesellschaft Dahme-Jüterbog an, an dem wir uns in unseren Provisionsansprüchen schadlos halten sollten. Vorl. (mit erhobener Stimme): Hier muß einer der Herren einen Meinelb leisten, entweder Sie oder der Landrat. Landrat Dr. Luthmer (aufspringend): Ich bestreite die Provisionsansprüche. Ich habe das Bahnaktienpaket dem Zeugen nur zum Bombardieren übergeben. Ich brauchte Gelder für Beamtengelder, und das Paket sollte mit 50 000 M. besetzen werden. Ich wäre ja zum Verräter meines Kreises geworden, wenn ich für Beschaffung von 200 000 M. 40- bzw. 50 000 M. Provision versprochen hätte. Volkswirt Munnecke: Herr Landrat, Sie stehen unter Ihrem Eid. Ich frage Sie: Haben Sie uns das Aktienpaket übergeben zur Schadloshaltung an unsere Provisionsforderung? Landrat Luthmer: Nein, Herr Munnecke, Sie haben sich überall hineingeschlängelt, wenn Sie wußten, daß es galt, ein Geschäft für den Kreis zu erledigen. Meine Gutmütigkeit haben Sie ausgenutzt, Herr Munnecke, und ich bin das Opfer meiner Gutmütigkeit. Sie haben keinerlei Ansprüche an den Kreis, denn Ihre Bemühungen sind alle negativ gewesen. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

Ein kommunistischer Reinsfall. Die am 11. März stattgefundenen Mitgliederversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbekämpfung im Lokal von Wegner, Frankfurter Allee 236 (für den Bezirk Siedlitz), bereitete den Kommunisten eine arge Enttäuschung. Die Versammlung gewann dadurch an Bedeutung, daß die Kommunisten auch hier wieder nach bewährter Methode verfuhrten, ihre Beute in den Vordergrund zu stellen. Mit ihren Kandidaten zur Reichsgeneralversammlung kamen sie nicht durch, und ebenso blieben sie mit allen gestellten Anträgen in der Minderheit, so daß alle Anstrengungen vergebens waren. Drei parteipolitische Anträge der Kommunisten gaben zu einer lebhaften Diskussion Anlaß. Die Anträge, die Einheitskomitee, eine Rußlanddelegation und Anschluß an die Internationale Rote Hilfe (IRH) forderten, wurden kom-

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 19. März.  
Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. 4.30 Uhr nachm.: Konzert. 5.20—6 Uhr nachm.: Aus Operetten. 6.05 Uhr abends: Oberbürgermeister Dr. Berger: „Unhygienische Gewohnheiten im täglichen Leben“. 6.45 Uhr abends: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der Uebersetzung aus der Staatsoper. 7 Uhr abends: Uebersetzung aus der Staatsoper am Königsplatz. Spielzeit 1925/26. 17. Uebersetzung. „Freischütz“, Oper in drei Akten von Karl Maria von Weber. Ottokar, regierender Fürst; Kuno, fürstlicher Erbsorger; Agathe, seine Tochter; Aennechen, eine junge Verwandte; Kaspar, armer Jägerbursoche; Max, zweiter Jägerbursoche; ein Eremit; Kilian, ein Bauer; Brautjungfer; Samiel, der schwarze Jäger; Jäger und Gefecke, Brautjungfern, Landleute und Musikanten usw. Ort der Handlung: Im deutschen Gebirge. Zeit der Handlung: Kurz nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Eilm Schachmeister's Original-Tanzkapelle).  
Königswusterhausen, Freitag, den 19. März.  
3—3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri u. Frä. Gertraud von Eyseron: Spanisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Frä. Stern: Naturkundliche Entdeckungsreisen in der Wohnstube. 4—4.30 Uhr nachm.: K. Graef: Die Bildung der Konsonanten. — Praktische Übungen mit Partner. 4.30—5 Uhr nachm.: Frau Dr. Drowitz Gute Oberkleidung erfordert gute Unterkleidung. 7.30—7.55 Uhr abends: Prof. Dr. Kuhn: Wie schütze ich mich gegen Tuberkulose? 7.50—8.10 Uhr abends: Geh. Med.-Rat Professor Dr. His: Wie schütze ich mich vor Erkältungen? 8.10—8.15 Uhr abends: Prof. Dr. Adam: Reichsgesundheitswoche. 8.20 Uhr abends: Uebersetzung aus Berlin.

munifiziertheit in den rosigsten Farben vorgezogen. In der nachfolgenden Abstimmung wurden jedoch sämtliche Anträge abgelehnt, und zwar mit einer Stimmenzahl, die den Antragstellern klarlegte, daß sie auch bei der Delegiertenwahl nicht auf ihre Kosten kommen würden. Hierauf beantragten sie für die Wahl des Delegierten die Verhältniswahl. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Als letzter Versuch, das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden, stellten die Kommunisten den Antrag auf Zettelwahl. Der Antrag wurde wegen der vorgekehrten Zeit abgelehnt. Als Delegierte wurden gewählt: die Genossen Langer und Gliese sowie als Ersatzmann der Genosse Peters. Der kommunistische Ansturm ist diesmal abgeklungen worden. Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Freidenker vor kommunistischen Ueberrumpelungsversuchen auf der Hut sein müssen.

### Ein falscher Arzt...

Als wirklicher Assistenzarzt und erfolgreicher Chirurg.

Wohl nur in den seltensten Fällen wird man derartig krassen Gegensätzen in dem Innenleben eines Menschen begegnen, wie sie bei dem ehemaligen österreichischen Offizier Max Bartel zu finden waren. Auf der einen Seite außerordentliche Intelligenz, eiserne Energie und ein raskloser Fleiß, auf der anderen Seite — Hemmungslosigkeit, Leidenschaft und Neigung zu strafbaren Handlungen. So mußte jetzt das Schöffengericht Berlin-Mitte gegen ihn wegen verschiedener leichter und schwerer Diebstähle verhandeln.

Der junge Mensch hatte schon ein bewegtes Leben hinter sich, als er schließlich wegen vieler Diebstähle seinen Dienst in der österreichischen Armee aufgeben mußte. Während seiner Aufnahme in einem Lazarett wurde Bartel plötzlich von dem schrecklichsten Wunsch, Arzt zu werden, gepackt. Es gelang ihm, mehrere medizinische Vorlesungen zu hören und sich durch häusliche Arbeit derartige Fachkenntnisse anzueignen, daß er ernstlich daran dachte, sich auf der Universität immatrikulieren zu lassen. Seine Vorlesungen leiteten dieser Absicht ein vorzeitiges Ende. Bartel ließ sich aber dadurch nicht einschüchtern, sondern half sich ganz einfach selbst. Er falschte wichtige Zeugnisse und ernannte sich auch höchst eigenmächtig zum Dr. med. Jergemo mußte sich der Angeklagte so weit in der medizinischen Wissenschaft verwohlt haben, daß es ihm gelang, in einem Wiener Krankenhaus als Assistenzarzt tätig zu sein. Mit wirklichem Erfolge war Bartel später sogar Jahre hindurch als ordnender Arzt am Rudolphinenhospitale in Wien angestellt. Selbst der als Sachverständige geladene Assistenzarzt Dr. Bürger rühmte von geradezu hervorragenden medizinischen Kenntnissen des Angeklagten zu berichten. So sollte Bartel als Chirurg mit einem Erfolge tätig zu sein, der es ihm ermöglicht hätte, vielen Kranken das Leben zu retten. Was ihm die Anlage vorwarf, gelang es unumwunden ein. Es handelte sich um Diebstähle ärztlicher Instrumente und Werke medizinischer Schriften. Seine ganze Entschuldigung bestand in dem nicht zu bändigenden Trieb, Arzt werden zu wollen, und einem unheilvollen Trieb, Sammlungen zu besitzen. Als der Sachverständige nur eine ganz gering verminderte Zurechnungsfähigkeit bei diesem sonderbaren Angeklagten feststellen konnte, verurteilte ihn das Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und einer Woche, rechnete aber vier Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt an.

### Inhaltbare Zustände in der Wollankstraße.

Das Bezirksamt Pantow teilt mit: Die Firma Krefst u. Arndt, Dampfmaschinenfabrik G. m. b. H., stellte im Frühjahr 1925 den Antrag, auf dem Grundstück Berlin-Pantow, Wollankstr. 58/59, eine Rohstaigdamppfanne zu errichten. Das Bezirksamt erlaubte den Stadtschub, diesem Antrag die Genehmigung zu verweigern, was auch geschah. Inzwischen war aber der Betrieb der Rohstaigdamppfanne schon im Gange, was durch Klagen der Hausbesitzer und Mieter der Umgebung bestätigt wurde. Auch ein Beauftragter des Bezirksamts stellte fest, daß tatsächlich der Betrieb schon an einigen Wochentagen resp. des Nachts in Tätigkeit war. Daraufhin stellte das Bezirksamt beim zuständigen Polizeiamt den Antrag, den Betrieb sofort zu unterbinden. Auf Beschwerde der Firma Krefst u. Arndt beauftragte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg den Kreis- und Kreisrat des Kreises Niederbarnim mit der Beschlußfassung dieser Angelegenheit. Am 21. Januar d. J. erteilte der genannte Kreis- und Kreisrat die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Rohstaigdamppfanne. Das Bezirksamt aber hat gegen das Urteil des Kreis- und Kreisrates Beschwerde erhoben. Das Bezirksamt Berlin-Pantow fühlt sich zu dieser Stellungnahme verpflichtet im Interesse der Anwohner der Wollankstraße. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Anfuhr und Verarbeitung der Rohstoffe, die oft tagelang gesammelt und aufbewahrt werden müssen, die Anwohner durch die ausströmenden übeln Dämpfe belästigt und — zum mindesten mittelbar — auch nach Ansicht der zuständigen beantragten Ärzte gesundheitlich geschädigt werden.

Eine falsche Vermutung. In dem am Mittwoch auf offener Straße in unmittelbarer Nähe des Siedlitzer Bahnhofs verübten Selbstmord erfahren wir, daß es sich nicht, wie anfangs vermutet wurde, um den schädlichen Steuerdefraudanten Schulz handelt. Die polizeilichen Erkundigungen haben ergeben, daß der Selbstmörder tatsächlich der 35 Jahre alte Versicherungsbeamte Hermann Schulz aus Niederlindenhäusen ist.

Ueber Zwecke und Ziele der Verkehrswehr spricht Direktor Kaufmann von der UBO, in einer öffentlichen Versammlung im Lehrerseminarhaus am Alexanderplatz am Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr. Rektor Hans spricht über Verkehrsunterricht in der Schule. Es wird ein Film „Im Strudel des Verkehrs“ vorgeführt. Eintritt frei.

## Jugendveranstaltungen.

Abteilungsleiter, die Mitarbeiterinnen müssen sofort abgerufen werden.  
Abteilungsleiter: Heute von 5—7 Uhr Abrechnung.  
Gemeinschaft: Treffpunkt zu einem Krieger- und Gedenken am Donnerstag, den 25. März, können im Jugendsekretariat in Empfang genommen werden.  
Vorbereitungsfest: Sonnabend, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3.  
Heute, Freitag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Abteilungsleiter: Die Mitarbeiterinnen müssen sofort abgerufen werden.  
Abteilungsleiter: Heute von 5—7 Uhr Abrechnung.  
Gemeinschaft: Treffpunkt zu einem Krieger- und Gedenken am Donnerstag, den 25. März, können im Jugendsekretariat in Empfang genommen werden.  
Vorbereitungsfest: Sonnabend, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3.  
Heute, Freitag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Abteilungsleiter: Die Mitarbeiterinnen müssen sofort abgerufen werden.  
Abteilungsleiter: Heute von 5—7 Uhr Abrechnung.  
Gemeinschaft: Treffpunkt zu einem Krieger- und Gedenken am Donnerstag, den 25. März, können im Jugendsekretariat in Empfang genommen werden.  
Vorbereitungsfest: Sonnabend, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3.

Weiterericht der öffentlichen Verkehrswache für Berlin. (Nachdr. verb.) Demitt. keine erheblichen Niederlagen. Röhrl. — Für Deutschland. Zeitverhältnisse. Straßweise geringe Niederlagen.

## Die Zukunft der Straßenbahn.

Die Straßenbahn ist nicht nur das billigste Verkehrsmittel in Berlin, auch was die Verkehrsleistung anbelangt, steht sie weit über die Grenzen Deutschlands hinaus an erster Stelle. In Berlin hat die Straßenbahn durch ihren niedrigen Tarif den größten Teil des Berliner Verkehrs, etwa 55 Proz., an sich gezogen. Ein Vergleich der Tarife 1914—1926 beweist diese Darstellung.

1914 betrug bei der Großen Berliner Straßenbahn der Einheitsfahrpreis ohne Umsteigeberechtigung 10 Pf. Ausgenommen waren die Strecken Friedrichsfelde, Vorklagen-Rummelsburg, Heinersdorf. Hier kostete die Strecke 15 Pf. Im Anschlussbetrieb mit einigen Vorortstraßenbahnen stieg der Fahrpreis bis auf 20 Pf. Andere Vorortstraßenbahnen hatten Tarife von 10, 15, 20, 25 und 30 Pf. Heute gilt der Einheitspreis von 15 Pf. mit Umsteigeberechtigung; also Erhöhung der Leistung um 100 Proz., während die Fahrpreiserhöhung nur 50 Proz. beträgt. Mit Ausnahme einer Reihe ehemaliger Vorortstraßenbahnen, die früher 15 bis 30 Pf. kosteten. Dasselbe Bild ergibt sich bei der Gegenüberstellung der Monatskarten:

	1914	1926
eine Linie . . . . .	7,70 Mk.	7,50 Mk.
zwei Linien . . . . .	10,20	10,50
drei Linien . . . . .	13,40	13,50
alle Linien . . . . .	30,60	18,—

Die Straßenbahn ist auch auf die Tarifentwicklung der anderen Verkehrsunternehmen nicht ohne erheblichen Einfluss gewesen. Diese für die Groß-Berliner Bevölkerung günstige Tatsache wird auch in absehbarer Zeit eine Veränderung nicht erfahren. Es sei denn, daß die Voraussetzungen für diese den Interessen der breiten Masse Rechnung tragende Tarifpolitik beseitigt werden. Man muß sich die Tatsache vor Augen halten, daß bei normaler Wagenbesetzung ohne Veränderung anderer Betriebsausgaben nur eine Fahrleistung von 3,5 Kilometern für 15 Pf. möglich ist. Heute fährt jeder Fahrgast durchschnittlich 7 Kilometer.

Solange Groß-Berlin nicht mit einem dichten Netz von Untergrundbahnen durchzogen wird, wird die Straßenbahn trotz aller berechtigten und unberechtigten Kritik das Hauptverkehrsmittel der Berliner Bevölkerung sein, und auch in Zukunft wird sie den Verkehr der Außenbezirke mit der Stadt zu bewältigen haben. Sie ist kein absterbendes Verkehrsmittel, sondern sie wird ihr Tätigkeitsgebiet verändern. Sie muß deshalb an ihrer inneren Beschaffenheit mit derselben Energie wie in den letzten zwei Jahren weiterarbeiten. Jedermann weiß, daß bei der Uebernahme ihr betriebstechnischer Zustand sehr viel zu wünschen übrig ließ. Fast zehn Jahre lang mußten durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse die notwendigen Erneuerungen, die technischen Verbesserungen unterbleiben. In den letzten beiden Jahren ist gewiß sehr vieles nachgeholt worden, aber noch sind die Mängel nicht alle behoben. Allein für Gleisverneuerungen sind in diesem Jahre über 10 Millionen Mark erforderlich. 300 neue Triebwagen erfordern 6 000 000 Mk. Die Ausgaben an die Stadt sind auf 9 000 000 Mk. erhöht. An dem Bau der U-Bahn-Schnellbahn wird sich die Straßenbahn mit 10 000 000 Mk. beteiligen.

Diese finanzielle Anspannung der Straßenbahn bedingt rationelle Betriebsführung, Aufsichtsrat und Direktion verfolgen eine Verkehrspolitik, mit möglichst niedrigem Tarif eine möglichst hohe Verkehrsleistung zu erzielen. Wenn deshalb manche Wünsche, deren Berechtigung nicht bestritten wird, nicht erfüllt werden können, so liegt das nicht an dem nicht Willen, sondern an dem nicht Können. Die Hauptfrage ist, daß eine Tarifierhöhung in absehbarer Zeit im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung vermieden wird.

Bei verständnisvollem Zusammenarbeiten sämtlicher in Betracht kommender Faktoren würde dieses Ziel auf Jahre hinaus gesichert sein.

Stadtrat Schünig.

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Straßenbahnbetriebs G. m. b. H.

## Die Wasserversorgung Groß-Berlins.

Ueber dieses Thema sprach vor kurzem im Hygienischen Institut der Universität Berlin der Direktor der Städtischen Wasserwerke, Regierungsrat Kühn. Er behandelte zunächst die Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Wasserversorgung Berlins für 1926 sicherzustellen und ein so katastrophales Verlagen wie im letzten Jahre zu verhindern. Ueber die darüber hinausgehenden Pläne erfährt man aus den Ausführungen folgendes: Berlin kann 1926 mit einer Einwohnerzahl von 7,5 Millionen rechnen. Die vermehrte Wasserentnahme durch Brunnenbohrungen im Bereich der Täler von Spree und Havel hat jetzt schon eine erhebliche Senkung des Wasserpiegels der beiden Flüsse herbeigeführt. Als Abhilfe war von der Regierung eine Stauanlage im Schwielowsee vorgesehen. Durch sie sollte in der wasserreichen Jahreszeit Wasser als Reserve gesammelt und in der wasserarmen Zeit abgegeben werden. Die Kosten der Anlage waren mit 20 Millionen Mark veranschlagt. Die Stadt hatte sich 1916 bereit erklärt, zu den Kosten beizutragen. Inzwischen kamen der Regierung erhebliche Bedenken. Es handelt sich jetzt darum, andere Wassergewinnungsmöglichkeiten für Berlin zu erschließen. Der Vortragende hielt hier den Plan der Errichtung einer Pumpstation an der Oder in der Nähe von Frankfurt bei Müllrose am Spree-Oberkanal für geeignet. Die hierdurch entstehenden Kosten

schätzt er auf 12 Millionen Mark. Das Werk wird auch nicht erhebliche Betriebskosten verursachen, weil es nur während einiger Monate im Jahr zu arbeiten hätte. Weiter wäre auch Wasserentnahme aus der Oder, und zwar bei Küstrin, zu erwägen; doch würden hier wegen der Länge der Zuluhröhre die Kosten sehr hoch sein. Jedenfalls ist nach Ansicht des Vortragenden eine Gefahr für die zukünftige Wasserversorgung Berlins nicht mehr zu fürchten.

## Ein deutschnationaler Agitator.

Als Amts- und Gemeindevorsteher von Saarow!

In unmittelbarer Nähe von Fürstendam liegt das schöne Moorbad Saarow. An dem Pädagogium dieses schön am Scharmüggelsee gelegenen Ortes wirkte vor mehreren Jahren ein Dr. Krüde als Lehrer. Heute ist dieser Herr Gemeindevorsteher und verdankt diesen Posten der ausgiebigen Hilfe reaktionärer Elemente. Sie taten, was in ihren Kräften stand, als der Gutbesitzer in die Landgemeinde Bad Saarow umgewandelt wurde, um gerade Herrn Dr. Krüde, der besoldeter Agitator der deutschnationalen Volkspartei war, in der nun notwendigerweise Stelle eines Gemeindevorstehers zu sehen. Jetzt bezog der „neue Herr“ von der kleinen von Steuern sehr gedrückten Gemeinde ein monatliches Gehalt von 400 Mk. und hatte in den Zeiten der großen Wohnungsnot ein Heim von 8 Zimmern bei freiem Licht und freier Heizung inne. Diese Wohnung war extra für ihn umgebaut worden. Herr Krüde ist deshalb in der Gemeinde große Unzufriedenheit, so wurde diese noch bedeutend erhöht über die Art der Geschäftsführung des Herrn Dr. Krüde. Er begann sogleich damit, daß er die Sitzungen der Gemeindevertretung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden ließ, womit er, wenn man ihm nicht etwa eine bestimmte Absicht unterstellen will, zum mindesten seine absolute Unkenntnis der Landgemeindeordnung betonte. Erst ein energischer Protest verschiedener Gemeindeglieder zwang ihn, von diesem Verfahren Abstand zu nehmen. Das Verhalten der Republik schien für den neuen Gemeindevorsteher wohl kaum der Rede wert zu sein. Am Nationaltrauertag für die Gefallenen ließ er nur die preussische Fahne hissen; die ihm verhassten Farben der Republik sollten nicht auf dem Gemeindegelände wehen. Nun bekleidet dieser Herr Dr. Krüde außer dem Amt des Gemeindevorstehers auch noch den Posten eines stellvertretenden Amtsvorstehers. Und dies trotz der schweren Bedenken, die zwei Vorstandsmitglieder des Ortsvereins hiergegen beim dem Vordrat Wiskott erhoben hatten. Aber auch dieser Herr ist durchaus deutschnational gesinnt. Die ganze Gemeinde hat unter dem mehr als energischen Auftreten dieses Herrn zu leiden. Wie lange noch?

## Das Berliner Schulärztesystem.

Die Schulärzte, die jetzt an den Berliner städtischen Schulen ihren Dienst versehen, sind teils hauptamtlich, teils nebenamtlich angestellt. Schon vor mehreren Jahren haben die Gemeindeglieder beschlossen, allmählich völlig zum hauptamtlichen Schulärztesystem überzugehen. Das Hauptgesundheitsamt schlug daher vor, die noch im Dienst befindlichen nebenamtlichen Schulärzte unter Gewährung gewisser Abfindungen abzulösen. Da hierdurch nicht unerhebliche Kosten entstehen, ist bisher diese Regelung — offenbar an dem Widerstand der Finanzverwaltung — gescheitert. Es gibt aber noch andere geeignete Wege, um die nebenamtlichen Schulärzte bei ihrem Ausscheiden zu entschädigen. Solche, die wirtschaftlich besonders bedürftig und kränklich sind, können, wie es bereits in einzelnen Fällen gesehen ist, seitens der zuständigen Bezirksämter Ruhegeld bewilligt erhalten. Andere nebenamtliche Schulärzte, die noch voll leistungsfähig sind, können zweckmäßigerweise in freierwerbende Stellen als Wohlfahrtsärzte oder Rettungsärzte übernommen werden. Es liegt nicht im Interesse der Stadt, daß man auf der einen Seite überlegt, wie man die abzulösenden nebenamtlichen Schulärzte entschädigt, auf der anderen Seite aber andere Ärzte, die noch nicht in städtischen Diensten stehen, als Wohlfahrtsärzte oder Rettungsärzte neu übernimmt. Man sollte deshalb geeignete nebenamtliche Schulärzte in erster Reihe als Wohlfahrtsärzte oder Rettungsärzte übernehmen. Auf diese Weise schon man den Städtischen Rat und kommt auch schneller zu dem erstrebenswerten Ziel, zum hauptamtlichen Schulärztesystem!

6602 Kraftdroschken in Berlin. Das Kraftverkehrsamt des Polizeipräsidiums nimmt alljährlich eine Zählung der im Berliner öffentlichen Verkehr befindlichen Droschken vor. Die letzte Zählung ergab, daß zurzeit in Berlin 6602 Droschken im Betrieb sind. Die Zahl der Droschken war von 4978 im Anfang des Jahres 1922 auf 4485 zu Beginn des Jahres 1925 gesunken. Erst im Laufe des letzten Jahres vermehrte sich die Droschken auf 6602. Hinsichtlich der Art der im öffentlichen Verkehr stehenden Droschken hat sich in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Verschiebung vollzogen. Während 1922 noch 2298, also annähernd die Hälfte aller Droschken Pferde-droschken waren, hat sich deren Anteil bis Januar 1926 auf weniger als ein Fünftel verringert. Die letzte Bestandzunahme ergab nur 598 Pferde-droschken. Die Zahl der elektrischen Kraftdroschken ist ebenfalls stark zurückgegangen, nämlich von 544 im Januar 1922 auf gegenwärtig 142. Von den 6602 Berliner Droschken sind somit 5803 Benzindroschken. Von den neuen einstufigen Motor-droschken, die vorläufig nur versuchsweise bis zum 31. Dezember d. J. zugelassen sind, waren bei der letzten Zählung 59 in Betrieb.

## Aus den Bezirken.

12. Bezirk — Steglitz.

Die außerordentliche Bezirksversammlung brachte einige Fragen auf die Tagesordnung, die die Gemüter erheblich erregten. Die bürgerlichen Parteien hatten wieder einmal glänzende Gelegenheit, ihre Arbeiter- und Republikfeindschaft zu beweisen. Zuerst handelte es sich um die Vernehmung der Eintragungsstellen für das Volksbegehren, von denen in dem ganzen räumlich sehr ausgedehnten Bezirk nur vier vorhanden waren. Die Linksparteien verlangten deshalb die Einrichtung von weiteren sechs Eintragungsstellen. Die Deutschnationalen, kräftig unterstützt von den Volksparteilern, behaupteten, es würden sich gar nicht so viel Bürger finden, die sich einzugzeichnen wünschen. Als diesen Fürstengünstigen von unseren Genossen kräftig heimgesetzt wurde, antwortete die Rechte mit wüstem Lärm. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte kam endlich ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen zur Verhandlung: Das Haus an der Schwarzen Brücke, in dem sich früher eine Restauration befunden hatte, für Ermitteltere auszubauen. In scharfen Worten bewiesen unsere Genossen Klose, Viehr und Hermes den Reaktionären, daß es Zeit sei, endlich für diese Kernsten etwas zu tun. Genosse Hermes wies darauf hin, daß die steigende Arbeitslosigkeit auch Ermittlungen über Ermittlungen nach sich ziehen müßte, weil die Hauswirte selten genügend soziales Verständnis aufbringen, um ihre Mieter in solcher Zeit der Not zu schonen. Er verwies auch darauf, daß die falsche Wohnungspolitik von Berlin, welche die öffentlichen Gelder den Privatunternehmern in die Hand gegeben hätte, einen großen Anteil an der Schuld hätte, denn in Stuttgart und anderen Städten sind in gemeinwirtschaftlicher Bauweise große Erfolge erzielt worden. Er verlangte, daß der Wohnungsnot in anderer Weise zu Leibe gegangen würde, kleine Maßnahmen für die Ermittelten seien nicht zu merken. Trotzdem schloß er sich aber dem Antrag vollinhaltlich an. Von rechts her wurden die armen Hauswirte gegen die Angriffe in Schutz genommen. Die lange Debatte endete mit der Einsetzung eines Ausschusses.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung wurden zunächst die niedergewählten unbesoldeten Stadträte Senno (D. Sp.), Dr. Muffel (Dnat.) und die beiden Genossen Küter und Tiele eingeleitet. Unsere Fraktion hatte angefragt, warum die Einwohner des Bezirks für ein Kilowatt Elektrizität 40 Pf. zahlen müssen, während der Strompreis in Berlin nur 16 Pf. betrage. Die Bezirksversammlung setzte eine aus 11 Mitgliedern bestehende gemischte Deputation zur Nachprüfung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverträge ein. Die Kommunisten hatten beantragt, die starken Abholzungen in den Parks zu unterlassen und wenn fränke und dichtstehende Bäume gefällt werden, dieses Holz den Erwerbslosen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls lag eine Anfrage der Fraktion der Mitte vor, die sich mit den neuerlichen Abholzungen in unseren Parkanlagen beschäftigte. Angenommen wurde der von uns gestellte und vom Genossen Spitzke begründete Antrag: „Durch Abholzung gewonnenes Rugholz ist bestmöglichst zu verwerten. Brennholz ist, soweit es nicht für städtische Bedürfnisse Verwendung findet, an bedürftige Einwohner kostenlos abzugeben.“ Die Fraktion der SPD. fragte an, warum der frühere Bezirksverordnete Becker (Soz.) unter Umgehung des städtischen Arbeitsnachweises für die Erwerbslosenfürsorge eingestellt sei. Der Bürgermeister konnte jedoch den Nachweis führen, daß der städtische Arbeitsnachweis nicht umgangen war. Die bürgerliche Fraktion beantragte, dem Bezirksamt aufzugeben, am Ersten eines jeden Kalenderhalbjahres Mitteilung darüber zu machen, welche Beschlüsse der Versammlung unausgeführt geblieben sind. Außerdem verlangten Antragsteller Mitteilung, welche Beschlüsse der Magistrat oder die städtischen Körperschaften auf die von der Versammlung gestellten Initiativanträge gefaßt haben. Endlich wird noch das Bezirksamt ersucht, der Bezirksversammlung eine Uebersicht vorzulegen, aus der sich ergibt, wie oft die einzelnen Deputationen im Kalenderjahr 1925 getagt haben. Genosse Bürgermeister wies darauf hin, daß er viele Forderungen bereits im Haushaltsauschuss bei der Beratung der Bedarfssammlung aufgestellt habe. Damals hätten aber die Vertreter der bürgerlichen Fraktion unsere Wünsche für „überflüssig“ und „kleinlich“ angesehen. Nachdem aber die bürgerliche Fraktion unsere alten Wünsche jetzt höher bewerte, würden wir für den Antrag stimmen. Das Bezirksamt hat in der bereits eingereichten Bedarfssammlung erhebliche Absätze vorgenommen. Der Haushaltsauschuss wandte sich in einem längeren Entgegenkommen gegen das angewandte Verfahren der Verteilung der Mittel für die einmaligen Ausgaben für das Jahr 1926. Außerdem ist auf den Bau einer Volkshochschule mit Nachdruck hingewiesen und endlich Einspruch gegen die schäblich-mäßige Zuweisung einmaliger Mittel für die Beschaffung von Unterrichtsmitteln erhoben. Die Genossen Gerlach und Binte begründeten in längerer Ausführung den Standpunkt unserer Fraktion und traten warm für die Annahme des Antrages des Haushaltsauschusses ein. Dann wurde ein Antrag der SPD-Fraktion angenommen, der das Bezirksamt ersucht, für die Erwerbslosen und deren Angehörige Unterhaltungsarbeiten und deren Angehörige Unterhaltungsarbeiten und deren Angehörige Unterhaltungsarbeiten ernstlich und heiteren Inhalts abwechselnd in Tempelhof und Mariendorf bei freiem Eintritt zu veranstalten. In der weiteren Aussprache wurde die geringe Zahl der Einzeldrucke für das Volksbegehren gerügt und ein vom Genossen Bürgermeister be-

# Reichelt's Beutel-Mehl

5 Pfd. 1,55 Mk.

Es gibt kein besseres Mehl!

Von heute bis Sonnabend, den 27. März  
auf jeden 5-Pfd.-Beutel ½ Pfd. feinste Raffinade

# Reichelt

Butter

Kaffee

die Firma der guten Qualitäten  
bei billigen Preisen



# Was wird aus der Weltwirtschaftskonferenz?

## Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik.

Während der Versuch, den Völkerbund durch Aufnahme Deutschlands zu erweitern, an den politischen Widerständen gescheitert ist, dauern die Bemühungen zum Zustandekommen der Weltwirtschaftskonferenz fort. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, diese Konferenz auf den 26. April anzuberaumen. Da zu ihr auch Vertreter der nicht dem Völkerbund angehörenden Staaten zugezogen werden, hat der Rat als Delegierte Deutschlands die schon bisher an den vorbereitenden Arbeiten beteiligten Sachverständigen, Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium, Eggert vom ADGB und Dr. Cammers vom Reichsverband der Deutschen Industrie bestimmt. Ein klares Programm der Arbeiten, mit denen sich die Weltwirtschaftskonferenz zu befassen haben wird, liegt bisher noch nicht vor und wird wohl auch erst nach Zusammenritt der Konferenz beschlossen werden. Die Zwischenzeit werden die beteiligten Staaten und die großen wirtschaftlichen Mächtegruppen ausnutzen, um ihre besonderen Wünsche mit auf die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz zu bringen. Nach welcher Richtung sich diese bewegen, ist aus den internationalen Diskussionen und insbesondere auch aus den bisherigen Beratungen der internationalen Handelskammer in Paris in den Grundzügen bekannt. Erfreulicherweise ist bei der letzten Sitzung des Verwaltungsrates dieser Institution mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß die Krise im Ablauf der großen Industrieländer nur behoben werden kann durch eine Annäherung der großen Staaten aneinander, insbesondere durch die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsbundes, der in der Lage sein würde, mit dem mächtvollen Wirtschaftsgebilde der Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Der Internationalen Handelskammer ermangelt aber diejenige Autorität, die einer von den beteiligten Staaten bevollmächtigte Stelle innewohnen muß. Insofern sind die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz von vornherein auf eine größere Basis gestellt.

### Staatliche oder industrielle Verständigung?

Nach zweierlei Richtungen laufen die Bemühungen, eine internationale Annäherung zu finden. Träger der einen Richtung sind die großen Konzerne der Rohstoffindustrie, teilweise auch der verarbeitenden Gewerbebranche, internationale Kartelle zu bilden. In dem deutsch-französischen Kaliabkommen und in dem internationalen Schienenkonkurrenzvertrag liegen bereits Beispiele vor, und in dem weltumspannenden Glühlampenkartell hat sich sogar noch eine höhere Form der internationalen Zusammenarbeit kapitalistisch organisierter Gewerbebranche gefunden. Damit sind aber erst Teilfragen angechnitten. Immer noch lastet auf der Wirtschaft die gewaltige Ueberproduktion an Kohle und an Eisen, deren verheerenden Folgen man ebenfalls durch internationale Abreden entgegenwirken möchte. Die großen Unternehmergruppen möchten bei diesen privaten Abmachungen möglichst wenig von den staatlichen Interessen gestört werden. Was sie erreichen können, ist allenfalls der Zusammenschluß gleichartiger oder verwandter Gewerbebranche in den verschiedenen Ländern. — Viel weiter muß das Ziel einer internationalen Wirtschaftsverständigung gestellt sein. Die einzelnen Staaten haben ein Interesse daran, daß ihre Volkswirtschaft nicht durch internationale Rohstoffmonopole be-

einträchtigt wird. In den einzelnen Ländern, so auch bei uns in Deutschland erhebt sich immer stärker der Ruf nach einem staatlichen Kartellamt, das natürlich nur die im eigenen Lande liegenden Industrien beaufsichtigen kann. Je mehr die internationalen Zusammenhänge fortschreiten, desto dringender wird die Notwendigkeit, internationale Aufsichtsorgane zu schaffen, die die Gefahr von Preisüberbinnungen international aufgebauter Kartelle zu bannen vermögen. Darüber hinaus muß aber das Streben der Staaten dahin gehen, nicht nur die Interessen einzelner Gewerbegruppen in den verschiedenen Ländern aneinanderzupuffen, sondern überhaupt die Wirtschaftsinteressen der Völker wahrzunehmen durch Lieberbrückung der noch bestehenden Hemmnisse für den internationalen Warenverkehr und durch Befestigung der handelspolitischen Kivalität. Eine engere Verflechtung der gesamten Weltwirtschaft muß das Ziel sein. Bei diesem Bestreben werden die einzelnen Staaten oft mit den einzelnen Mächtegruppen der Privatindustrie in Konflikt kommen, wenn nicht auf weite Sicht hinaus vorgegearbeitet wird.

### Aufbau der internationalen Handelspolitik.

Auf diesem Gebiete werden überhaupt die grundlegenden Arbeiten zu suchen sein, die von einer Weltwirtschaftskonferenz zu leisten sind. Die Richtlinien, die die deutsche, belgische und französische Sozialdemokratie in ihrer Zusammenkunft Ende Februar vereinbart hat, sind eine geeignete Basis für die Diskussion, die auch die Weltwirtschaftskonferenz in den wichtigen Fragen der Handelspolitik beschäftigen wird. Es kommt darauf an, durch den Abschluß internationaler Handelsverträge mit gegenseitiger Preisbegünstigung und durch Befestigung aller Hindernisse im Verkehr der Menschen und Waren endlich einmal die Atmosphäre zu schaffen, die hochzivilisierter Kulturstaaten würdig ist. Das System des Protektionismus, das nach dem Kriege in Europa überall Platz gegriffen hat, muß dem Willen zur engen Zusammenarbeit weichen, sonst wird es unmöglich sein, die Krise zu bekämpfen. Sehr eindringlich hat die sozialistische Konferenz gewarnt vor den schweren Gefahren, die von eigennütigen internationalen Kartellen und Konzernen zu befürchten sind. Darüber hinaus müssen wir durch die geeignete Organisation der internationalen staatlichen Interessen dazu kommen, daß der Völkerbund nach der Einbeziehung Deutschlands auf die großen Wirtschaftsprobleme, besonders auch die Rohstoff- und Währungsfragen, Einfluß erhält und bei internationalen Wirtschaftskonflikten vermittelnd eingreifen in der Lage ist.

Die wirtschaftliche Befriedigung der Welt gegenüber der jetzigen handelspolitischen Kivalität der einzelnen Länder und ihren verheerenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt — das ist die wichtigste Aufgabe, deren Lösung die Arbeiterklasse von der Weltwirtschaftskonferenz zu erwarten hat. Ob sie gelingen wird, muß bei den widerstreitenden Interessen der einzelnen Staaten und der einzelnen kapitalistischen Mächtegruppen natürlich dahingestellt bleiben. Jedenfalls möchten wir wünschen, daß die an der Weltwirtschaftskonferenz beteiligten Vertreter der Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß in die Wagchale werfen und durch Herstellung einer einheitlichen Kampffront dafür sorgen, daß den Forderungen der organisierten Werktätigen gegenüber den Ansprüchen des Privatkapitals der denkbar größte Nachdruck verliehen wird.

markt zu beteiligen und dort Verlustgeschäfte auf sich zu nehmen, müßte man u. E. die Versorgung des heimischen Marktes zu den denkbar niedrigsten Preisen (einschließlich indirekter) Unterfütterung der ausländischen Kohlenverbraucher gegenüber unter allen Umständen vorziehen.

Der Rückgang des Kohlenverbrauchs in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit erklärt sich teils aus der gesteigerten Verwendung von Braunkohle (Förderung 1925 fast 140 Millionen Tonnen gegen 87 Millionen Tonnen im Jahre 1913), teils aus der geringeren Verwendung von Steinkohle zur Stromerzeugung bei gleichzeitiger Vermehrung des Verbrauchs an elektrischem Strom, teils aus dem Fortfall eines Großteils des Verbrauchs durch die Kriegs- und Handelsflotte — vor allem aber aus der Tatsache, daß die schlecht beschäftigten deutschen (Kohlenverbrauchenden) Industrien (einschließlich der Reichsbahn) inzwischen zu einer sehr viel wirtschaftlicheren Ausnutzung des Brennstoffs fortgeschritten sind.

Nachdem der Berichterstatter noch einen Ueberblick über die Lage im Kohlenbergbau der kleineren deutschen Bezirke und der europäischen Großproduzenten von Kohle gegeben hatte, wobel er sich gegenüber den Ausfichten auf eine gelungene europäische Verständigung in der Kohlenwirtschaft sehr skeptisch äußerte, trat man in die Diskussion ein. Hier wurde die Richtigkeit der genannten Zahlen über den deutschen Kohlenverbrauch angezweifelt (Der Verbrauch sei tatsächlich höher) und über die Ueberzeugung im Kohlenhandel, die zu einer Verteuerung führe, gellagt. Ein Vertreter des Handels wies darauf hin, daß durch die Maßnahmen der Kartellauflösung die Aufnahme neu gegründeter Firmen in die Verbände des Kohlenhandels, sehr gegen deren Willen, geradezu erzwungen würde: die staatlichen Maßnahmen führten also zu der getadelten „Ueberzeugung“. — Weiterhin wurde von Unternehmerseite (natürlich!) die Forderung auf Verlangenerung der Arbeitszeit erhoben. Ein Arbeitervertreter wies diese Ustapel erfolgreich zurück, indem er das Beispiel einer Zeche erwähnte, deren Belegschaft sich zur Arbeitszeitverlängerung bereitgefunden hatte, um den Betrieb im Kampf um seine Existenz zu unterstützen: — gerade auf dieser Zeche ist man alsbald bei Entlassungen besonders rigoros vorgegangen.

**Bankenoptimismus.** Der letzte Monatsbericht der Deutschen Bank äußert sich mit einer bemerkenswerten Zuversichtlichkeit über Lage und Ausfichten der deutschen Wirtschaft. Nachdem der Senkung der Zinssätze und der wachsenden Nachfrage nach langfristigen Anlagemitteln Erwähnung getan wurde, heißt es in dem Bericht über Börse und Geldmarkt: Sodann — und dieser Moment ist von nicht geringerer Bedeutung — ist an vielen Stellen in der Wirtschaft selbst das Gefühl vorhanden, daß sich eine Wendung zum Besseren anbahnt. Man weiß, daß im Verlauf der schweren Krise, die so viele Opfer forderte, auch der Rationalisierungsprozeß der Wirtschaft, technisch und organisatorisch, erhebliche Fortschritte gemacht hat, daß mit der Deflation der Betriebe auch ein Störungsprozeß verbunden ist. Man sieht aber auch, daß die Regierung die Notwendigkeit anerkennt, nicht nur die viel zu lange ausreicht erhaltenen übertriebenen Steuerlasten zu ermäßigen, sondern auch da und dort helfend einzugreifen. Die Zahl der Konkurse ist stark rückgängig und ebenso die der Wechselproteste. Das Bild des Arbeitsmarktes sieht sich bereits günstiger an; außerdem dürften demnächst die Saisonarbeiten im Baugewerbe und in der Landwirtschaft sich wieder stark bemerkbar machen. Belebend haben auch die neuerlichen Meldungen über die bevorstehende Eindringung des Gelezes betreffend Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten auf die Börse eingewirkt, wie denn die letzte Stimmung der Börse angesichts des politischen Schwerezustandes vornehmlich in Aufwärtsbewegungen auf Spezialgebieten zum Ausdruck kam.

Die Ausfichten der privaten Bauunternehmungen wurden von der Verwaltung der Reichsbank u. a. G., die zu den bedeutendsten Hoch- und Tiefbauunternehmungen gehört, in der Generalversammlung wie folgt geschildert: Für das laufende Geschäftsjahr sind die Ausfichten im Hinblick auf das gesteigerte Wohnungsbauprogramm als nicht ungünstig anzusehen. Der Staat und die Gemeinden werden ebenfalls Aufträge in größerem Umfang als in den letzten Jahren erteilen, um die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern. Die Gesellschaft verfügt zurzeit noch über einen genügenden Auftragsbestand. Sie erzielte per 30. September 1925 einen Reingewinn von 77 118 M., der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

**Fusion in der Zuckerindustrie.** Die Zuckerrfabriken Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn und Offstein werden sich in der Weise verschmelzen, daß die Zuckerrfabrik Frankenthal die anderen Gesellschaften aufnimmt. Die Produktionsquote von Frankenthal wird ermäßigt werden. Zu diesem Zweck wird die Zuckerrfabrik Frankenthal ihr Stammkapital im Verhältnis von 5:4 zusammenlegen. Die Aktionäre von Waghäusel, Stuttgart und Heilbronn erhalten sodann für ihre Stammaktien im Umtausch den gleichen Betrag neuer Aktien. Nach Durchführung dieser Beschlüsse wird sich das Aktienkapital dieser neuen Gesellschaft auf rund 30 Millionen Mark belaufen. Die Zuckerrfabrik Rheingau in Worms, die auf die obengenannten Gesellschaften einen maßgebenden Einfluß ausübt, bleibt außerhalb der Fusion.

### Tagung des Kohlenparlaments.

Am Donnerstag fand im Berliner Ingenieurhaus eine Vollversammlung des Reichskohlenrates statt, die von dem Vorsitzenden Herrn v. Belsen mit einem Hinweis auf die seit Jahresfrist unverändert andauernde Abnahmefrist des Kohlenbergbaus und einer Erwähnung der verschiedenen schweren Unglücksfälle in den Gruben eingeleitet wurde. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorsitzenden unterlag der Kandidat der Arbeitnehmerseite, Imbusch, mit 24 Stimmen gegen den Unternehmervertreter v. Belsen, für dessen Neuwahl also neben den Vertretern des Kohlenbergbaus ein Teil der handels- und Verbraucherstimmen eingetreten ist.

Der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Berghauptmann Bennhold, erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft im Jahre 1925. Besonders bemerkenswert war hierbei der Hinweis auf die Steigerung der Förderleistung im Ruhrbergbau (104 Millionen Tonnen gegen 94 i. V. und 114 i. V. 1913) bei verminderter Belegschaftszahl. Während 1922 noch 545 000 Mann, Ende 1924 noch rund 448 000 Mann beschäftigt wurden, ist die Zahl bis Ende Dezember 1925 auf 374 000 zurückgegangen. Ende Januar betrug die Belegschaftsziffer 371 000 Mann und war damit niedriger als im Frieden! Auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten hat sich annähernd entsprechend — von 27 500 auf 24 100 allein im Berichtsjahr — vermindert. Im Jahre 1924 wurden 11 größere Schachtanlagen stillgelegt (Belegschaftszahl

8400), seit Beginn 1925 bis jetzt weitere 28 Schächte mit einer Belegschaft von rund 40 000 Mann.

Der Stillelegungsausschuß hat, nach der Angabe des Berichtes, in diesem „Ausleseprozeß“ eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet, die freilich im wesentlichen auf Aufklärung und Uebermittlung von Anregungen beschränkt war. Die Arbeitnehmer haben sich, da sie eine wirklich entscheidende Mitwirkung dieses Ausschusses nicht durchsetzen konnten, ganz aus ihm zurückgezogen. — Der Berichterstatter nimmt an, daß, trotz weiterer Stillelegungspläne, die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau ihren Höhepunkt erreicht hat.

Die Räumung der großen zinsfressenden Halbenbestände schreitet nur langsam vorwärts. Von 9 1/2 Millionen Tonnen Lagerbeständen insgesamt, die Ende Juni vorhanden waren, sind reichlich 1 Million Tonnen (Kohle und Briketts) abgefahren worden. Dagegen haben die Lagerbestände an Koks trotz Herstellungsbeschränkungen um mehr als 100 000 Tonnen zugenommen. Der Gesamtwert der Halbenlager beträgt immer noch rund 120 Millionen Mark!

Es ist nicht recht verständlich, weshalb das Kohlenhindert die Verminderung der Lager lediglich auf dem Wege eines gesteigerten Auslandsabfahes, der „mit großen Preisopfern“ vor sich geht, anstrebt und nicht auch an einen Abbau der inländischen Preise denkt, die seit 1 1/2 Jahren unverändert geblieben sind. Man „säubert“ nur auf dem Auslandsmarkt, um die Konkurrenz gegenüber der subventionierten englischen Kohle unredlich zu erhalten, befürchtet aber, den Inlandsmarkt durch — sei es auch nur vorübergehende — „Räumungsaussverkäufe“ in „Unordnung“ zu bringen. Anstatt sich an dem Dumping auf dem Welt-

# Blond feinsfarbig

und

## Die große Mode



**Blond la Cheveau** mit hellem Einsatz und echtem L. XV-Absatz **16<sup>50</sup>**



**Hochfeiner Pumps** mit geflochtener Lasche, in haselnuß, grau Chev., grau Samtkalb **19<sup>50</sup>**



**Blond la Cheveau-Spangenschuh**, mit echtem L. XV-Absatz **14<sup>50</sup>**



**Blond la Cheveau**, Seitenzug, hoch/eine graue Flechtung mit echtem L. XV-Absatz **16<sup>50</sup>**



**Hocheleg. Spangenschuh**, blond und hochfarbig Chev., Blattschichtung oder Flechtlauf **19<sup>50</sup>**

**Braun echt Boxkalf-Spangenschuhe**, leine und hochmoderne Ausführung **12<sup>90</sup>**

**Feinsfarbig echt Cheveau-Modepumps**, Spangummil, seil. durchbr., echtem L. XV-Absatz **17<sup>50</sup>**

**Die guten Liwera-Strümpfe** nur die Qualität, passend zum Schuh und Kleid, alle Modelarb., v. 1.95 an

Tack

& Cie A.G. Burgb.M.

SW. Friedrichstr. 246/41  
W. Potsdamer Str. 50  
(an d. K. rübenstr.)  
W. Schulstr. 16  
NW. Beusselstr. 29  
NW. Turmstr. 41  
NW. Wilsnackerstr. 22  
N. Brunnenstr. 37  
N. Danziger Str. 1  
N. Friedrichstr. 130  
N. Müllerstr. 3

O. Andreasstr. 30  
O. Frankfurter Allee 22  
SO. Oranienstr. 2a  
SO. Wangenstr. 49  
C. Solite markl. 13  
C. Rosenhäger Str. 14  
Neukölln. Bergstr. 30-31  
Charlottenburg. Wilmergordner Str. 122-21  
Potsdam. Brandenburger Straße 54

# Abstimmungen im Reichstag.

## Ablehnung der Misstrauensanträge. — Die Frage des Wahlalters. — Die Deutschenationalen gegen ihren eigenen Antrag.

Zu Anfang der gestrigen Reichstags-Sitzung, die schon um 12 1/2 Uhr begann, wurde der Gesetzentwurf zur Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Abschließbedingungen ohne Aussprache dem vorkammerratsfähigen Ausschuss überwiesen. Die Vorlage geht auf Anregungen der sozialdemokratischen Fraktion bei den Zölkern im Sommer des vorigen Jahres zurück. Durch diese Erquete sollen die Voraussetzungen festgestellt werden, von denen die künftige Handelspolitik des Reiches ausgehen soll.

Dann wird die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ fortgesetzt.

Abg. Haedenkamp (Dnll.) sieht in der Schaffung von Vorkämpfern und in der sogenannten Rodkultur keinen vorbildlichen Anreiz für die Pflege der Selbstübungen. Das Reichsgesundheitsamt solle sich in seiner Arbeit nicht beeinflussen lassen durch die Angriffe, die kürzlich im Untersuchungsausschuss zur Erforschung der Kriegserkrankungen wegen seiner Ernährungspolitik im Kriege gegen das Amt gerichtet worden seien.

### Abg. Dr. Moses (Soz.)

Recht mit Bedauern fest, daß die Erkenntnis für eine wirkliche Gesundheitspolitik noch so außerordentlich gering ist. Auch bei dieser Gelegenheit sieht man, wie gering die Summen sind, die für kulturelle und Gesundheitszwecke in den Haushalten eingestellt sind, gegenüber den Ausgaben, die für das Heer, für Polizei und ähnliche Dinge gemacht werden. Eine gute Gesundheitspolitik erschöpft sich nicht darin, daß man einige Millionen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, zur Aufklärung über Geschlechtskrankheiten ausgibt, es ist vielmehr notwendig, jedem Arbeiter das zu geben, was zu seinem Leben notwendig ist. Bei unzureichender Entlohnung, Ernährung und Wohnung ist jeder Versuch zur Hebung der Volksgesundheit zum Scheitern verurteilt.

Im November v. J. ist in der Kinderstation des Krankenhauses Friedrichshain in Berlin von dem leitenden Arzt Dr. Buttenwieser eine Untersuchung über den Einfluß der Erwerbstätigkeit und der Wohnungsnot auf die Kindersterblichkeit begonnen worden. Das Ergebnis der vier Monate lang fortgesetzten Untersuchung liegt nunmehr vor. Es wird in einigen Tagen veröffentlicht werden. Das Krankenhaus liegt inmitten eines Arbeiterviertels, es finden dort ausschließlich Arbeiterkinder Aufnahme. Bei Abschluß der Untersuchung waren in Berlin 17 Prozent der Bevölkerung erwerbslos. Bei den Eltern der toten Kinder machte hingegen die Erwerbstätigkeit 46 Prozent aus, rechnet man die Kurzarbeiter hinzu, so kommt weit über die Hälfte der toten Kinder von diesen Eltern. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Soz.)

Der Einfluß des Wohnungsnots auf den Gesundheitszustand der Arbeiterkinder zeigt sich an der Tatsache, daß von den Säuglingen im Alter von einem Vierteljahr bis zu zwei Jahren fast 90 Prozent rachitisch sind. Der Einfluß der Erwerbstätigkeit auf die Gesundheit der Kinder ist am schlimmsten bei den kinderreichen Familien. Es sind sogar Fälle von Scharlach festgestellt worden. Der Bericht über diese Untersuchung sagt, daß diese Zustände schlimmer sind, als während des Krieges. Infolge des hohen Preises ist heute die Milch für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich. Die Gefahr rückt immer näher, daß die Säuglinge von Arbeitern statt mit Milch nur noch mit einer Weichmischung ernährt werden können.

Es zeigt sich auch eine Zunahme der Futuruloze, die durch den Mangel an Milch hervorgerufen wird. Zahlreiche Arbeiter Frauen darüber, daß sie kein Geld zum Kaufen von Milch haben. Wegen der schlechten häuslichen Verhältnisse sträuben sich viele Arbeitereltern, auch wenn die Kinder gehill sind, sie wieder mit noch Haupe zu nehmen. Oft lassen sie sich erst nach wiederholten Aufforderungen und Drohungen, daß die Kinder ins Krankenhaus kommen würden, zur Inhaftung der Kinder bewegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die beste Säuglingsfürsorge wird erzielt durch eine ge-

lunde Sozialpolitik. Den Kindern muß ausreichende Nahrung und den Eltern ausreichender Lohn gewährleistet werden. Ueberhaupt besteht die beste Gesundheitspolitik aus einer gefunden Lohn- und Wohnungspolitik.

Wenn bei der Feier des 50jährigen Bestehens des Reichsgesundheitsamtes der jetzige verdienstvolle Leiter Professor Summ zurücktreten sollte, so wünschen wir, daß das Innenministerium eine glückliche Hand bei der Reuebelegung des Leiters dieses Amtes haben möchte. Der Geburtenrückgang in Deutschland ist höchst bedauerlich, daß die Sterblichkeit zu groß ist. Es ist nicht notwendig, daß mehr Kinder geboren werden, sondern daß mehr Kinder am Leben erhalten werden. Dazu gehört der umfassende Ausbau der sozialen Gesetzgebung, die Bereitstellung großer Mittel zur Hebung der Volksgesundheit.

Zum Schluß erklärte der Redner, am gestrigen Tage ist die Frist zur Einzeichnung für das Volksbegehren abgelaufen. Das Gesetz, für das sich das Volksbegehren erklärte, liegt in seinem Artikel 2, daß das Vermögen der früheren Fürsten enteignet und zugunsten der Kriegsoffiziere, Erwerbslosen usw. verwendet werden soll. Dazu gehören die zahllosen Schiffs- und Bienen, die die Fürsten in den gesündesten Gegenden besaßen haben. Sie müssen in den Dienst des Wiederaufbaus der zusammengebrochenen Volksgesundheit gestellt werden. Das ist das Gebot der Stunde, dafür müssen wir arbeiten. Auch bei dieser Gelegenheit richten wir den Appell an alle Wählbaren und Wählbaren: Kämpft für den Volkswohl, ihr kämpft damit für die Wiedergesundung des deutschen Volkes. (Lebhaftes Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die Reichsgesundheitswoche müßte jedes Jahr wiederkehren. Der Düsseldorf Ausstellung für Gesundheitspflege sei ein voller Erfolg zu wünschen.

Abg. Frau Arendsee (Komm.): Für den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose müßten weit größere Mittel vom Reich ausgemakelt werden. Das Hebammenwesen bedürfe einer reichsgesetzlichen Regelung.

Abg. Sparrer (Dem.) tritt für die baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein und fordert die Vorlage eines Gesetzes zur Regelung des Arzneimittelerkehrs.

# Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1925

Wurde im Jahre 1924 die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands geschaffen, so hat das Jahr 1925 das Beweisen gebracht, mit welchen Schwierigkeiten dieser Wiederaufbau zu kämpfen hat und wie langsam die Fortschritte sein werden. Schon im Jahre 1924 war zu erkennen, daß die Wirtschaft ohne eine Krise, die aus der Wiederherstellung eines normalen Geldumschlages hervorgehen mußte, insbesondere ohne eine energische Umstellung und Rationalisierung ihrer Erzeugung, nicht auf ruhige und zum Gelingen führende Wege gelangen könne. Die großen ausländischen Betriebskennzahlen, die gegen Ende 1924, besonders aber im Laufe des Jahres 1925 in Deutschland die Möglichkeit für eine erweiterte Produktion schufen, trugen gleichwohl in sich ein Moment der Unsicherheit wegen der kurzen Befristung der eingegangenen Verpflichtungen und des Kern einer Absatzkrise, da die Wirtschaft zunächst sowohl über die Möglichkeiten eines geregelten Absatzes im eigenen Lande als auch über die Aufnahmefähigkeit der Welt im unklaren war. Falsche Einstellungen hinsichtlich der Kalkulation im eigenen Betrieb als psychologische Belastungen aus der Zeit der Inflation erhöhten die Gefahr einer krisenhaften Entwicklung in starkem Maße. Das Jahr 1925 begann gleichwohl unter verhältnismäßig günstigen Umständen. Im ersten Halbjahr sollen wir mit dem Elementen kurzfristiger Anleihegelder geben der damit verbundenen starken Einkünfte eine erhebliche Zunahme der Arbeit und einer Rückgang der Arbeitslosigkeit, steigende Erträge der Umsatzsteuer, Zunahme des Güternachschlags, aber auch eine Steigerung der Inflation; an und für sich ein Anzeichen einer günstigen Konjunktur, die man aber nicht ohne Besorgnis betrachten konnte, wenn man die stark ausgeprägte Passivität der Handelsbilanz betrachtete. Sie entstand im wesentlichen durch die Einfuhr von Fertigfabrikaten, Lebensmitteln und Getreide und zeigte die Abhängigkeit der Wirtschaft von den kurzfristigen Auslandskrediten in besonders bedrohlichem Lichte.

Immerhin hat das finanzielle Interesse, das Amerika der deutschen Wirtschaft zugewandt hat, sehr dazu beigetragen, die Krise zu erleichtern. In dem Maße, wie die politische Beruhigung der europäischen Welt zunahm, wandelten sich auch die kurzfristigen amerikanischen Gelder in langfristige Anleihen um; ein Vorgang, der gegen Ende des Jahres sehr wertvolle Fortschritte gemacht hat. Um die Anleihekredite möglichst auf produktive Zwecke zu beschränken, wurde mit Recht eine schärfere Kontrolle durch die Geschäftswahlrechtlich von Anleihen öffentlich-rechtlicher Körperschaften eingeführt. Als Hauptgelddgeber traten die Vereinigten Staaten von Amerika auf, die 1925 an Deutschland rund 250 Millionen Dollar Anleihen gewährt haben. England hat besonders stark bei der Kallanleihe mit 3 Millionen Pfund Sterling mitgewirkt. Auch Holland, Schweden und die Schweiz sind wichtige Märkte für den deutschen Kapitalbedarf geworden. Die Bedingungen für die Anleiheentnahmen haben sich langsamer verflüchtigt, als man hätte annehmen sollen. Sie waren vielfach drückend; die effektive Zinsrate schwankte im allgemeinen noch ungefähr zwischen 9% und 8% Proz.

Vor allem hat Deutschland selbst es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, aus sich heraus seine wirtschaftliche Lage zu bessern. Ueberall ist an der strafferen Gestaltung der Betriebe, ihrer Vereinfachung und finanziellen Gesundung gearbeitet worden, und manche Erfolge wurden hierbei erzielt, deren Wirkungen sich zum Teil erst in der Zukunft zeigen werden. Zu den Maßnahmen, unsere Lage zu heben, rechnen wir auch die Einführung eines Zolltarifs als Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen, um hierdurch das deutsche Erzeugnis gegen das fremde Märkte wieder mehr zu öffnen. Man kann hierbei auch an die Aktion der Regierung zur Förderung des Preishabes nicht vorbeigehen. Sie hatte zum mindesten den Erfolg, spekulative Herabsetzungen der Warenpreise infolge der Einführung des Zolltarifs hintanzuhalten und das gesamte Volk von der Notwendigkeit einer Preislenkung zu überzeugen. Wir können uns jedoch nicht versagen, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß diese Aktion durch Maßnahmen auf anderen Gebieten starkem Hemmnissen begegnete. Bei der Lösung der Aufwertungsfrage nahm man zu wenig Rücksicht darauf, daß durch die Erhöhung der ursprünglichen Sätze der Reallohn noch mehr geschwächt und produktives Kapital in einem Maße gebunden wurde, wie es das arme Deutschland unter Berücksichtigung der Verpflichtung des Dawes-Abkommens nicht hätte auf sich nehmen dürfen. Die Deflationen konnten nicht zu einer fruchtbringenden Auswirkung kommen, weil die Wirtschaft nicht frei war von Beeinflussungen zwangswirtschaftlicher Art, die sie aus Kriegs- und Inflationszeit mit herübergenommen hat. Hierzu gehören die Elemente der Reichsverwaltung in das Bestehen oder Nichtbestehen von Kartellen, ferner die Zwangsbewirtschaftung von Wohn- und gewerblichen Räumen und die ständige Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Schiedsverträge mit obligatorischer Bindung. Es muß betont werden, daß die Tarifverträge und die Handhabung des Schlichtungswesens eine Anpassung der in den Löhnen enthaltenen Unkostenbestandteile an die Absatzmöglichkeiten erschweren und andererseits bei Warenpreisrückgängen verhindern, daß bei gleichbleibenden Löhnen eine automatische Einschränkung der Nachfrage eintritt und damit ein Preisrückgang bewirkt wird. Insofern Gestaltung und Umfang des Verbrauchs zu einem guten Teil von der Höhe der Einkommen abhängen, sind diese mitbestimmend für die Einfuhr von Verbrauchsgütern und ein Anreiz für

deren Beschaffung durch Auslandskredite. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Notwendigkeit, die Reparationsleistungen zu bewirken, notwendig eine Absenkung der Geschäftskosten im Produktionsprozeß und eine Einschränkung des Verbrauchs zur Folge haben muß; das Lohnniveau wird aber von beiden Seiten her betroffen. Die anfängliche Lohnpolitik hat diese notwendigen Folgerungen aus der Annahme des Dawes-Planes bis jetzt nicht gezogen. Auch die Lohnfrage kann nur im engsten Zusammenhang mit den Bedingungen und dem Verlauf der Wirtschaft richtig gelöst werden. Dem ist man im Jahre 1925 ebenso wenig gerecht geworden, wie die Höhe der Steuern und sozialen Lasten und der viel zu kostspielige Verwaltungsapparat der Behörden aller Art unserer Verarmung Rechnung getragen haben. Während die privaten Betriebe den auf sie gelegten Lasten fast erliegen, hat der Geldüberfluß der öffentlichen Stellen dazu geführt, daß allgemein eine Anbreitung der in öffentlicher Hand befindlichen gewerblichen Unternehmungen stattfand. Die Frage, ob diese Entwicklung zu ihrem weiteren Verlauf einer gesunden Wirtschaft förderlich sein wird, ist der ernstesten Beachtung wert.

Im Interesse einer Wiederbelebung der Wirtschaft hoffen wir, daß die im Jahre 1925 gemachten Fehler, soweit möglich, verbessert werden; insbesondere ist nicht genug die Notwendigkeit einer Herabmilderung der Steuern durch Sparmaßnahmen in allen Zweigen der Verwaltung des Reiches, der Länder und Kommunen zu betonen. Daß die Fortschritte der notwendigen Umstellung der Industrie durch Steuern nicht weiter behindert werden dürfen, halten wir für selbstverständlich. Es ist für das gegenwärtige Steuerwesen bezeichnend, daß bei einer Gesamtbilanzierung der Wirtschaft an Steuern und sozialen Aufwendungen von circa 11,3 Milliarden im Jahre 1925 gegen 6,7 Milliarden im Jahre 1913 bei den besten noch aus der Vorkriegszeit bestehenden Aktiengesellschaften die Steuerlast — nach zuverlässigen Berechnungen — auf das 8-fache des Vorkriegsstandes, unter Zugrundelegung des Ertrages sogar auf das 11-fache gestiegen ist.

Die Krise, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 von Monat zu Monat in steigendem Maße zum Ausdruck kam, zeigte sich in einer starken Zunahme der Geschäftsausfälle und Konkursen sowie der Arbeitslosigkeit. Bei dem Verschwinden zahlreicher Unternehmungen ist zu beachten, daß Deutschland heute noch zu viele Betriebe aller Art aufweist, die im Rahmen eines verantwortlichen Wiederaufbaues ermöglicht alle weiter bestehen können. So kamen in Hamburg im Jahre 1914 auf eine eingetragene Firma 39 Einwohner, am Ende des Jahres 1924 39 Einwohner; im Jahre 1925 wurden in Deutschland 21.600 Handels- und Industriebetriebe gezählt, im Jahre 1924 etwa 60.000. Auch im ersten Halbjahr 1925 war die Gründung von Gesellschaften und Unternehmungen noch höher als durchschnittlich vor dem Kriege. Das Verschwinden von Betrieben im Verlaufe der Krise muß daher wesentlich anders beurteilt werden als ähnliche Erscheinungen in normalen Zeiten vor dem Kriege. Auch bei Erörterung des Problems der Arbeitslosigkeit in Deutschland, das andere Staaten, wie z. B. England, nicht minder kennen, muß berücksichtigt werden, daß durch die Verminderung des Heeres und die viel größere Anteilnahme der Bevölkerung an gewerblicher Arbeit infolge der allgemeinen Verarmung die Zahl unserer Arbeitslosen bei rückwärtiger Konjunktur weit bedeutender sein muß, als dies in vorher der Fall war.

Eine deutliche Folge der Krise war ferner die Abnahme des Einfuhrüberschusses in unserer Handelsbilanz, die sogar Ende des Jahres zu einem kleinen Ausfuhrüberschuß führte. Betrachtet man diesen Ausfuhrüberschuß etwas genauer, so spricht sich in ihm die Not unserer Landwirtschaft, die durch verstärkte Ausfuhr von Getreide sich zu finanzieren gesucht hat, ganz besonders aus.

Die deutsche Landwirtschaft hat durch die Krise am schwersten betroffen. Der Mangel an Betriebskapital und die Unmöglichkeit, ausreichende und billige Reallohnkredite zu erhalten, zwangen in bedeutendem Umfange zur Übernahme kurzfristiger Verbindlichkeiten, die aus dem Erlös der Ernte trotz des guten Ertrages nicht abgedeckt werden konnten. Die für die Landwirtschaft besonders ungünstige Lösung der Aufwertungsfrage schafft allein eine Belastung von 3 Milliarden Aufwertungsanforderungen, die zusammen mit der Rentenbankschuld und den sonstigen Personal- und Reallohnkrediten eine Gesamtbelastung von etwa zwei Dritteln der Vorkriegszeit und eine Zinsenlast auf der Höhe des Jahres 1913 ergibt. Rechnet man hierzu noch die Steuern, so wird man sagen müssen, daß die Lage der Landwirtschaft gegenüber dem Jahre 1913 sich wesentlich verschlechtert hat. Aus dieser Krise droben der landwirtschaftlichen Erzeugung selbst erhebliche Gefahren. Wenn man bedenkt, daß 41 Proz. der deutschen Bevölkerung mittelbar oder unmittelbar von der Landwirtschaft abhängen, so kann man die Notwendigkeit einer durchgreifenden Hilfsaktion nicht verkennen. Daher sind die jüngsten Anstrengungen, der Landwirtschaft mit Hilfe der Golddiskontbank neue langfristige und billige Kredite zu beschaffen, lebhaft zu begrüßen. Sie bedeuten einen weiteren Fortschritt auf dem absehbaren Weg der Rentenbank-Kreditanstalt versuchten Wege, jedoch mit dem schwerwiegenden Unterschied, daß die Kredite der Golddiskontbank die immer noch bestehende Divergenz zwischen dem inländischen Geld- und Kapitalmarkt überbrücken, während die Rentenbank-Kreditanstalt sich an das Ausland gewandt hat. Neben der Frage billigen und langfristigen Kredites für die Land-

wirtschaft werden die Probleme einer systematischen Entschuldung und einer Anpassung der Betriebe an den Markt eine wichtige Rolle spielen müssen.

Ebenso wie der Weg zu einer Verbesserung des Reallohns durch die Aufwertungsarbeiten verläuft, besitzt auch der übrige Geld- und Kapitalmarkt noch zumeist eine verlassene, die ein freies und ungestörtes Arbeiten gewährleisten könnte. Die Verhältnisse sind auf der einen Seite beeinflusst durch die ausländischen Guthaben, auf der anderen Seite durch die öffentlichen Gelder, die im Wege der Steuern aus der Wirtschaft herausgezogen sind. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbank die öffentlichen Gelder zum Teil in die Hand bekommen, zum Teil dafür gesorgt hat, daß sie nach bestimmten Richtlinien verwaltet werden. Diese Gelder sind aber natürlich nicht von dem Nutzen, den sie in der Form privater Guthaben stiften könnten, da sie kurzfristiger Natur sind und bei vorübergehender Kreditnotwendigkeit nicht zur Bedienung von Kreditverhältnissen herangezogen werden können. Die Zunahme der Kredite bei Banken und im Postcheckverkehr kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese Gelder in viel höherem Grade einen charakteristischen Charakter haben als früher; zugleich ist die Bildung von Spekulanten, wie man aus dem Sparkassenrückgang erkennen kann, zwar im Fernbereich begriffen, aber, verglichen mit dem Kapitalreichtum der Vorkriegszeit, zunächst doch noch von geringerer Bedeutung.

Will man sich vollständig über den wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands haben, so darf man ihre Verknüpfung mit der Weltwirtschaft nicht außer acht lassen. So wurde die Lage der deutschen Industrie durch die Entwertung der Valuten Frankreichs, Belgiens und Italiens sehr besonders erschwert, wie denn überhaupt der Erholungsprozess einleitet für uns besonders wichtiger europäischer Valuten, der am Ende des Jahres 1924 eingesetzt hatte, im Jahre 1925 keine größeren Fortschritte gemacht hat. Andererseits muß als wichtige Kennzeichen für die Festigung der Weltverhältnisse der Welt und namentlich Europas die Erweiterung der Goldwährung, die im Jahre 1925 stattgefunden hat, genannt werden. Immerhin darf man sich darüber nicht täuschen, daß, soweit eine Konsolidierung stattfindet, sie eine Folge der finanziellen Anteilnahme Amerikas an Europa darstellt, also einen rechtlichen künstlichen Charakter trägt. Allerdings hat sie wenigstens den Vorteil gehabt, die natürliche Entwertung der europäischen Produktivkräfte zu fördern. Doch ist dadurch das Hauptproblem der Zyklenentwicklung Europas, Abstemmbarkeit in der Weltwirtschaft zu schaffen, durch die Europas Veranschaulichung zu die Vereinigten Staaten verlust und gestillt werden kann, einer Lösung nicht näher gebracht. Das gilt, wo der Transfereffekte des Londoner Abkommens seine Probe in nicht zu fernem Zukunft bestehen soll, besonders auch für das Verhältnis Deutschlands zu seinen Gesamtgläubigern. Die internationale Handelsvertrags- und Schutzpolitik sowie Organisation und Ablauf des Welthandels werden künftig unter dem Einfluß der deutschen Reparationsleistungen stehen müssen. Der Zwang und der Wille, diese Zahlungen zu leisten, müssen auf deutscher Seite zu dem Versuch führen, die Zollschranken mit allen zur möglichen Mitteln zu durchbrechen. Ein solcher Kampf zwischen Reparationsleistungen um jeden Preis und dem internationalen Schutzlohn würde seine zerstörende Wirkung nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf die Länder ausüben, die mit Deutschland in Wettbewerb stehen, und bewirken, daß die Weltwirtschaft überhaupt nicht zur Ruhe kommt. Die Verwertung für die Anwendung des Transfers ist also die Bereitwilligkeit der ganzen Welt, Deutschlands Waren anzunehmen. Wenn wir feststellen, daß sich hierzu noch keine Neigung gezeigt hat, so wollen wir nicht nur auf die Schwierigkeiten hinweisen, die hieraus für Deutschland und für die gesamte Weltwirtschaft erwachsen müssen, sondern auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein Ausweg gefunden werde, nachdem einmal durch den Dawes-Plan der Anfang für die nächsten wirtschaftlichen Betrachtung dieser Probleme gemacht worden ist.

Die Aufgabe der Banken war es, die allgemeine Krise durch pflichtige Behandlung der Kundschaft zu mildern und das Durchhalten gesunder Unternehmen zu erleichtern. Sie sind dabei vor Opfern nicht zurückgeschreckt. Man darf als erwiesen ansehen, daß gerade die straffe Kontingenzpolitik der Reichsbank sowie überhaupt eine vorsichtige Geld- und Kreditpolitik der maßgebenden Finanzaktoren entscheidend geworden sind für den Aufbau der Wirtschaft. Was die Banken demnach zu äußerster Vorsicht in der Handhabung des Kreditgeschäfts gezwungen, so konnten sie auch in anderen Sparten gegenüber solcher Einschränkung keine Erholung finden. Die Emissionstätigkeit war äußerst gering. Die Geschäftstätigkeit im Wertpapierhandel liegt, abgesehen von den ersten Monaten des Jahres, durchweg an der Knaptheit an billigen Mitteln bewegt weite Kreise. Effektenbesitz abzunehmen; auch die Dividendenlosigkeit der meisten Papiere mußte verstanden. Die Versuche, durch Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer und ferner durch Einführung des Börsenminihandels das Geschäft zu beleben, konnten unter solchen Umständen nur einen schwachen Erfolg haben. Lediglich in festverzinsten Papieren gelang es, einen verhältnismäßig guten Absatz zu erzielen, der im ersten Jahre größeren Umfang annahm, ein erfreulicher Beweis für die Zunahme der Kapitalbildung.

Die geschiederten Verhältnisse spiegeln sich in der Geschäftsentwicklung unseres Instituts für das abgelaufene Jahr fasters wieder, als gegenüber einem erheblichen Anwachern der bei der Bank belagten fremden Gelder die

gewährten Kredite nicht in gleichem Maße gestiegen sind, weil trotz anderer Bemühungen, in der Kreditgewährung zur Erleichterung der Krise möglichst weit zu gehen, doch die durch die Lage gebotene Vorsicht nicht außer acht gelassen werden konnte. Besonders Wert haben wir wiederum auf die Finanzierung des Außenhandels gelegt. Die Ermäßigung der Kreditbedingungen kommt in dem geringeren Ertrage an Provisionen und Zinsen zum Ausdruck; die Herabsetzung der Unkosten durch eine weitere Verringerung des Beamtenstabes von 11.567 auf 9.484 kaufmännische und gewerbliche Angestellte sowie Lehrlinge konnte im Jahre 1925 noch nicht voll in die Errechnung treten, da die gezahlten Abfindungen dem Handlungskostenkonto zur Last gefallen sind. Die im abgelaufenen Jahre erwachsenen Bankzinsen sind sämtlich abgeschrieben; der Neubau in Berlin, Ecke Französischer und Markgrafstraße, wird etwa Mitte des Jahres beendet und damit die Bauperiode abgeschlossen sein.

Die Zahl der im Jahre 1925 bei der Bank geführten Konten betrug 259.164 gegen 253.072, der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches 118.576.183 1/2 RM gegen 94.339.982 655.— RM im Vorjahre.

Von den aus bestehenden Gesellschaften wird die Deutsch-Südamerikanische Bank die im Jahre vorher schon befolgte Politik der innern Stärkung fortsetzen und auf die Verkleinerung einer Dividende verzichten; der erstellte Ueberschuß wird teils für innere Rücklagen, teils zur Erhöhung des offenen Reservefonds verwendet. Die Deutsche Orientbank wird voraussichtlich die Dividendenzahlung wieder aufnehmen; die Geschäftsbanken sind gut entwickelt und durch Erleichterung einer Niederlassung in Smyrna eine weitere Grundzüge erhalten. Das Geschäft unserer Amsterdamer Kommandite Proehl & Gutmann hat sehr günstige Fortschritte aufzuweisen; die Firma hat sich durch eigene Kreditübergabe und Vermittlung umfangreicher Kredite zu einem beachtenswerten Faktor im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft entwickelt.

Das Ergebnis unserer dauernden Beteiligungen für das Jahr 1925 erscheint unter den Einnahmen der Gewinne- und Verlustrechnung; dasjenige für das Jahr 1925 bleibt der Verrechnung in der nächsten Bilanz vorbehalten.

Von Gemeinschaftsgeschäften haben wir folgende hervorzuheben: 7 1/2 % hypothekarische Anleihe der Rheinischen Stahlwerke, Duisburg-Meiderich.

10 % Anleihe der Universität-Pilm Aktiengesellschaft, Berlin.

Junge Aktien der Anhalt-Dessewitzer Landeshank, Dessau, junge Aktien der Bamag-Megule Aktiengesellschaft, Berlin, junge Aktien der Berliner Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin.

Aktien der Danziger Hypothekbank Akt.-Ges., Danzig (Gründung).

Junge Aktien der Deutschen Orientbank Aktiengesellschaft, Berlin.

Junge Aktien der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft, Berlin.

Junge Aktien der Dreyer Bank, Düren.

Junge Aktien der Dreyerhoff & Widmann Aktiengesellschaft, Bielefeld am Rheine.

Junge Aktien der Mechanischen Wehrel A.-G., Zittau.

Junge Aktien der Nationalen Automobil-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin-Oberschönewitz.

Aktien der Nederlandsche Credietverzekering Maatschappij, Amsterdam (Gründung).

Junge Aktien des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

Junge Aktien der Schlesischen Dampfer-Compagnie Berlin-Uner Lloyd Aktiengesellschaft, Berlin.

Junge Aktien der Eisenwerke und Holzgesellschaft Schleswig-Holsteinischen Eisenwerke Aktiengesellschaft, Wartenstein i. W.

Erfreulicherweise ist hinsichtlich des Dienstes der von uns mit in- und ausländischen Fremden im Jahre 1914 herangezogenen 41 1/2 %igen Bundesanleihe nach langem Verhandeln unter unserer Mitwirkung eine Vereinbarung mit der Stadt Budapest zustande gekommen, durch welche die Interessen der deutschen Besitzer auf das weitestgehende gewahrt werden, da nach einer Uebergangszeit von einigen Jahren ab 1931 der volle Zinsdienst und ab 1934 die Amortisierung in Gold wieder aufgenommen werden.

Unter vorsichtiger Bewertung aller Aktiven ergibt sich laut Gewinne- und Verlustrechnung als Ueberschuß:

Handlungskosten mit	RM 58.077.962,20
Steuern mit	RM 3.790.630,55
sowie nach Abschreibungen auf	
Immobilien in Höhe von	RM 1.832.419,52
Mobilien in Höhe von	RM 517.650,97
RM 60.907.293,48	
verbleibt ein Reingewinn von	RM 6.670.323,—
dessen Verteilung wir wie folgt vorgeschlagen:	
Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	RM 1.000.000,—
Zuweisung zum Pensionfonds	RM 350.000,—
4 % Dividende auf	RM 78.000.000,—
RM 3.120.000,—	RM 8.670.000,—
	RM 3.600.323,—
Tantieme an den Aufsichtsrat	RM 282.973,—
4 % Superdividende auf	RM 78.000.000,—
RM 3.120.000,—	RM 227.850,—
Vortrag	RM 227.850,—
	RM 3.600.323,—

Abg. Behold (Wirtsch. Vereinigung) wünscht, daß auch die Naturheilkunde mehr Anerkennung als bisher finde. Die Verfeinerung von Arznei- und Heilmitteln durch Ueberprüfung müsse bekämpft werden.

Abg. Graf Lerchenfeld (Bayer. Sp.) tritt dafür ein, daß das Reich durch das Reichsgesundheitsamt die großen Linien für die Gesundung des Volkes steuern solle, die Länder sollten dann selbständige ihre Ausführung übernehmen.

#### Geheimrat Bumm,

der Leiter des Reichsgesundheitsamtes, spricht seinen und seiner Beamten Dank für die Anerkennung seines Wirkens aus. Es freue einem Reichsbeamten, der unter 18 Ministern gearbeitet habe, daß bei seinem Abgange von der Volkvertretung seine Tätigkeit so gewürdigt werde. Beim 50jährigen Jubiläum soll eine Festschrift erscheinen, die das bisherige Wirken des Reichsgesundheitsamtes schildern werde. Die Gesundheitsverhältnisse hätten sich seit Gründung des Amtes gebessert, aber es sei noch sehr viel zu tun, bis ein voller Erfolg zu verzeichnen sein werde. Methoden zur Bekämpfung der Tuberkulose müßten noch verbessert werden, insbesondere sollten noch weitere Anstalten in verschiedenen Gegenden des Reichs gebaut werden. Auch gegen die Säuglingssterblichkeit sei noch viel zu tun, anzuerkennen aber sei, daß sie sich während des Krieges und auch nachher auf einer niedrigeren Stufe als früher gehalten habe. Eine vermehrte Tätigkeit habe das Gesundheitsamt auf dem Gebiete der Gewerbe- und Fabrikhygiene entfaltet. Der Erforschung des Einflusses der Arbeitslosigkeit, der Löhnhöhe und der Wohnungsnot auf die Volksgesundheit soll größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Der Redner spricht zum Schluß die Bitte aus, daß der Reichstag auch seinem Nachfolger das bisher gezeigte Wohlwollen nicht verlagern möge. (Beifolles Bravo.)

Damit ist die Beratung geschlossen. Es folgen

#### Die Abstimmungen.

Die einzelnen Kapitel werden im allgemeinen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, für Erziehungsbeihilfen statt 500 000 Mark eine Million Mark einzusetzen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, die Endsumme für den Reichskommissar der öffentlichen Ordnung von 384 000 auf 200 000 Mark herabzusetzen.

#### Zum deutschnationalen Mißtrauensantrag

gegen den Innenminister Rülz wird namentliche Abstimmung beantragt.

Vorher gibt Abg. Stoeker (Komm.) eine Erklärung ab, daß die Kommunisten sich der Stimme enthalten würden, da die Deutschnationalen mit ihrem Mißtrauensantrag nur die Stärkung der monarchistischen Reaktion bezweckten. Da aber die Kommunisten auch dem Minister Rülz nicht trauten, hätten sie einen eigenen Mißtrauensantrag eingebracht. Fort mit diesem Minister, fort mit der Luther-Regierung! (Beifolles Beifall und Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. v. Graefe (Woll.) bezeichnet unter großer Heiterkeit die Kommunisten als derzeit beste Feinde des Ministers Rülz.

Schließlich erklärt noch Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.), daß die Haltung seiner Fraktion auch ohne besondere Erklärung verstanden werde.

Es werden 390 Stimmen abgegeben, 252 Abgeordnete stimmen mit nein, 97 mit ja, 41 haben sich der Stimme enthalten. Der deutschnationale Mißtrauensantrag ist also abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleidet in einfacher Abstimmung der kommunistische Mißtrauensantrag.

Der sozialdemokratische Antrag, der ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung fordert, wird angenommen.

Vor der Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, das Wahlalter von 20 auf 24 Jahre zu erhöhen, beantragte Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) die Ueberweisung an den Rechtsauschuss. Da das abgelehnt wird,

erklärt Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) unter kühnster Heiterkeit des ganzen Hauses, daß die Deutschnationalen nunmehr gegen ihren eigenen Antrag stimmen würden.

Dieser Antrag wird dann abgelehnt, ebenso die anderen deutschnationalen und völkischen Anträge auf Aenderung der Reichsverfassung.

Zwei sozialdemokratische Gesetzesentwürfe zur Neuordnung der Lehrerbildung und zur Schaffung von Berufsschulen werden dem Bildungsausschuss überwiesen.

Darauf wird der Antrag der Regierungsparteien auf Aussetzung der Verkündung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes zur Vereinfachung des Militärstrafrechts (Dienstentlassung bei Zweikampf) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Das Haus legt dann die Statberatung beim Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds fort.

Abg. Fric (Woll.) wünscht die baldige Vorlage eines Ministerpensionsgesetzes.

Abg. Lohb (Bayer. Sp.): Die Vermittlung des sozialdemokratischen Antrags, den Zuschlag zu den Versorgungsgebühren der Kriegesbeschädigten von 18 auf 40 Proz. zu erhöhen, würde eine Mehrausgabe von rund 200 Millionen M. erfordern. Diese Summe ist aber jetzt nicht aufzubringen. Der Redner behauptet dann, daß Abg. Rohmann mit seinen Ausführungen über die Zahl der pensionierten Offiziere die Öffentlichkeit irreführt habe. Tatsächlich habe es vor dem Kriege mehr Offiziere gegeben als Abg. Rohmann ausgeführt habe.

Abg. v. Ramis (Woll.) wirft dem Abg. Rohmann vor, er habe als Leiter des Versorgungsamtes Stuttgart einen Beamten unbedeutenderweise bevorzugt.

#### Abg. Rohmann (Soz.):

Infolge der Pöbelhaftigkeit, mit der der allgemeine Pensionsfonds in der Sitzung vom 12. März zur Beratung gestellt wurde, ist mir bei der unvermittelt erforderlichen Sichtung des Materials für meine Rede in jener Sitzung ein Irrtum infolieren unterlaufen, als ich statt der Gesamtzusammenstellung der aktiven Generale, Obersten und Bataillonskommandeure im früheren Reichsheer eine Teilszusammenstellung benutzte, die sich nur auf Einzelheiten des preussischen Kontingents bezog. Ich halte es für meine selbstverständliche Pflicht, die von diesem Irrtum berührten Zahlen jetzt richtigzustellen. Wir hatten nach der Zusammenstellung bei allen Kontingenten einschließlich der Marine 1914 rund 490 Generale, im allgemeinen Pensionsfonds für 1926 haben wir 1707 Pensionäre als Generale. Wir hatten 1914 840 Offiziere in den Bezügen der Regimentskommandeure und haben jetzt 1744 Pensionäre in dieser Gruppe. Wir hatten 1914 rund 3600 Offiziere in den Bezügen als Bataillonskommandeure und haben jetzt rund 8000 Pensionäre in dieser Gruppe. (Hört! hört!) In diesen Zahlen sind auch die Sanitätsoffiziere enthalten. Wenn in der Öffentlichkeit andere Zahlen genannt worden sind, so können sie nur auf einer anderen Auslegung und unklaren Angaben im Etat für 1914 oder auf der Kenntnis amtlichen Materials beruhen, das dem Reichstag nicht zugänglich ist. In meiner Zusammenstellung sind nicht enthalten die zu allen möglichen Dienstleistungen wieder verwandten Pensionäre, die ihre Hauptbezüge aus dem allgemeinen Pensionsfonds hatten. Das Verlangen, die Pensionäre von 1914 in meine Gegenüberstellung einzubeziehen, würde die unabweisbare Tatsache verunkeln, daß die Offiziere im Gegensatz zu den Zivilbeamten während des Krieges glänzende Beförderungsmöglichkeiten hatten, die sich auch im materiellen Ergebnis in einer Weise auswirkten, wie es sich der einzelne Offizier vor dem Kriege nicht träumen lassen konnte.

Es bleibt deshalb eine Ungerechtheit und Unaufrichtigkeit gegen Republik und Reichstag, wenn man in der Offizierspresse von dem Skandal spricht, daß den Offizieren keine Kriegsvorfahrung gewährt werde.

Ich hätte nur zu beweisen, in welchem Umfange die Bewegung von den mittleren in die oberen Chargen während des Krieges sich vollzogen hat. Unsere Entschliebung öffnet den Weg zur Wahrheit und Klarheit über die Offiziersvorfahrung in der Republik und dem daran gelegen ist, muß ihr darum zustimmen. Gegenüber dem Abgeordneten Ramis stellt der Redner fest, daß die Beförderung des betreffenden Beamten Sache der Regierung gewesen sei. Er selbst habe nichts damit zu tun. Nach meiner persönlichen Kenntnis dieser Dinge kann ich aber erklären, daß die Angaben des Abg. v. Ramis erlunken und erlogen sind. (Lärm bei den Kommunisten.) Ich tue hier meine Pflicht als Abgeordneter, wenn ich im Interesse der unteren Schichten der Rentennempänger Kritik an dem heutigen Stande des Versorgungswezens übe. Ich werde mich davon auch durch keine Drohungen abhalten lassen, die sich gegen eine amtliche Stellung im Versorgungswezen richten. Gegenüber dem Abg. Lohb stelle der Redner fest, daß im vorigen Jahre gerade von den Deutschnationalen und von der Volkspartei, den damaligen Koalitionsgegnern, Anträge gestellt worden seien, von deren Undurchführbarkeit sie selbst überzeugt waren. Um die Demagogie dieser Parteien festzustellen, habe später die Sozialdemokratie diese Anträge wieder aufgenommen, sie seien dann von ihren eigenen Urhebern abgelehnt worden.

Gegen 5 1/2 Uhr wird die Sitzung auf Freitag, den 19. März, nachmittags 1 Uhr, vertagt mit der Tagesordnung: Zweite Beratung des Reichswirtschaftsministeriums.

Ein deutschnationaler Antrag, den Etat des Auswärtigen Amtes auf die heutige Tagesordnung zu legen, wird abgelehnt.

## Hauszinssteuer vor dem Landtag

### Fortsetzung der Debatte.

Der Preussische Landtag überwiegt gestern ohne Aussprache eine Reihe von Vorlagen zur Ausschussberatung. So wurden dem Hauptauschuss überwiesen der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Jugendwohlfahrtsgesetz, der die Kostenfrage regelt, ferner Entwürfe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Uebernahme von staatlichen Mooren, zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenorten, sowie zur Verneuerung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen auf den Domänen. Dem Rechtsauschuss werden drei Entwürfe wegen Aenderung von Amtsgerichtsbezirken in Schlesien und Ostpreußen überwiesen. An den Verfassungsausschuss geht die Vorlage über Aenderung der preussischen Staatsgebiete, die gegen Frankreich eine kleine Grenzberichtigung im Kreise Saarburg festlegt, an den Gemeindevorstand der Entwurf über Erweiterung des Stadtkreises Biesbaden.

Die Vorlage über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen wird unter allseitiger Zustimmung an den Verfassungsausschuss zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen. Darauf legte das Haus die zweite Beratung der Hauszinssteuer fort.

Abg. Stedel (D. Sp.) gibt dem großen Bedauern seiner Partei Ausdruck, daß die Besteuerung der landwirtschaftlichen Gebäude in das Gesetz hineingekommen ist und erwartet, daß sich eine Mehrheit auch mit Einschluß des Zentrums gegen die Heranziehung der Landwirtschaft finden werde.

#### Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

Wenn man die Redner der Rechtsparteien hier sprechen hört, dann müßte man annehmen, daß es keine größeren Gegner der Hauszinssteuer gibt als die Angehörigen der Rechtsparteien. Demgegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die Hauszinssteuer ihre Entstehung der dritten Steuernotverordnung verdankt, die mit Hilfe der Deutschnationalen im Reich geschaffen wurde. (Sehr richtig! links.) Die Rechtsparteien erklären jetzt, sie wollten keine so rasche Verabschiedung des Gesetzes, weil man mit einer Aenderung des Finanzausgleiches rechnen müsse. Gewiß, es ist viel über die Aenderung des Finanzausgleiches geredet worden. Aber kein Mensch, der die wirklichen Verhältnisse kennt, glaubt, daß bis zum 1. Juli diese Aenderung möglich ist. Im übrigen aber ist, und das geht aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers Reinhold hervor, auch bei einer Aenderung des Reichsfinanzausgleiches nicht an eine Ermäßigung der Hauszinssteuer gedacht.

Für meine Freunde kann ich betonen, daß die Sozialdemokratie die Hauszinssteuer als eine brutale Belastung breiter Bevölkerungsschichten betrachtet. Wir sind mit der Steuer, so wie sie ist, grundsätzlich keineswegs einverstanden und im Reichstag hatte auch die sozialdemokratische Fraktion gegen diese Steuer gestimmt. Dort, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit hat, hat die Steuer ein ganz anderes Gesicht. Ich weise nur auf Wien hin, das über eine starke sozialdemokratische Mehrheit verfügt. Dort ist für den Wohnungsbau eine Steuer geschaffen worden, die mit 2 Prozent der Friedensmiete bei den kleinsten Wohnungen beginnt und mit 50 Prozent bei den größeren Wohnungen endet. Wenn das in Preußen und in anderen deutschen Ländern nicht möglich ist, dann lediglich deshalb, weil das Reichsgesetz eine solche Staffelung nicht zuläßt. Die Herrschaften, die von der Ummatur der Hauszinssteuer sprechen, vergessen, wer im Reichstag dafür eingetreten ist, daß bereits am 1. April die Friedensmiete eintreten sollte. Hat das etwa die Sozialdemokratie gewollt? Nein, alle bürgerlichen Parteien des Reichstages vom Zentrum angefangen bis zu den Deutschnationalen sind für die rasche Herbeiführung der Friedensmiete eingetreten. (Sehr richtig! links.) Es ist eine grobe Irreführung, wenn man den Massen vorredet, man wolle keine Hauszinssteuer und wenn man zu gleicher Zeit für die sofortige freie Wohnungswirtschaft eintritt. Der übergroße Teil der Bevölkerung setzt sich aus Mietern zusammen und diese Mieter leiden in gleichem Maße darunter, ob sie nun die Friedensmiete mit oder ohne Steuer bezahlen müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Bevölkerung weiß aber andererseits, daß in diesen 100 Prozent Friedensmiete 40 Prozent enthalten sind, die für den Wohnungsbau Verwendung finden und daß mit dieser Belastung im Volksinteresse wesentlich mehr geschieht, als wenn die Hausbesitzer die ganzen 100 Prozent ohne öffentliche Abgabe in ihre Tasche stecken. (Sehr richtig! links.)

Abg. Codendorff (Wirtsch. V.) lehnt das Gesetz ab, weil dadurch der Staatssozialismus verankert werde.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff erklärt, das Gesetz sei aus rechtlichen und finanziellen Gründen notwendig, weil durch das die Hauszinssteuer zum wesentlichen Bestandteil des Finanzausgleiches gemacht werde. Die Erhöhung dieser Steuer komme in Preußen zum größten Teil der Neubautätigkeit und Wohlfahrtspflege zugute. Durch die beschlossenen Mitteilungen würde das Volkstum hinter den geschätzten 900 Millionen zurückbleiben. Die Staatsregierung sei bereit, im Rahmen des vom Reich gelassenen Spielraumes das Gewerbe zu schonen. Eine wirkliche Handlungsfreiheit sei den Ländern aber nur bei der Randwirtschaft gelassen. Der Minister wendet sich gegen Anträge, die Einzelheiten für die Verwaltung der Hauszinssteuer vorschreiben wollen.

Die Abg. Sted (Woll.) und Allian (Komm.) lehnen für ihre Fraktion die Steuer ab.

Abg. Dr. Lindeborn (Z.) wünscht Steuerbefreiung für die Charitotten und gemeinnützigen Anstalten sowie für die Dienstwohnungen der Geistlichen.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) unterstützt die Anregungen des Vorredners. Besonders mirigbar sei die Besteuerung der Landwirtschaft.

Abg. Schmiljan (Dem.) bezeichnet es als völlig berechtigt, daß aus den Einnahmen die sozial geschädigten Schichten, wie die Kleinrentner usw. unterstützt werden. Ein großer Teil von ihnen sei ja geradezu enteignet worden.

Damit ist die zweite Beratung der Hauszinssteuer bis auf die Abstimmungen, die am Freitag erfolgen sollen, beendet. Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Außerdem Haushalt des Staatsministeriums.

# Warnung!

Wir haben gehört, daß oft anstelle von "Peri-Rasier-Crème" längst veraltete, vielfach sogar aus der Kriegs- und Inflationszeit stammende Produkte untergeschoben werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich bei "Peri-Rasier-Crème" um ein ganz neuartiges Rasiermittel handelt, das nicht mit den Fingern eingerieben, sondern mit nassem Pinsel zur Schaumentwicklung aufgetragen wird. "Peri-Rasier-Crème" ist in 12 monatiger angestrengter Arbeit als Endprodukt hunderter Versuche entstanden. Es ist infolgedessen auch in jeder Beziehung vollkommen. Machen Sie sogleich einen Versuch mit

## Peri-Rasier-Crème

Ihre alte Rasierseife können Sie zum Waschen benutzen. Es gibt in Deutschland kein gleichwertiges Rasiermittel. Wir fordern diejenigen Herren, denen anstelle der echten "Peri-Rasier-Crème" andere Produkte als angeblich gleichwertig verkauft worden sind, auf, diese den Verkäufern zurückzubringen und die echte "Peri-Rasier-Crème" dafür zu verlangen. Sie werden nichts anderes mehr gebrauchen wollen.

Tube M. 1.40 / Überall erhältlich!

DR. M. ALBERSHEIM  
FRANKFURT A. M.



1 x rasieren  
1 - 1/2 Pf.

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

## Trauringe

zu billigsten Preisen  
in den gediegensten Ausführungen  
Schneide ca. 3000 St. auf Lager

Preisliste gratis!  
Ges. geschützt

**Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 28  
W, Passauer Straße 10

Halb Tausend werden die wir mir gekauften Trauringe innerhalb eines Jahres zum selben Preise zurückgenommen.



## Die Wurzel alles Übels

Ist ein verdorbener Magen, Leibweh, Blähungen, Erbrechen usw. sind die geringfügigsten Folgen. Wollen Sie sich nicht zell Ihres Lebens mit dergleichen Beschwerden herumplagen, dann schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlensäure „Boesongetränk“! Nichts wird Ihnen denn die Freude an dem Genuss Ihrer Leib- u. Magenspeise trüben. Darum nehmen Sie

## Boeson-Fruchtsalz

zu steter Verbrauchung  
bei Magenveratauchung.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königsplatz 2/3. Preisproben: Hauszettel 9722 u. 9723.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: TOSCA  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 U. Der Freischütz  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Peer Gynt  
Schiller-Theater  
8: Kyriz + Pysitz

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
**Pique-Dame**  
Abonn-Turnus I

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
8 Uhr:  
**Juarez und Maximilian**

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 1/2 Uhr:  
**Josephine**

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7316  
8 Uhr

**Viktorja**

**Größtes Schauspielhaus**  
**Zin Dich**  
CHARELL-REVUE  
TÄGLICH 8 1/2

**Th. in d. Lützowstr.**  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
**Lempke's sel. Witwe**  
Musik v. Dr. R. Hirsch  
Vollständiges Preis 1-4 M.  
Im Verkeuf Theaterkasse  
Wertheim 20 1/2, Ermäßigung

**Berliner Theater**  
8 Uhr:  
**Messalinette**

**Deutsches Kunst-Theater**  
8 Uhr:  
**Paganini**  
Th. a. Rühlendamm  
8 1/2 Uhr:  
**Die Nacht der Nächte**  
Lustspielhaus  
8 Uhr:  
**Die rote Cléo**  
Wallner-Theater  
8 Uhr:  
**Kolportage**  
Th. a. Mollendorpl.  
8 1/2 Uhr:  
**Die offizielle Frau**  
Operette in 3 Akten  
Preise 1 M. bis 8 M.

**Volksbühne**  
Theater am Blüpplatz 8 Uhr:  
**Sturmflut**  
Morgen 8 Uhr:  
**Judith**

Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr:  
**Der Tausch**  
Morgen 8 Uhr:  
**Der Tausch**

**WINTER GARTEN**  
**Los 3 Codonas**  
Hochturner in höchster Vollendung  
im Rahmen eines abwechslungsreichen Varieté Spielplans.  
Sonntag nachm. 3 1/2 U. halbe Preise  
Rauchen gestattet!

**Komische Oper**  
8 1/2, Direktion James Klein 8 1/2,  
**Die Neue Revue Berlin und Memd**  
Revue der Zukunft in 16 Bild.  
u. a.: Japan in allen Jahreszeiten / Der Komponistenball / Der Traum d. Malers / Das Fest der Millionäre  
Preise 1-7.50. Logen und Ehrensitze 10.  
Sonntag 3 U. volle Vorstellung zu halben Preisen und unter Erödnahme 1 Bild frei

**Rose-Theater** Metrop. - Theater  
8 1/2 Uhr: Die vier schlaumeier Tägl. 8 Uhr  
**No no Kanette**

**Circus Busch**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Hin und weg - Wo bleiben die Toten**  
in d. Schlußakt des Manège-Mysteriums  
**Cagliostro**  
Vorh. Circus-Programm  
Stg. 3 U. halbe Preise  
Umgek. Circ.-Progr. s. Urwaldzauber

**Wirkliche Wohnlichkeit**  
kann im Raum heut nur mit echt neuzeitlichen Möbeln erzielt werden. Sie schaffen aber auch gleichzeitig echte Vornehmheit. — Wohnungen dieser Art zeigt die Ausstellung Tauentzienstraße 10, Besuch erbeten. Drucksachen davon gern kostenfrei, ebenso die Schrift „Vom Rhythmus im Wohnraum“. Die Schrift: „Neue Schönheit“ Mark 2.—. Alle Erleichterungen bei Kauf und Zahlung. Preiswürdigkeit. Besuch auch Berlin, Mohlenmarkt 6, erbeten.

**W. Dittmar, Möbelfabrik**

**Residenz-Theat.**  
Zum 25. Male  
8: Foppke, d. Egoist  
Rommer, Sabo  
Limburg

**Thalia-Theater**  
Letzte Vorstellungen  
8: D. alte Dessauer  
Premierenbesetzg.

**Th. d. Kommandantenstr.**  
Letzte Vorstellungen  
8: Lene, Lotte, Liese  
Premierenbesetzg.

**Hunderttausend jubelten im Capitol über**

**CHARLIE CHAPLIN**

**GOLDRAUSCH.**

**Zehn mal Hunderttausend u. a. in den folgenden Theatern Gross-Berlins sehen:**



**Alhambra-Lichtspiele,** Berlin N., Müllerstrasse 194.  
**Amor-Lichtspiele,** Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 81.  
**B. T. L.,** Berlin W., Potsdamer Strasse 55.  
**B. T. L.,** Berlin-Friedenau, Rheinstrasse 14.  
**B. T. L.,** Berlin-Moabit, Turmstrasse 11.  
**B. T. L.,** Berlin C., Alexanderstrasse 20.  
**Deutsches Lichtspieltheater,** Berlin-Wilmersd., Spiekerstr. 20.  
**Excelsior-Lichtspielhaus,** Berlin-Neukölln, Bergstr. 124/27.  
**Filmpalast „Hörse“,** Berlin G., Rosenhaler Str. 90/41.  
**Filmpalast „Kammersäle“,** Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 3.  
**Filmpalast „Schützenhaus“,** Berlin-Spandau, Neusendorfer Str.  
**Flora-Lichtspiele,** Berlin NO., Landsberg. Allee 40/41.  
**Frankenburg-Lichtspiele,** Berlin NO., Gr. Frankfurt. Str. 74.  
**Germania-Palast,** Bin.-Lichtenbg., Frankf. Allee 114.  
**Hohenzollern-Lichtspiele,** Berlin-Friedenau, Handjerystr. 64.  
**Kant-Lichtspiele,** Berlin-Charlottenburg, Kanstr. 54.  
**Kukuk-Lichtspiele,** Berlin-Neukölln, Kottb. Damm 51.  
**Lichtspielpalast,** Berlin-Köpenick, Grünstrasse 19.  
**Lichtspiele Friedrichshain,** Berlin NO., Am Friedrichshain 19.  
**Lichtspieltheater,** Berlin-Zehlend., Potsdamerstr. 90.

**Neue Philharmonie,** Berlin SO., Köpenicker Str. 90/91.  
**Obelisk-Kino,** Berlin-Potsd., Hohenzollernstr. 17.  
**Palast-Theater,** Berlin-Fankow, Breite Strasse 21a.  
**Piccadilly-Theater,** Bin.-Charlottenb., Bismarckstr. 93/94.  
**Fuhlmann's Lichtspiele,** Berlin N., Schönhauser Allee 168.  
**Residenz-Lichtspiele,** Berlin-Potsdam, Nauener Str. 40.  
**Skala-Palast,** Berlin SO., Oranienstrasse 190.  
**Scala-Palast,** Berlin N., Schönhauser Allee 88.  
**Schlosspark-Lichtspiele,** Berlin-Steglitz, Schlossstrasse 41.  
**Stern-Lichtspiele,** Berlin-Neukölln, Hermannstr. 45.  
**Städtisches Lichtspielhaus,** Berlin-Neukölln, Bergstrasse 147.  
**Südwest-Lichtspiele,** Berlin-Neukölln, Knebeckstr. 113.  
**Theater am Horitzplatz,** Berlin S., Oranienstrasse 147.  
**Tarna-Palast,** Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 144.  
**Ufa-Theater „Eden-Palast“,** Berlin-Neukölln, Kottb. Damm 23.  
**Ufa-Theater „Hasenheide“,** Berlin S., Hasenheide 25-31.  
**Ufa-Theater „Rollkrug“,** Berlin-Neukölln, Berliner Str. 17.  
**Welt-Lichtspiele,** Berlin-Moabit, Alt-Moabit 99.  
**Welt-Theater,** Berlin NO., Gr. Frankfurt. Str. 121.  
**Wittelsbacher-Theater,** Berlin-Wilmersd., Berliner Str. 166.

**Jugendliche haben Zutritt!**

**Barowsky-Bühnen**  
Theater  
Königsplatz-Str.  
T. Hasenheide 2110  
8 Uhr:  
**Mrs. Cheneys Ende**

**Komödienhaus**  
Tel. Norden 6304  
8 Uhr:  
**Der Garten Eden**

**Die Tribüne**  
Tel. Wilhelm 5365  
8 Uhr:  
**Die neuen Herren**

**Neues Th. am Zoo**  
Abend 8 Uhr:  
**Guido**

**Thielscher**  
in  
**Stöpsel**  
Kasseler: Parkett 7 M.  
Park-Fest 3-4 M. Orchest.  
Festzelt 5 M. Saal 4 M.  
Verkauf umherziehend

**Elite-Sänger**  
Tägl. Kottbuser Str. 8 Sonntag  
5 Uhr Der neue Schläger 3 Uhr  
**„Berliner Luft“**  
Dazu das lustige Beiprogr.

**Reichshallen - Theater**  
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.  
**Stettiner Sänger**  
8 U.: Der letzte Postillon  
Kasseler, Kottb. Preise, Felde Programm

**Dönhoff-Bretel**  
10 Nummern!  
Tanz und Urdellias!

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/76

**Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Nur noch bis 31.3.**  
Heute 250. Auffg.  
**Kaller-Revue**  
Achtung Welle 505  
Volksstüml. Woche  
**d. ganze Vorst. zu halben Pr.**  
1.-bis 8.-M.  
2. Sonntg.-Vorst. 3 Uhr nachmittags und 8 1/2 Uhr abds

**Castro-Theater**  
Täglich 8 Uhr  
Der neue Schläger!  
**Eine Nacht im Fahrstuhl**  
Vorher das bunte Progr.  
Volksstüml. Preise

**Kokspreise.**  
Infolge Ermäßigung des Zechenpreises für niederschlesischen Schmelzkoks hat die Koks-Vereinigung Berlin 1925 G. m. b. H. mit Wirkung vom 18. März 1926 die Verkaufspreise für nachstehende Sorten bei Lieferung in Fuhren nicht unter 30 Ztr. von jeder Sorte „frei Kette“ wie folgt ermäßigt:  
Niederschles. Schmelzkoks, Stück . . . M. 2,34  
„ „ Brechwärter, Nußl M. 2,68  
Die übrigen mit Wirkung vom 4. Januar bezw. 3. März 1926 bekannte ebenen Kokspreise bleiben unverändert. Eine Ermäßigung der Gesteuungskosten anderer Sorten hat nicht stattgefunden.  
**Koks-Vereinigung Berlin 1925 G. m. b. H.**

**Walhalla**  
Th. — Währung  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
**Die kleinen Vagabunden**  
Nationalen amnest. Sonntg. nachm. 4 U.  
Ein buntes Schauspiel

**Central-Theater**  
8 Uhr: Eva Bonheur  
Ika Grünling

**Th. in d. Klosterstr.**  
8 U.: Der gute Ruf

**Wrianon-Theater**  
Zentr. 2391  
**Berlin lacht von 8 bis 12**  
Die Revue d. neuen Elsnaker

**DRESDNER BANK**  
Dreihundfünzigste ordentliche Generalversammlung.  
Hiermit werden die Aktionäre zur dreihundfünzigsten ordentlichen Generalversammlung, die  
**Sonnabend, den 10. April 1926, mittags 12 1/2 Uhr,**  
im Bankgebäude Dresden, Johannstraße 3, stattfinden wird, eingeladen.  
TAGESORDNUNG:  
1. Vorlage des Jahresberichts mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrates hierzu.  
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverwendung.  
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.  
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.  
Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bis zum 3. April ihre Aktien bzw. Anteilscheine oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien bzw. Anteilscheine bei einer der nachverzeichneten Stellen hinterlegt haben:  
bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,  
bei dem Bankhaus L. & E. Wertheimer in Frankfurt a. M.,  
bei dem Bankhaus F. A. Neuhauer in Magdeburg und Hamburg,  
bei dem Bankhaus A. Levy } in Köln,  
bei dem Bankhaus Siegfried Simon }  
bei der Dürerer Bank in Dürren,  
bei dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen,  
bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg,  
bei den Herren Proehl & Gurmman in Amsterdam.  
Zur Teilnahme sind auch die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien in gleicher Weise  
bei der Bank des Berliner Kassenvereins in Berlin,  
bei dem Dresdner Kassen-Verein A.-G. in Dresden,  
bei dem Rheinisch-Westfälischen Kassen-Verein A.-G. in Essen-Ruhr,  
bei der Frankfurter Bank in Frankfurt a. M.,  
bei dem Kölner Kassen-Verein A.-G. in Köln  
hinterlegt haben.  
**DER VORSTAND**  
Nathan Guimann.

**Eduard Süßkind's 3 Rote Wein-Wochen**  
verlängert bis 31. März!  
200000 Liter Obst-, Süd-u. Bordeaux-Weine angehen in bekannter Güte zu Wassermäßigkeiten zum Verkauf  
Apfel- u. Heidelbeerw. Süd. gefüllt 0.78 Span. u. franz. Rotweine „Montagne“  
Fruchtw. Malagatyp Süd. gefüllt 0.84  
Johannisbeerwein Süd. gefüllt 0.96  
Kirsch- u. Stachelbeerw. Süd. gefüllt 1.02  
Erdbeerwein Süd. gefüllt p. Liter 1.44  
Tarragona echt, unversch. p. Liter 1.38  
Malaga echt, unversch. p. Liter 1.68  
Samos echt, unversch. p. Liter 1.92  
Douro Partwein, unversch. p. Liter 2.52  
per Flasche 0.85 . . . 2tr. 1.08  
Feinster Burgunder (statt 2.50 nur) 1.44  
Feinste Bordeauxweine 1919-21er (statt bis 3.— . . . nur) 1.95  
Süßkind's Spezial-Likör 35%, 2tr. 3.40  
Ausschank vom Faß  
Kostprob. gratis Kostprob. gratis  
Auf alle Spirituosen trotz mein. billigen  
Preise und anerkanntem Qualitäts- extra 5% Rabatt  
Alles inklus. Steuer ohne Glas.  
Keine Engrosabgabe.  
nur dem Privatpublikum.

**Likörfabrik und Weingroßhandlung.**  
Haupt-Geschäft Brunnenstraße 42-43 Berlin SO., Grünauer Straße 15  
Berlin N., Chausseestraße 76 Moabit, Wilsnacker Straße 25  
Berlin N., Müllerstraße 144 Steglitz, Schloßstraße 121  
Berlin O., Koppenstraße 87 Neukölln, Berliner Straße 13.

**Herzleiden \* Nervosität \* Rheuma**  
lindern unsere erprobten  
**„Zeo“** - Kohlensäure- und Sauerstoffbäder  
mit und ohne Zugabe von Badeextrakte „Zeo“ Fichtennadel / Kamille  
Pflannendel, Soie, Stahl etc. Kalmus / Schwefel etc.  
Überall erhältlich. Man befrage den Arzt und achte auf unsere Schutzmarke „Zeo“  
**KOPP & JOSEPH, BERLIN W.**

**Kaffeehaus Imperator**  
Berlin W. 8.  
Betrifft: Erweiterungsbau

Der Erweiterungsbau ist jetzt fertiggestellt, und konnte am Donnerstag, den 18. März, dem Publikum übergeben werden.  
Es ist mir gelungen, unter der Mitarbeit von hervorragenden Künstlern und Handwerkern nach den Entwürfen und unter der Leitung des Architekten Jean Krämer ein Unternehmen zu schaffen, welches der Berliner City ein neues Gepräge gibt.  
Die Räume des Erweiterungsbaues sind auf das Bequemste und Künstlerischste hergerichtet, dienen jedoch lediglich nur dem Konditorei-Betriebe. Hier findet kein Konzert statt, um auch einem Teil der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, einige Stunden ohne musikalische Unterhaltung in behaglichen Räumen zu genießen.  
Eigene Konditorei, eigene Kaffee-Lagerei und Rösterei, eigene Molkerei gewährleisten die Güte der verabreichten Waren.  
Die übrigen Räume, in denen nach wie vor Vollerchester-Konzerte stattfinden, sind aufs Neue restauriert und ausgestattet worden.  
Vornehmheit, Solidität, nur das Beste bietet, waren stets meine Geschäftsprinzipien.  
Peter Stüber, Kaffeehaus Imperator  
Friedrichstr. 67, Mohrenstr. 49 (Untergrundbahn).

## Die wichtigsten Leute in der Welt.

Von Frank Crane (New York).

Hinter jedem Manne steht der Knabe, der ihn schuf. Hinter der Frau steht das Mädchen, das sie war.  
Die allerwichtigsten Leute in der Welt sind die Knaben und Mädchen in den Jahnern Jahren.

Sie sind es, die alle großen Fragen des Lebens entscheiden. Welches sind diese großen Fragen? Sie betreffen nicht den Preis, den Geldangelegenheiten oder Bürgermeistern- und Präsidentenwahlen. Das sind oberflächliche Dinge. Die großen Fragen sind: Welchen Beruf wirst du ergreifen? Welches Mädchen wirst du heiraten? Was wirst du mit deinem Ideale tun? Was mit deinem Geschlechtstrieb? Was wird die Philosophie deines Lebens sein — wirst du sinnlich, materialistisch, selbstsüchtig oder nächstenliebend sein? Wirst du das Recht lieben, die Schönheit? Ueber all diese Fragen entscheiden die Jahre unter zwanzig.

Hast du über die seltsame Tatsache nachgedacht, daß das Glück dieser Welt in den Händen der Knaben und Mädchen ruht?

Der Knabe ist es, der das Geschäft oder den Beruf ergreift, dem der Mann nachher zu folgen hat. Das Mädchen ist es, das den Gatten wählt, mit dem die Frau ein ganzes Leben verbringen muß.

Und es ist das Kind, das die Religion bestimmt, der der Erwachsene bis zum Tode angehören muß, wenn er sich nicht einen Abtrünnigen nennen will.

Wenn der vierzigjährige Mann die politische Richtung, für die er sich als zwanzigjähriger entschied, verläßt, wird er als Ueberläufer betrachtet.

Wenn wir bedenken, daß die wichtigsten, bedeutendsten und verhängnisvollsten Beschlüsse von Kindern gefaßt werden, dann ist es unterhaltend, zu beobachten, wie bedeutend Erwachsene tun, die in wenigen Jahren außer Dienst gesetzt werden und nun in Klubsesseln in Erinnerungen schweifen, beim Kamin rauchen, sich im Greifen-Hof sonnen oder es gar so weit bringen, überhaupt nichts mehr zu tun.

Fast alles, was der Mensch nach seinem einundzwanzigsten Jahre tut, besteht im Versuche, zu verwirklichen, was er vor diesem Alter geplant hat.

Cäsars gesamte Eroberungen, Websters Beredsamkeit, Shakespeares Staatskunst und Thormajens Werke waren nur Auswirkung dessen, was sie jeder in ihrer Jugend als Vision geschaut hatten.

Kein Mensch hat je eine große Idee gehabt, deren Spur nicht bis auf seine Jugend zurückzuführen wäre.

Und wir behandeln junge Leute, als ob sie und alles, was sie sagen und tun und fühlen, belanglos wäre. Wir sehen das Alter zwischen zehn und zwanzig als eine Art Zwischenzeit des Lebens an. Ihre Kindheit gehörte uns, ihre Mannheit gehört ihnen — die Jünglingsjahre zählen nichts.

Doch was der Knabe in der Zeit des erwachenden Geschlechtsbewußtseins erlebt und was da in ihm vorgeht — es ist von größerer Wichtigkeit als alles, was nachher geschieht oder vorher war.

Du mußt keine falschen Schlüsse ziehen, du brauchst dein Kind nicht abzuschließen oder mit dem Köffel zu füttern, du brauchst ihm auch nicht die Freiheit zu nehmen, um es vor dem Schmerz zu bewahren. Du sollst nur eingedenk sein, daß Knaben und Mädchen gerade in den Jahnern Jahren mehr Liebe und Kameradschaft und Anteilnahme und Aufmerksamkeit bedürfen, als sie deren je bedürfen und später bedürfen werden.

Die Jugend hält den unvergleichlichen Schatz in Händen, den wir übrigen verloren haben — den über allen Preis erhabenen, begehrtesten Schatz — die Zukunft.

(Uebersetzung von Rag Hayes.)

## Von der Kanonenkugel — Bis zur Gardinenpredigt.

Die Berliner Bürgerwehr 1848.

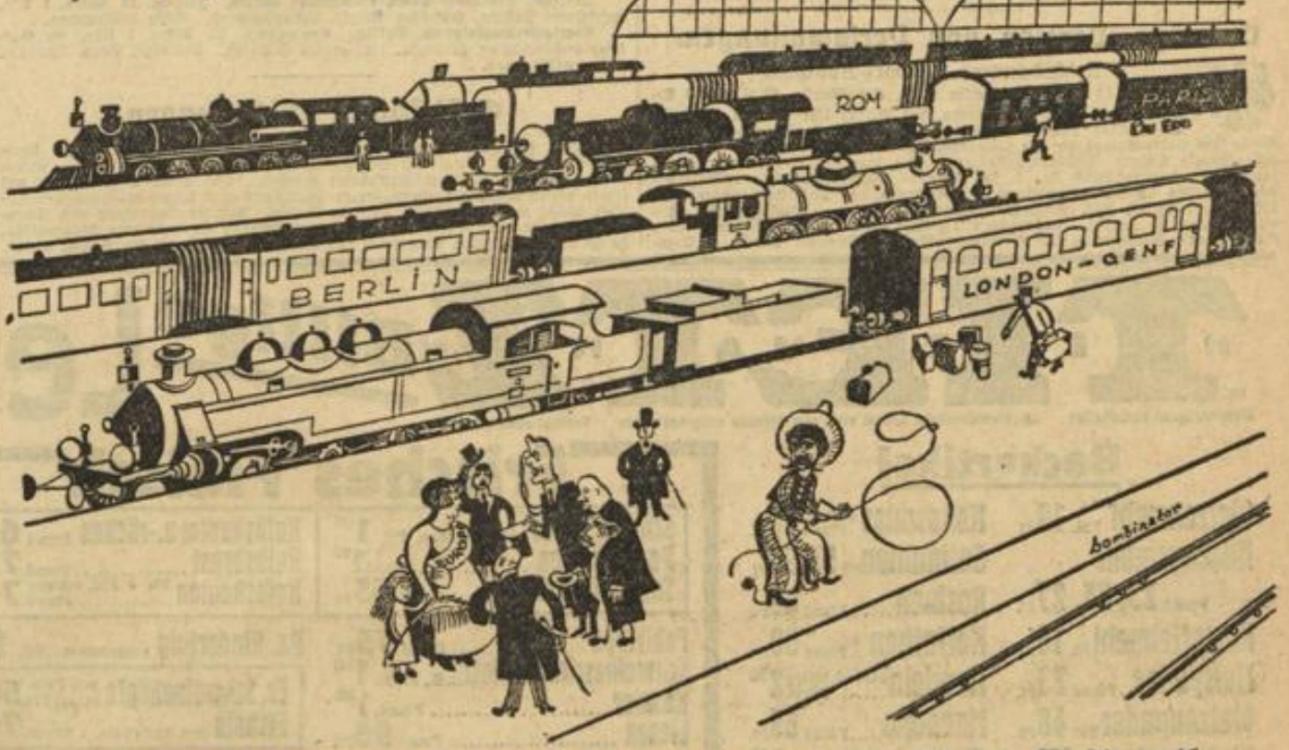
Die Arbeiter eroberten am 18. März 1848 Berlin, während die Bürgerwehr dem einziehenden Heere allein den „passiven Widerstand“ und eine fällige beidseitige Wille über den offenen Kampf entgegenzusetzen mußte.

Es war am 19. März 1848. Die Barrikaden Berlins waren bis auf die an der Neuen Königstraße durch das Militär genommen worden, doch das Militär räumte Berlin. Friedrich Wilhelm IV. hatte endlich eingesehen, daß er es nicht mit „einer Rottweil von Bösewichtern“, wie er noch in seiner Proklamation vom Morgen ausgesprochen hatte, sondern mit dem revolutionären Volk zu tun hatte. Es war zwecklos, mit glatten Worten, mit blauen Hüten die Reputation beschwören zu wollen. Das Volk verachtete die Proklamation „An meine lieben Berliner“. In dem Hause hinter der Barrikade am Kölnischen Rathaus war eine Kanonenkugel stecken geblieben. Da stand ein findiger Kopf die Ueberschrift der Proklamation darüber, die Unterschrift darunter an. So hatte der „mobilisierte König“ am Tage zuvor zum Volke gesprochen — diese Sprache war ihm vertraut. Dann kam der Zug mit den Beichen vor das Schloß, das Verlangen nach Volksbewaffnung. Schon abends lebten die Plakate an den Ecken: „Es wird eine Bürgerbewaffnung organisiert.“ Das war die Geburtsstunde der Bürgerwehr, und der erste Schritt zur Entschädigung des revolutionären Proletariats. Denn staunend hatte die Bourgeoisie auf der Barrikade den neuen Kämpfer kennen gelernt: die nie Meister werden konnten, Gesellen, Arbeiter hatten auf den Barrikaden gestanden, die „Bogeländer“ und die „Rehberger“ waren mit einem Male Kampfgesellen. Zuerst freilich recht mißtraulich betrachtete; konnte man den Leuten trauen? Würden sie nicht die Gelegenheiten des Kampfes benutzen und die Bürgerhäuser plündern? Aber erleichtert durfte man bald feststellen: Diese zerlumpleten Proleten waren von einer unglaublichen, geradezu unfaßlichen Ehrlichkeit. Sie gaben ihr Blut — und sie verlangten nichts dafür als Freiheit; da konnte man auch großmütig sein und noch ein paar gute Worte draufgeben. Im „Proletarierlied“ wurden sie angefeuert:

„Die Proletarier sind auch Sieger (90 Proz. der Gefallenen waren Proleten).  
Ruft Ehre sie als Freiheitstrierer.  
Wir hungern, dursten, Schmachten, frieren,  
Doch achten wir das Eigentum,  
In Bürgergut darf keiner rühren,  
Die Ehrlichkeit ist unser Ruhm.“

Aber nun war es genug; genug Unruhe, genug von der Revolution. Und am 21. März schon lebten an den Ecken die Aufrufe des aus prominenten Bürgern bestehenden Bestätigungscomittees. „Ein Friedhof“, so schlugen sie vor, „umfasse die Leichen der Gefallenen, und ein Trauerzug, Bürger und Soldaten Arm in Arm, sei ihr Geleit.“ — Das war aber doch etwas zu früh! Drei Tage nach dem Kampf — und schon wollte man das Militär zurückholen! Die Plakate wurden abgerissen und in den Kaminstein geworfen. Man mußte noch warten! — Am Abend ließ der König bekanntmachen,

## Abschied von Genf.



„Bedauern außerordentlich, Madame Europa, wir konnten wirklich nicht mehr für Sie tun!“

daß die 14. Leihhäuser alle Pfänder, die mit keiner höheren Summe als 5 Taler befehlen seien, zurückgeben würden. Aber das half nicht viel. Noch war das Volk von seiner Ehrlichkeit durchaus nicht überzeugt. Ein als Extrablatt verbreiteter Artikel der „Rammheimer Abendzeitung“ warnte: „Er hat gelogen, er lügt, und er wird lügen!“ und erklärte: „Mann von Berlin, wir kennen dich und darum wollen wir dich nicht!“ Noch hatten in den Straßenplätzen die radikalen Elemente die Oberhand. Die „Zeitungshalle“ verlangte den Kampf zwischen Demokratie und Soldateska bis zur Vernichtung der letzteren. Aber mit der Einberufung des Landtags änderte sich das Bild. Jetzt ging es nicht mehr um die Revolution, sondern nur noch um ihre nächste Frucht, die Konstitution. Zwar wurde noch im „Deutschen Reichertempel“ bewiesen, 449 Rüstungsgänger unterhält das deutsche Volk zu seinem Rationalvergnügen!“, zwar versuchte das Schloß, Sporer, Büchsen- und Bindenmachergewerk durch gemeinschaftliche Arbeitsübernahme ökonomische Konsequenzen zu ziehen — die Wehrmacht der Plakate aber wendet sich nur nach gegen den Wahlgelassenen des vereinigten Landtags, gegen das indirekte Wahlrecht, die Heraushebung der „Rüstungsgel“ für die Wahl auf 24 Jahre, den Verlust des Wahlrechts durch Armenunterstützung. (Der Magistrat von Berlin gab den Barrikadenlampfen, die verwundet waren, Armenunterstützung.)

Noch einmal schien es, als wolle das Volk sich aufrufen. Zum 20. April rief das Berliner Volkswohlkomitee zu einer großen, gemeinschaftlichen Demonstration aller Klubs und aller Gewerke auf. Als aber der Verein sämtlicher Maschinenarbeiter begeistert zustimmte und dann fortfuhr: „Bürger, Wehrmänner Berlins! Wir fühlen sehr wohl, wie drückend euch in euren anderweitigen bürgerlichen Verhältnissen der jetzige Wachtienst ist, wir fühlen dies und tragen euch daher unseren Beistand an. Gebt uns Waffen, und wir wollen mit euch gemeinsam zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe wirken.“ Da überließ die Bürger eine Bänkehaute. Der Magistrat warnte sofort die Gewerke, sich dem Aufzuge anzuschließen, da derselbe die öffentliche Ruhe und Ordnung störe. Polizeipräsident v. Minutoli erklärte die Demonstration für gesetzlich unzulässig und warnte die Einwohnerchaft, sich zu beteiligen. Die gesamte Bürgerwehr wurde aufgeboten, das Militär in den Kasernen bereitgehalten. — „Alle Gutsgeinten“, so war das Plakat unterschrieben, heulten auf: „Das ist Aufruhr! Das sind nicht nur billige Bänke!“ — Und die Demonstration wurde von den Einberufern, dem Volkswohlkomitee, abgeblasen, weil ihnen mit Wassergewalt entgegengetreten werden sollte.

Am diesen 20. April stand das Geschick, das die Bourgeoisie der Revolution von 1848 bereitete, zum ersten Male klar vor den Augen der Masse. Die Bürgerwehr war zur Polizeitruppe geworden. Das Proletariat war von der Bewaffnung ausgeschlossen, selbständiger Erwerb eine der Aufnahmebedingungen. Von jetzt an ging es rapide abwärts. Schon am 30. März waren auf eigenen Wunsch der Bürgerwehr 2 Regimenter, Infanterie und Kavallerie, und einige Bataillone wieder eingerückt, denn der Wachtienst, der ewige nächtliche Alarm, mit dem General Alshoff die Bürgerwehr selbstbewußt zermürbte, hatten ihr Werk getan. Aber lieber Soldaten nach Berlin, als Proletarier in die Bürgerwehr! — Diese Haltung der Bourgeoisie ermahnte nun die Reaktion weiter — jetzt durfte man wagen, den Prinzen von Preußen, den „Kartätschenprinzen“, zurückzurufen. Und man tat es. Noch einmal kam eine große Demonstration gegen seine Rückberufung zustande; das Einberufungsplakat schloß mit den Worten: „Alle diejenigen, denen das Recht, Waffen zu tragen, aufsteht, werden ersucht, in geschlossenen Jügen zur Sicherung der Ordnung zu erscheinen.“ — Aber sofort war der Bürgerwehrkommandant zur Stelle. Er bewies, daß nach Paragraph 104 des einmündigen Verordnungs eine bewaffnete Versammlung ungesetzlich sei, und alle Majore der Bürgerwehr erklärten, sie seien zwar durchaus gegen die Rückberufung des Prinzen, aber sie würden allen Versuchen, auf die Entschließungen der Regierung mit bewaffneter Hand einzuwirken, energisch entgegenzutreten. Die Versammlung fand also als unbewaffnete Demonstration statt, aber sie erreichte doch, daß die Rückkehr des Prinzen aufgeschoben wurde. — Die Bürgerwehr kämpfte nicht mehr gegen die Reaktion, nur noch gegen die Kanonemüller, die jetzt in Mode gekommen waren. Die Kanonemüller verteidigten sich: „Alles hat sich geändert. Außer seiner Viehhäberei für Weichhieser und Kohlrabi hat der Berliner Bürger alle seine früheren Neigungen aufgegeben. Er hält sich nicht mehr in festen Wohnplätzen auf, sondern führt ein Nomadenleben in Wachtstuben auf Schießplätzen, treibt bei Tage Straßenbrunnenläufe und acht des Nachts Patrouillen. Sanft hatte er, wie jeder Mensch, zwei Fräule, jetzt hat er drei, darunter einen Kuhfuß; sonst lieh er seine Frau Staat machen, jetzt macht er selbst Parade; sonst dachte er sich sehr wenig, jetzt dünkt er sich sehr viel. Seine friedliche Natur hat sich geändert, jetzt denkt er an Gefecht und Krieg, an Schlachten und Blutkuren, und seit Herz trachtet nach Heidentoten.“ — Die Bürger schlugen selbst um Mitternacht herausverheißene Wirbel auf ihren Trommeln, um aber, die wir ein Naturrecht auf unsere Rehen haben, wollen sie dieselben abschneiden!

Hier pflückte die Bürgerwehr noch Vorbeeren. Die Teilnahme an der Ehrung der Märzgefallenen am 4. Juni aber wurde den Bezirken der Bürgerwehr verboten, „nur als Privatleute durften einzelne der Bürgerwehr daran teilnehmen“. Ein Bezirk mit 20 Wehrmännern protestierte durch Teilnahme und in einem Plakat — die andern 20 000 fügten sich. Und in der Bürgerwehrzeitung verhöhnte „Reuterpolter Rind“ die Arbeiter, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden waren und immer noch Volksoberbestimmung verlangten: „Posto, id sepe den Fall . . . nu jagen wieder manche, Kinderkessens, Ihr nicht aufpassen, sonst nehmen sie uns wieder unsere Freiheit! Seine Dummeheit! Berührt Ihr denn, daß wir jetzt den Landtag haben. Was brauchen wir uns denn den Kopf zu verdröh'n! — Un Waffen wollt Ihr. — Herrjees, was habt Ihr'n denn davon, wenn Ihr nachts auf Wache sitzt! — Seid fleißig bei eure Arbeit!“ — So trieb die Bürgerwehr ihrem unruhigen Unteranga zu; und als am 10. November die Truppen Brangels in Berlin einrückten, hatte sie ihnen nichts entgegenzusetzen, als „passiven Widerstand“. „Was heißt eigentlich passiver Widerstand?“ fragte der „Kladderadatsch“ und bekam die Antwort: „Passiver Widerstand heißt aktive Feigheit.“ Und an allen Straßenbrunnen lebte die mit schägenwertem Temperament in tabellosem Berlinisch gehaltene „Gardinenpredigt der Madame Bullrich an ihren Jaiten Ludwig: „Bürgerwehren, siehst, wie du bist?“ — Laß man das Jemehr stehen, Ludwig! Halte mich verstanden, Du sollst den Kuhfuß stehen lassen! Wollte mir noch weismachen, daß du Corage hast? Roof, loof, du jammertst mir. — — —

Haben sie dir nicht versprochen, daß sie keine Militär nicht in Berlin einbringen wollen, ohne dir zu fragen? Ja? Na siehst! Haben Sie dir bei dies letzte Militär gefragt? Ke! Na also! Haben sie also nicht ihr Versprechen gebrochen, haben sie nicht gelogen, haben Sie dir nicht beleidigt? Stille sollte sind! Und was hast du jehaba? Du alle Nachtmühle bist mit dein'n Kuhfuß hingelampft und hast bei Militär noch ineholt! Du willst ein Mann sind? Hul, schäme dir de Dogen aus'n Kopf! Du brauchst jar nicht zu Bettre zu kommen! So'n Mann aber jar feener! — — — Ich habe ja auch nicht jeent Militär . . . Aber mir ärgert man, daß sie Euch dardrum bedürfen, was sie Euch versprochen haben und daß Ihr sonne Schlafmigen jeld un nehmt des so bin! Des trepirt mir, siehst! — Na, des sind 24 000 Mannesbilder mit Jemehre un Jöhnen un Kuste un ornliche Offiziere mit weiße Federpöhels un laachen sich von jonen Rastrotz. — — — Na, nu schlof, Lude! Du bist doch ein nährlicher Peter! — Willst du dir och nie nicht mehr von jonen Rastrotz mal jefallen lassen? Jewiß nicht? Na, denn sollte och Jatte sind! Ju'n Nacht!

Das war der Epilog der Bürgerwehrrückkehr. Am 11. November wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am Tage darauf der Belagerungsstand verhängt. R. Gwald.

Die Entdeckung des Urflugvogels. Die Auffindung des Urvogels Archaeopteryx in den Jurafalten von Solnhofen im Jahre 1861 hat großes Aufsehen erregt, weil man darin eine Befestigung des Darwinismus fand. Das kostbare Stück, das in den Kalk eingebettet war, kam ins Britische Museum zu London. Aber ein zweites Exemplar wurde für das Berliner Museum für Naturkunde gerettet. Bei der Unvollkommenheit der damaligen Präparierungsmethoden wagte man sich aber nicht an eine sehr umfangreiche Freilegung der seltsamen Tiere. Man begnügte sich damit, festzustellen, daß der Archaeopteryx in seinem Bau zwar viele Merkmale von Vögeln hat, aber doch ein echter Vogel ist und daher das Bindeglied zwischen Reptilien und Vögeln darstellt. Eine spätere vergleichende Untersuchung der beiden Exemplare führte zu einer Einordnung der beiden Stücke, die sich schon durch ihre Größe unterscheiden, in zwei Arten, und man unterzeichnete man den A. Stemli in Berlin und den A. lithographica in London. Nun ist aber in neuester Zeit eine Reupräparation des Londoner Exemplars angeregt worden, und es ergaben sich so wichtige Unterschiede, daß man nicht nur von zwei verschiedenen Arten, sondern von zwei verschiedenen Gattungen des Urvogels sprechen muß. Nach einem Bericht von Dr. Tilly Edinger, der in der „Lithographica“ wiedergegeben wird, gelang es, die beiden Schambeine freizulegen, und es zeigte sich, daß das Becken des Londoner Urvogels sich von dem des Berliner beträchtlich unterscheidet. Aber nicht nur das Becken, sondern auch die Schultergürtel zeigen große Abweichungen, und es stellte sich heraus, daß die Gegenfähigkeit eine so tiefgreifende ist, wie sie sonst nur bei den durchaus verschiedenen großen Vogelgruppen der Laufvögel und Flugvögel ist. Die Unterschiede an Hand- und Fußwurzel sowie in der Schwanzwirbelzahl führten zu demselben Ergebnis, und so hat man in dem Berliner Exemplar den Urflugvogel entdeckt, während das Londoner Stück den Vögel aller Laufvögel darstellt. Bei dem Berliner Urvogel war die Flugfähigkeit sehr viel besser ausgebildet, während der Londoner jedenfalls ein sehr ungeschickter Flieger gewesen sein muß. Aus diesem Grunde hat man der neu entdeckten Gattung, die in dem Berliner Exemplar verortet ist, auch einen neuen Namen gegeben und diesen Urflugvogel als Archaeopteryx bezeichnet.

Sport.

Eröffnungsrennen in Treptow.

Am kommenden Sonntag, 21. März, nachmittags 3 Uhr, findet das Eröffnungsrennen auf der Treptower Bahn statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. O. 41, Seebadstr. 47/48, Hof 3 Tr. Wilmersdorf (Reits). Sonntag, den 21. 12 Uhr Mittags, Antreten mit Fahnen und Musik.

ten (Reits): Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, findet das Eröffnungsrennen auf der Treptower Bahn statt.

Mitglieder, 12. Vermählungsfeier (Städt.), a. B. Freitag, 19. März, 8 Uhr, im Restaurant „Alte Post“, Wilmersdorf.

Deutscher Epitaphien-Verein, Ortsgruppe Berlin, Freitag, 19. März, 8 Uhr, im Restaurant „Alte Post“, Wilmersdorf.

Geschäftliche Mitteilungen.

Einiges Saugrohr ist vom Norden Berlins in den früheren Werken übergeben und hat seinen mit Dampfheizung versehenen Solen in der Rindenschloßstraße (alte Baumgartenstraße) errichtet.

Briefkasten der Redaktion.

H. N. Wenden Sie sich bitte an den Arbeiter-Kommunistenbund, SO. 16, Engelstr. 28. — U. S. 24 263, 1. Jo. 2. und 4. Rein. 3. und 5. Kommiss. Sie mit der Anzeigekasse in unsere literarische Sprechstunde.

Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Städtische 4310, 4048).

HERMANN Billige Lebensmittel

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Weizenmehl, Auszugsmehl, Kartoffelmehl, Maispuder, Weizenpuder, Weizengriess, Hartgriess, Kokosnuss, Sultaninen, Rosinen, Korinthen, Mandeln, Mandello, Zitronat, Orangeat.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Schmorfleisch, Pa. Rouladen, Suppentfleisch, Fehrlippe, Schweineschulterblatt, Kassler, Linsen, Pa. Ochsenbrust, Pa. Ochsen-Schmorfleisch, Gehacktes, Kalbskamm u.-rücken, Kalbsbrust, Kalbskeulen, Pa. Rindertalg, Fr. Schweineköpfe, Eisein, Gulasch, Pa. Hammelvorderefleisch, Pa. Hammelkeule.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Hausm. Sülze, Schweinskopf, Hausm. Leberwurst, Bin. Mettwurst, Knoblauchwurst, Mettwurst, Teewurst, Holz. Salamawurst, Holz. Zerkleiwurst, Käse u. Fette, Vollk. Camembert, Quadratkäse, Kümmelkäse, Stangenkäse, Edamer Käse, Rinderspeisefett, Margarine, Rohschmalz, Molkeeributter.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Kakao, Fr. sch. gebr. Kaffee.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Gefrierfleisch, Pa. Ochsenbrust, Pa. Ochsen-Schmorfleisch, Gehacktes, Gulasch, Pa. Hammelvorderefleisch, Pa. Hammelkeule.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Erdbeer-Konfitüre, Gemüse- u. Obstkonerven, Stg.-Spargel, Stg.-Spargel, Br.-Spargel, Ries.-Br.-Spargel, Brech.-Spargel, Gem. Gemüse, Gem. Gemüse, Erbsen mit Karotten, Gemüse-Erbson, Kohlrabi, Tomatenpüree, Kürbis, Pflaumen, Birnen, Gemischte Früchte, Aprikosen.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Obst und Gemüse, Holl. Weisskohl, Holl. Wirsingkohl, Kohlräben, Sellerie, Schwarzwurzel, Zwiebeln, Zitronen, Apfelsinen.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Fische, Grüne Heringe, Kabliau, Fiudern, Zander, Frische Suppenhüner, Räucherwaren, Makrele, Räucherheringe, Räucherlachs, Ringe.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes Zigaretten, Zigarren, Stgk 15, Stgk 20.

Advertisement for wine featuring 'Besonders preiswerte und gut gepflegte TISCHWEINE' and 'Zur Bowle' with prices and descriptions.

Large advertisement for 'Hertie-Schallplatte' featuring a gramophone image and prices for various models like 'Apparat 18', 'Reiseapparat 13', 'Kinder-Apparat 2', 'Platte 75'.

Advertisement for Emil Richter, 17. Kreis Lichtenberg, offering various services.

Advertisement for clothing and accessories, including 'Leinwand, Rindfleisch, Leinwand, Rindfleisch'.

Advertisement for 'Leinwand, Rindfleisch' with prices and descriptions.

Advertisement for Martha Mergler, offering services and contact information.

Advertisement for clothing and accessories, including 'Leinwand, Rindfleisch'.

Large advertisement for 'Extra billiger Verkauf im Leihhaus Moritzplatz 58a' with details on clothing and accessories.